

**Ralf Krämer, Benny Mikfeld,  
Sigrid Skarpelis-Sperk**  
Politikwechsel oder  
„Innovation“ á la Schröder

**Dieter S. Lutz**  
Sicherheitspolitik und  
die Stärke des Rechts

Ausgabe 5 | 97  
Heft 97  
9,50 DM  
September |  
Oktober 1997

**Michael Krätke**  
Otto Bauer –  
Die Mühen des Dritten Weges

**Gisela Notz**  
Wi(e)der die Rückkehr der  
Dienstbotinnengesellschaft

## GEWALT UND ZIVILISATION



# CROSSOVER-KONGRESS

## Machtwechsel für den Politikwechsel

### Konferenz der Zeitschriften *Andere Zeiten*, *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft spw*, *Utopie kreativ* am 13. und 14.12.1997 in der Ruhr-Universität Bochum

#### Projekte für eine solidarische und ökologische Gesellschaft

Der Neoliberalismus in der Spielart der konservativen Parteien in Europa scheint an Grenzen zu stoßen. Die Regierungswechsel in Großbritannien und Frankreich machen deutlich, daß die Bevölkerung offensichtlich nicht mehr gewillt ist, einem einfachen "weiter so" ihre Stimme zu geben. Und auch in Deutschland deuten Umfragen darauf hin, daß ein Regierungswechsel im kommenden September möglich ist.

Aber ein Regierungswechsel bedeutet nicht schon für sich eine neue Politik. Neoliberale Prämissen haben auch Eingang gefunden in das Denken und Handeln sozialdemokratischer und grüner Parteien. Der dringend notwendige ökologische und soziale Umbau bedarf aber eines radikalen Bruchs mit der neoliberalen Spaltungspolitik.

Im Mittelpunkt des Kongresses stehen sowohl programmatische Eckpunkte einer neuen, radikalen Reformpolitik als auch die Bedingungen für Herausbildung gesellschaftlicher Träger einer neuen Politik.

Der Kongreß will dazu beitragen, daß dem möglichen Machtwechsel in Bonn/Berlin auch ein Politikwechsel folgt. Wir brauchen einen solidarisch-ökologischen New Deal.

#### Geplanter Ablauf

##### Samstag

12.30 Uhr: Eröffnung

Kurzreferate von internationalen Gästen –  
Erfahrungen und Perspektiven linker Politik in  
verschiedenen europäischen Staaten  
*Ken Coates* (Großbritannien), *Alain Lipietz*  
(Frankreich), *Luciana Castellina* (Italien)

12.00 -

17.00 Uhr: Foren

Alternativen zum Neoliberalismus –  
Eckpunkte einer radikalreformerischen Politik  
Auf den Foren sollen Reformprojekte für eine  
andere Politik konkretisiert werden.  
1. Ökologische Steuerreform – ökologisches  
Zukunftsinvestitionsprogramm  
2. öffentlich geförderte Beschäftigung –  
Gestaltung eines neuen Sektors –  
linke Mittelstandspolitik

3. Wirtschaftsdemokratie – Investitionslenkung –  
Verbraucherdemokratie

4. Arbeitszeitverkürzung und doppelte  
Umverteilung

5. Bildungs- und Ausbildungsinitiative

6. Steuerreform – Umverteilung (es ist noch offen,  
ob dieses Forum stattfindet)

##### Sonntag

10.00 -

13.00 Uhr: Podiumsrunde Perspektiven und Bedingungen eines  
solidarisch-ökologischen New Deals u.a. mit  
*Margret Mönig-Raane* (Vorsitzende der HBV),  
*Barbara Unmüßig* (WEED), des weiteren angefragt  
*Friedhelm Hengsbach*, *Kurt Hübner*

Weitere Informationen und Anmeldung bei  
Joachim Schuster, Brokstr. 58, 28203 Bremen,  
Tel./Fax: 0421/74923

## spw-Jahrestagung 1997 in Springe bei Hannover

### „Sozialdemokratie und sozialistische Linke - zur Zukunft der SPD“

##### Freitag

20.00 Uhr: Zwischen Blair und Jospin - sozialdemokratische  
Optionen in Europa.  
*Thorben Albrecht*, Internationaler Sekretär der  
Jusos

##### Samstag

9.00 Uhr: Der Zeitgeist und die Linke - Intellektuelle  
Strömungen und Zentren, ihre Bedeutung für  
Bewegungen und Parteien.  
*Hermann Scheer*, MdB und Mitglied des SPD-  
Parteivorstands

14.00 Uhr: Machtwechsel = Politikwechsel? Die SPD vor dem  
Parteitag und den Wahlen.  
*Andrea Nahles*, Juso-Bundesvorsitzende

16.00 Uhr: Sozialdemokratie und sozialistische Linke - Thesen  
zur Zukunft der spw.  
Vorstellung durch den spw-Arbeitsausschuß und  
Generaldebatte

##### Sonntag

9.00 Uhr: Festlegungen zur weiteren Diskussion um die  
Zukunft der spw

11.00 Uhr: Gesellschaftsversammlung und Vereinsversamm-  
lung mit Neuwahl des Arbeitsausschusses

Wer Interesse an der Tagung hat und weitere Informationen  
haben will, kann sich bei der Redaktion melden.

Herausgeber/Herausgeberinnen:  
 Heinz Albrecht (Berlin)  
 Edelgard Bülhahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Peter von Oertzen (Hannover)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Andreas Wehr (Berlin)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:  
 Uta Biermann  
 Thorsten Cabalo  
 Ralf Krämer  
 Christoph Meyer  
 Joan Mirbach  
 Silvia Rosendahl  
 Reinhold Rünker  
 Stefan Schostok  
 Georg Schulze  
 Joachim Schuster  
 Claudia Walther  
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär  
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:  
 spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund  
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)  
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)  
 Telefax 02 31/40 24 16  
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de  
 Internet: http://www.koeln-online.de/spw/

Geschäftsführung:  
 Olaf Schade  
 Hans-Peter Schulz  
 Joachim Schuster  
 Alfred Voges

Konto des Verlages:  
 Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr  
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-  
 (bei Bankeinzug DM 60,-)  
 ermäßigtes Jahresabonnement  
 für SchülerInnen, StudentInnen,  
 Erwerbslose DM 55,-  
 (bei Bankeinzug DM 52,-)  
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist  
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
 Manuskripte auf Diskette mit einem  
 Ausdruck geliefert werden  
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613  
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1997.  
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
 vorbehalten.

Titelfoto:  
 Christian Kiel, Moerbusch

Satz- und Gestaltung:  
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:  
 Nolte-Druck, Iserlohn  
 1-3 Tausend, Oktober 1997

# INHALT

## MAGAZIN

<i>Ralf Krämer, Benny Mikfeld, Sigrid Skarpelis-Sperk</i> Politikwechsel oder „Innovation“ á la Schröder? .....	4
<i>Klaus Hahnzog</i> Der große Lauschangriff: Es ist höchste Zeit zum Widerstand! .....	7
<i>Björn Wiele</i> Das SPD-Desaster von Hamburg .....	9
<i>Heike Schneppendahl</i> Shell? - Boykottier ich! Krise, Jugend und Politik .....	10
<i>Uta Biermann</i> Die Nolte-Wende .....	11
<i>Ansgar Drücker</i> Sanfter Tourismus mit der Naturfreundejugend Deutschlands .....	13
<i>Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ</i> Vorwärts zu Taten! .....	15

## BONN APART

<i>Michael Rüter</i> Regierungsprogramm statt Rotweinführer .....	17
--	----

## ARBEIT – ZEIT UND GELD

<i>Gisela Notz</i> Wi(e)der die Rückkehr der Dienstbotinnengesellschaft .....	18
--	----

## POLITIKWECHSEL

<i>Kurt Neumann</i> Der Un-Sinn der Tolerierung .....	24
--	----

## GEWALT UND ZIVILISATION

<i>Frank Wilhelmy</i> Einleitung zum Schwerpunkt .....	28
<i>Frank Wilhelmy</i> Zivilisation und Barbarei .....	29
<i>Kristina Augst</i> Gewalt gegen Frauen - die Perspektive des weiblichen Körpers .....	33
<i>Ingo Siebert, Holger Thärichen</i> Allgemeine Wehrpflicht und Gewaltsozialisation .....	36
<i>Dieter S. Lutz</i> Sicherheitspolitik und die Stärke des Rechts .....	38
<i>Wahid Samimy</i> Afghanistan - das Debakel eines vergessenen Staates .....	42

## EUROPA UND DIE LINKE

<i>Horst Arenz, Uwe Hixsch; Ralf Hansen; Heiko Thomas</i> Diskussionsbeiträge zur Debatte um den EURO und die Perspektiven der EU .....	45
<i>Joachim Schuster</i> Vorbild oder Propaganda? Anmerkungen zum sogenannten holländischen Modell .....	49

## ÖKOLOGISCHER UMBAU

<i>Mechtild Rothe</i> Perspektiven Erneuerbarer Energien in der Europäischen Union .....	51
---	----

## THEORETIKER/INNEN

<i>Michael Krätke</i> Otto Bauer (1881-1938) - Die Mühen des Dritten Wegs (Teil 1) .....	55
---	----

# Politikwechsel oder „Innovation“ á la Schröder?

Kritik des Antrags „Innovationen für Deutschland“  
des SPD-Parteivorstands

von Ralf Krämer, Benny Mikfeld und Sigrid Skarpelis-Sperk\*

In den letzten Wochen hat ein Leitantrag des SPD-Parteivorstands für den Bundesparteitag Anfang Dezember unter dem Titel „Innovationen für Deutschland“ große öffentliche Resonanz gefunden, der auf den kurz zuvor von Kanzlerkandidatenkandidat Schröder veröffentlichten „Eckpunkten einer sozialdemokratischen Modernisierungs- und Reformpolitik“<sup>1</sup> basiert und die wirtschaftspolitische Marschrichtung der SPD im Wahlkampf vorgeben soll. Zwar wurde der Antrag im Parteivorstand am 15.09.97 bei nur drei Gegenstimmen<sup>2</sup> als Diskussionsgrundlage beschlossen, doch anschließend interne Kritik und Anregungen in der Pressekonferenz übergegangen. Ein breiter Konsens wurde präsentiert, den es gar nicht gibt. Insbesondere von GewerkschafterInnen, Parteilinken und Jusos wurde bereits heftige Kritik geübt.<sup>3</sup>

## Neoliberale Grundorientierung

Auf seinen 25 Seiten (in der dem Parteivorstand vorgelegten Fassung, darauf beziehen sich auch im folgenden die Seitenzahlen) enthält der Antrag „Innovationen für Deutschland“ viele Passagen, die bekannte sozialdemokratische Ziele wiederholen und auch eine Reihe von Forderungen zur Förderung von Innovationen, gegen die grundsätzlich nichts einzuwenden ist. Allerdings ist das häufig so schwammig und unkonkret formuliert, daß zu viele - auch problematische - Interpretationen möglich werden. Über-

haupt ist weniger das emphatische Bekenntnis zu Innovation und Spitzentechnologien sonderlich spannend; diese Töne sind zurecht von fast allen relevanten politischen Kräften in allen entwickelten Industriegesellschaften zu hören - Stillstand kann schließlich keine gesellschaftliche Maxime sein. Bemerkenswert ist, daß hier *in erster Linie* auf die Entfesselung der Marktkräfte und die öffentliche Förderung der so vorgegebenen Entwicklungsrichtungen gesetzt wird und dies zugleich als zentraler Ansatz gegen Massenarbeitslosigkeit und soziale und ökologische Krise verkauft wird.

Dies ist eine im Kern neoliberale Position. Die notwendige Alternative zur herrschenden Politik wird damit nicht formuliert. Auf Forderungen zur sozialen und ökologischen Steuerung von Innovation und sozial-ökonomischer Entwicklung wird weitgehend verzichtet. Der Staat wird weitgehend auf eine Nachwächter- und Moderatorenrolle reduziert, gibt den Anspruch auf demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse auf und entzieht sich somit seiner Verantwortung.<sup>4</sup> Die Frage nach Alternativen zu einer Strategie des bedingungslosen Standortwettlaufs und nach Möglichkeiten, die internationalisierte Ökonomie in demokratisch regulierte Bahnen zu lenken, wird erst gar nicht gestellt. Eine grundsätzliche Kritik der neoliberalen Standort- und Globalisierungsdebatte - deren Notwendigkeit Oskar Lafontaine in seinen Reden immer wieder betont - wird nicht vorgenommen.

Der schwerwiegendste Mangel ist jedoch, daß der Antrag keine wirksame Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit aufzeigt. Äußerungen wie die Schröders, so könnten zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, sind sachlich nicht nachvollziehbar und politisch gefährlich, weil sie auf Basis der hier vorgestellten Politik überhaupt nicht einzulösen sind. Außerdem reichen zwei Millionen neue Arbeitsplätze angesichts einer Arbeitsplatzlücke von mittlerweile über 7 Millionen bei weitem nicht aus. Die SPD braucht ein ernstzunehmendes Konzept zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung - ein Zwischenziel wäre die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Ende der Legislaturperiode - und dieses Papier bietet dafür keine Perspektive.

Daß wirtschafts- und sozialpolitische Positionen, die im Berliner Grundsatzprogramm noch eine hervorragende Stellung einnehmen, wie eine Politik ausgewählter Wachstumsfelder, Wirtschaftsdemokratie oder Gleichstellung der Geschlechter, nicht mehr auftauchen, wundert kaum noch. Es ist aber unerträglich, wenn „Sozialdemokratie“ mehr als ein Marketinglabel sein soll.

## Innovative Standortgemeinschaft statt sozial-ökologische Umbaupolitik

Im wesentlichen soll sozialdemokratische Wirtschaftspolitik darin bestehen, die richtigen Rahmenbedingungen für die Beteiligung deutscher Unternehmen am internationalen Standortwettbewerb herzustellen. Dieser soll aber nicht in erster Linie - das bleibt immerhin als Abgrenzung von den Neoliberalen übrig - über Kostenkonkurrenz und insb. Lohnkostensenkung, sondern über Qualitätsvorsprünge in Branchen mit hoher Technologieintensität „gewonnen“ werden.

Die Logik des Textes wird vielleicht am besten an folgendem Zitat deutlich: „Mit einer neuen Politik wollen wir die Ziele der europäischen Aufklärung und der europäischen Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Teilhabe verwirklichen. Ökonomische Modernisierung und soziale Modernität müssen in Einklang stehen. Für diese Ziele wollen wir arbeiten. Um sie zu erreichen, müssen wir Deutschlands Stellung im Bereich wichtiger Spitzentechnologien verbessern.“ [1]

Zwar gibt der Antrag auch einen makroökonomischen, gesamtwirtschaftlichen Rahmen vor, der kurz die Notwendigkeit einer konjunkturgerechten Fiskalpolitik, einer Stärkung der Binnenmärkte, einer Stabilisierung der Wechselkurse, einer wachstumsgerechten Zinspolitik und einer europäischen Harmonisierung der Steuerpolitik zumindest erwähnt. Im Vordergrund steht jedoch die *mikroökonomische Dimension*, d.h. eine Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Angebotsbedingungen durch eine Ausweitung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die Flexibilisierung des Bildungssystems, die Förderung von Existenzgründungen und den Abbau staatlicher Regulierungen. Damit kann Politik aber höchstens eine weitere Erhöhung der Massenar-

Dies ist eine im Kern neoliberale Position.

Die notwendige Alternative zur herrschenden Politik wird damit nicht formuliert. Der schwerwiegendste Mangel ist jedoch, daß der Antrag keine wirksame Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit aufzeigt.

\* Ralf Krämer ist Sozialwissenschaftler und Mitglied der spw-Redaktion; Benny Mikfeld ist Mitglied des SPD-Parteivorstands und Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen; Sigrid Skarpelis-Sperk ist Ökonomin, Mitglied des SPD-Parteivorstands und stellv. Wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion sowie Mitherausgeberin der spw.

beitslosigkeit vermeiden - vermindern wird sie sie nicht. Im Grunde kapituliert sie vor der Massenarbeitslosigkeit und insbesondere vor der Herausbildung eines neuen „Mezzogiorno“ in Ostdeutschland.

Auch Zielsetzungen wie der Abbau von Chancenungleichheiten oder der ökologische Umbau der Industriegesellschaft scheinen nur noch dann angestrebt zu werden, wenn mehr qualifizierte ArbeitnehmerInnen benötigt werden oder Umwelttechnologie exportiert werden kann. Dabei wird alles als innovativ angesehen, was auf dem Weltmarkt auf Nachfrage stoßen könnte. Dazu gehören selbstverständlich ökologische Zukunftstechnologien, aber auch Bio- und Gentechnologie und andere riskante und problematische Technologien. Lediglich zur Atomenergie wird festgestellt: „Die SPD bleibt bei der Ablehnung der zu risikoreichen Atomkraft“ [17] - so ziemlich die schwächste und unkonkreteste Formulierung, die man wählen konnte.

### Verzicht auf Umverteilung

Obwohl die meisten ökonomischen Analysen belegen, daß die stagnierenden Masseneinkommen (Löhne und Sozialeinkommen) für die Binnenmarktschwäche verantwortlich sind und das eklatante Auseinanderklaffen der Reichtumsschere offenkundig ist, wird im Leitartikel fast vollständig außer acht gelassen, daß die derzeitige ökonomische und soziale Lage der Republik etwas mit der Durchsetzung von Interessen und veränderten Verhältnissen zu tun hat. Es ist eine völlige Fehleinschätzung, daß die ökonomischen und sozialen Probleme überwiegend durch Innovationssteigerung bei Beibehaltung der Verteilungsungleichheiten zu lösen sind.

Der Satz im Abschnitt zum Sozialstaat, daß „nicht alles finanzierbar (ist), was wünschenswert ist“ [23], ist ebenso banal wie in die Irre führend. Er lenkt nur ab von der Frage, wie eine solidarische Finanzierung des Notwendigen organisiert werden kann. Diese scheidet nicht am mangelnden gesellschaftlichen Reichtum, sondern nur an seiner falschen Verteilung, insb. am zunehmenden „Ausstieg“ der Unternehmen und reicher Privathaushalte aus der Finanzierung des Staates und der Infrastrukturen. Auch bei den Aussagen zum Bildungswesen ist zwar von allem Möglichen die Rede,

aber nicht von der unabdingbaren Verbesserung der Finanzausstattung für Schulen und Hochschulen; die Finanzkrise wird nicht einmal als zentrales Problem benannt. Ebenfalls nicht die Rede ist von mehr Demokratie und Chancengleichheit. Insofern - denn für seine bzw. ihre Äußerungen zur Bildungspolitik gilt das erst recht - hat Clement auch nur die halbe Wahrheit gesagt, als er seine (und wohl auch Schröders) Position so formulierte: „Von dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit durch Umverteilung müssen wir uns verabschieden, wir können nur noch Chancengleichheit herstellen.“<sup>5</sup> In Wahrheit bleibt auch der Ansatz zur Chancengleichheit auf der Strecke.

### Die Spaltung der Arbeitsgesellschaft

Auch den AutorInnen des Antrags ist klar, daß es für einen Teil der Gesellschaft keinen Platz in der „innovativen Standortgemeinschaft“ geben wird. Hier lautet die Lösung: Aufbau eines Niedriglohnssektors, der staatlich subventioniert wird. „Für neue Arbeitsplätze mit niedrigen Stundenlöhnen sollen die Mittel, die bisher für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit verwendet werden, zur Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen dienen.“ [20] Damit sollen neue Arbeitsplätze v.a. bei personenbezogenen privaten Dienstleistungen geschaffen werden. SozialhilfeempfängerInnen sollen von zusätzlich verdientem Geld einen höheren Anteil als bisher behalten dürfen. „Im Gegenzug zu diesen positiven Anreizen für eine Arbeitsaufnahme werden wir die gesetzlichen Möglichkeiten anwenden, die sicherstellen, daß Sozialhilfeempfänger angebotene Arbeit auch annehmen.“ [21]<sup>6</sup> Ergebnis ist ein verschärfter Zwang für SozialleistungsempfängerInnen (im Zusammenwirken mit der bereits vollzogenen Abschaffung bisheriger Zutunbarkeitsgrenzen im Arbeitsförderungsgesetz, von deren Wiedereinführung nirgends im Papier die Rede ist, trifft das auch EmpfängerInnen von Arbeitslosenunterstützung), jede noch so miese und mies bezahlte Arbeit anzunehmen, um damit aus der Arbeitslosenstatistik zu verschwinden.<sup>7</sup>

Hier geht es weder um den Versuch der (Re-)Integration von arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen in reguläre und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse noch um den

Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der sich an tariflichen Standards des ersten Arbeitsmarktes orientiert und sich auf die Bearbeitung sozialer, kultureller und ökologischer Bedarfssphären richtet.<sup>8</sup> Die Zielsetzung ist ausdrücklich die Schaffung eines neuen Niedriglohnssektors und damit die Abseignung einer Polarisierung des Arbeitsmarktes in einen hochqualifizierten und gutbezahlten Kernbereich und ein Billiglohnsegment, in dem überwiegend unterhalb der bisherigen niedrigsten Tariflöhne Jobs im Bereich konsum- und personenbezogener Dienstleistungen verrichtet werden und der den dort Beschäftigten (vor allem Frauen) so gut wie keine Aufstiegsperspektiven eröffnet. Damit wird zugleich die Haushälterin und der Gärtner in sehr gut verdienenden Haushalten subventioniert, während auf der anderen Seite dringende gesellschaftliche Bedarfssphären wie der Ausbau des Bildungswesens und öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen als angeblich unfinanzierbar unbefriedigt bleiben und die Forderung nach einer höheren „Zielgenauigkeit sozialer Transferleistungen“ [24] in einer Weise vorgetragen wird, die durchaus als Begründung für eine Fortsetzung des Sozialstaatsabbaus verstanden werden kann.

### Senkung des Existenzminimums

Damit verabschiedet sich die Sozialdemokratie nicht nur von der Forderung nach Vollbeschäftigung. Dieser Vorschlag öffnet die Schleusentore zur Demontage von tariflichen Standards und setzt über massive Mitnahmeeffekte der Unternehmen sowie verschärften Konkurrenzdruck auf bisher nicht subventionierte Beschäftigte eine Abwärtsspirale von Lohnsenkungen in Gang. So wird das Lohnniveau im gesamten Bereich eher niedrig qualifizierter oder durch großes Überangebot an Arbeitskräften gekennzeichnete Beschäftigungen nach unten gezogen und die soziale Polarisierung insgesamt vergrößert werden. Zudem wird die Entkopplung zwischen innovativer Kernbelegschaft und einem Billiglohnsektor mit prekären Beschäftigungsverhältnissen eine weitere Entmachtung kollektiver Interessenvertretung zur Folge haben.

Zugleich sinken mit den Löhnen auch die Einnahmen der Sozialversicherungen und die Leistungsansprüche der Beschäftigten noch weiter,

*Der Vorschlag zur Förderung eines Niedriglohnssektors öffnet die Schleusentore zur Demontage von tariflichen Standards und setzt über massive Mitnahmeeffekte der Unternehmen sowie verschärften Konkurrenzdruck auf bisher nicht subventionierte Beschäftigte eine Abwärtsspirale von Lohnsenkungen in Gang.*

und Rente oder Arbeitslosenunterstützung fallen für noch mehr Betroffene unter die Sozialhilfeschwelle. Auf der anderen Seite: Würden die heutigen Sozialhilfesätze und eine Einkommensanrechnung von 50%, wie sie der Antrag vorsieht, zugrundegelegt, könnten viele Bezieher solcher Kombi-Löhne höhere Einkommen erzielen als heutzutage Beschäftigte in unteren Lohngruppen. Diese müßten also auch subventioniert werden, und der steuerliche Freibetrag für das Existenzminimum müßte mit dem Schwellenwert, bis zu dem Arbeitseinkommen subventioniert wird, harmonisiert werden. Die Folge wären gewaltige Mehrausgaben und Steuermindereinnahmen oder - und das ist die realistischere Perspektive angesichts der öffentlichen Finanzkrise und der bisherigen Diskussion über das „Lohnabstandsgebot“ - eine weitere drastische Senkung des gesellschaftlich normierten Existenzminimums.<sup>9</sup> Wie teuer dieses Konzept den Staatshaushalt kommen wird und wie die neuerlichen Milliarden-subsidien aufgebracht werden sollen, bleibt unerwähnt: Angesichts des Zustandes der Sozialkassen und von 2,1 Billionen DM Staatsschulden sind diese Vorschläge schlicht abenteu-erlich.

#### Linke Alternativen durchsetzen!

Neben vielen problematischen Punkten, die hier nicht alle diskutiert werden konnten, fehlen wichtige Forderungen einer linken, solidarisch-ökologischen Alternative zur neoliberalen Politik. Insbesondere zentrale Strategien für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit<sup>10</sup> wie die Ausweitung öffentlicher Zukunftsinvestitionen, die langfristige Stabilisierung der Massenkaufkraft, die Verkürzung der Arbeitszeit oder die aktive Arbeitsmarktpolitik fehlen oder tauchen allenfalls in Halbsätzen auf, spielen aber real keine Rolle in der Konzeption. Fazit: In dem Antrag steht zwar zurecht, „Deutschland braucht einen Aufbruch nach vorne und einen Politikwechsel“ [1], aber dieser Antrag beschreibt den notwendigen Politikwechsel in dem, was die überwältigende Mehrheit der WählerInnen bedrückt, jedenfalls nicht.

Die argumentative Linie der Antragsbefürworter in den nächsten Monaten ist klar: für Innovation und Konsens und gegen Ideologie und Bedenkenträgertum. Dabei ist es nur scheinbar innovativ, alle Technologi-

en zu fördern, ohne nach der gesellschaftlichen und ökologischen Sinnhaftigkeit zu fragen - auch hier ist „Zielgenauigkeit“ am Platze. Ein politischer Innovationsbegriff der Sozialdemokratie muß darauf setzen, Problemlösungen für die nächsten Jahrzehnte zu entwickeln. Dazu wird die Förderung von Produktentwicklung genauso gehören wie neue politische Steuerungskonzepte und Formen der Zusammenarbeit - in jedem Fall ist mehr gestaltende Politik als bloße Rahmensetzung gefragt.

Die Linke hat im Vorfeld und auf dem Bundesparteitag die Aufgabe, neben der Kritik des Leittrahns ihre Alternativen deutlich zu machen und durchzusetzen, sei es in Form eigener Anträge oder durch weitreichende Änderungen am Antrag des Parteivorstands. Es liegen auch bereits Anträge vor, auf die sich die Linken dabei beziehen können, etwa der Antrag „Wege aus der Krise“ des Landesverbands Bayern<sup>11</sup>, vom Landesverband Schleswig-Holstein „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“, und ein Alternativpapier des Juso-Bundesvorstandes. Die Kernpunkte sind:

- Den „Auf in den Standortkampf“-Parolen müssen Vorstellungen zur internationalen Kooperation der Ökonomien entgegengestellt werden.

- Die Rolle des Staates als industriepolitischer Pionier und als Nachfrager auf dem Binnenmarkt muß gestärkt werden. Hier setzen die Vorstellungen in Richtung eines „ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramms“ an. Ein großer Teil der Programme muß dabei Arbeitsplätze in Ostdeutschland schaffen.

- Die Notwendigkeit einer neuen Offensive der Arbeitszeitverkürzung muß betont und Vorschläge entwickelt werden, wie dies durch staatliche Politik gefördert werden kann.

- Anstelle der Förderung eines Niedriglohnssektors sind Konzepte aktiver Arbeitsmarktpolitik und öffentlich geförderter Beschäftigung in gesellschaftlichen Bedarfsfeldern sowie zur Förderung von Frauengleichstellung gefragt.

- Verteilungspolitische Kernaussagen dürfen nicht fehlen. Ohne Verteilungsgerechtigkeit gibt es keine Mobilisierung der WählerInnen. Unsere steuerpolitischen Vorstellungen müssen die Phrase der „Innovation und Gerechtigkeit“ mit Inhalten füllen.

- Es sind konkrete Programme für den ökologischen Umbau nötig, u.a. zur Förderung einer solaren Energie-wende und im Verkehrssektor.

- Eine Bildungsoffensive muß zukunftsorientierte Bildung und Weiterbildung für alle (und nicht nur wirtschaftsbezogene Qualifizierung) ermöglichen und erfordert eine bessere Finanzausstattung der Schulen, Hochschulen und Wissenschaft sowie eine solidarische Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung.

1 dokumentiert in der ZEIT vom 19.9.1997

2 von Benjamin Mikfeld, Hermann Scheer und Sigrid Skarpelis-Sperk

3 Vgl. die diesem Heft beiliegende Erklärung „Wir brauchen nicht nur einen Regierungswechsel - wir brauchen einen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel“.

4 Demokratiemüdigkeit und Wahlenthaltung oder Umorientierung auf rechte vermeintliche „Alternativen“ insb. seitens sozial Schwächerer ist dann nur die logische Konsequenz.

5 Äußerung anlässlich der Vorstellung des og. „Schröder-Papiers“ am 09.09.97 in Dresden.

6 Es geht hier also keinesfalls um die „Befreiung vom Zwang zur Erwerbsarbeit“ durch ein allgemeines Grundeinkommen, von dem einige „undogmatische Linke“ träumen, sondern es besteht weitgehende Übereinstimmung zu Konzepten der Konservativen und Liberalen. Z.B. sind die entsprechenden Passagen in der Koalitionsvereinbarung von 1994 inhaltlich völlig deckungsgleich. Vgl. dazu und zu der gesamten Problematik: Gerhard Bäcker/Johannes Steffen: Zwangsbeschäftigung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/95, S. 55-66, hier: S. 62; sowie aktueller: Gerhard Bäcker/Walter Hanesch: Der Kombi-Lohn: Ein Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit, in: WSI-Mitteilungen 10/97, gekürzt dokumentiert in: FR vom 29.09.97, S. 10

7 Dazu paßt, daß mittlerweile ja auch einige SPD-Politiker fordern, den Druck auf Jugendliche zu erhöhen, jede angebotene Ausbildungsstelle anzunehmen, egal wo und in welchem Beruf. Daß es um ein auswahlfähiges Angebot qualifizierter Ausbildungsplätze gehen muß und daß so das Grundrecht auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl zur Disposition gestellt wird, scheint nicht zu interessieren.

8 Vgl. zu dieser Debatte u.a. die Beiträge im Schwerpunkt „Neue Gemeinwirtschaft“ der spw 4/96.

9 Vgl. auch dazu Bäcker/Steffen, a.a.O., insb. S. 57 und 62f., und Bäcker/Hanesch, a.a.O.

10 wie sie etwa in den jährlichen Memoranden der AG Alternative Wirtschaftspolitik oder im Berliner Memorandum dargestellt sind, vgl. dazu die Besprechung von Ralf Krämer: Memoranden zur Halbierung der Arbeitslosigkeit, in: spw 4/97, S. 6f.

11 Vgl. die erste Fassung: Sigrid Skarpelis-Sperk: Wege aus der Krise, in: spw 1/97, S. 33-36

*Neben vielen problematischen Punkten fehlen zentrale Forderungen einer linken, solidarisch-ökologischen Alternative zur neoliberalen Politik. Ausweitung öffentlicher Zukunftsinvestitionen, die langfristige Stabilisierung der Massenkaufkraft, die Verkürzung der Arbeitszeit oder die aktive Arbeitsmarktpolitik fehlen oder tauchen allenfalls in Halbsätzen auf, spielen aber real keine Rolle in der Konzeption.*

Die Einführung des großen Lauschangriffs bei der Strafverfolgung wird seit vielen Jahren diskutiert. Es geht dabei um das Abhören von Gesprächen ohne Wissen der Beteiligten auch durch heimlich in Wohnungen angebrachte Wanzen. Das geht sehr viel weiter als das vielfach verharmlosend benutzte Schlagwort vom "Abhören der Gangster" suggeriert. Es geht keineswegs nur um "Gangsterwohnungen", sondern um alle Wohnungen, in denen sich ein bestimmter besonders schwerwiegender Straftaten Beschuldigter "vermutlich aufhält". Dies können auch Wohnungen völlig Unbeteiligter und Gutgläubiger sein. Zum anderen werden ja keine Monologe Beschuldigter aufgezeichnet, sondern Gespräche mit anderen oder auch nur unter anderen, die unter Umständen ebenfalls völlig unbeteiligt sind. Wie schnell hier aus einzelnen Abhöraktionen Hunderte und mehr Betroffene werden können, zeigen Zahlen aus anderen Ländern, aber auch das lawinenartige Anwachsen abgehörter Gespräche bei den Telefonüberwachungen. Diesen gegenüber hat die Möglichkeit des Abhörens von Wohnungen viel weitgehendere Auswirkungen. Niemand kann in seinem privatesten Bereich sicher sein, für sich zu sein und nicht unter Überwachung zu leben. Die Einbußen für ein menschenwürdiges, unbefangenes Leben mit einem bei zunehmender Technisierung immer wichtiger werdenden letzten unantastbaren Bereich liegen auf der Hand - ebenso für die Gesellschaft insgesamt, für die eine freie Kommunikation ein tragendes Element ist. Nicht zuletzt haben die Erfahrungen mit autoritären Systemen in früherer Zeit, aber auch bis vor kurzem in einem Teil Deutschlands, dazu geführt, der verfassungsmäßigen Garantie der Unverletzlichkeit der Wohnung, wie sie jetzt in Artikel 13 des Grundgesetzes enthalten ist, eine zentrale Bedeutung zuzumessen.

#### A. Diskussionen der SPD bis zum Beschluß des Wiesbadener Parteitags im November 1993

Seit Anfang der 90er Jahre wurde eine breite Diskussion in der SPD zum Großen Lauschangriff geführt. Von konservativer Seite wurde dies immer wieder zum Maßstab für die Politik der Inneren Sicherheit der Sozialdemokratie gemacht und als

Kernpunkt einer Bekämpfung der organisierten Kriminalität dargestellt.

Auf dem Wiesbadener Bundesparteitag im November 1993 fand eine sehr intensive und leidenschaftliche Debatte statt, die an dieser Stelle nicht im einzelnen nachgezeichnet werden kann, umfaßt doch alleine das Protokoll eines eigenen Forums "Öffentliche Sicherheit" über 90 gedruckte Seiten, dasjenige der mehrstündigen Diskussion im Plenum des Parteitags knapp 80 gedruckte Seiten.

Bei der ersten Abstimmung im Plenum wurde zunächst eine Mehrheit für die Ablehnung des Großen Lauschangriffs festgestellt. Dann wurde die Abstimmung nach einiger Zeit wiederholt, wobei sich eine ganz knappe Mehrheit für die Einführung des Großen Lauschangriffs ergab. Die Änderung des Art. 13 GG war dabei allerdings an eine ganze Reihe von Voraussetzungen und rechtsstaatlichen Bedingungen geknüpft worden, deren unbedingte Einhaltung von den Befürwortern des Großen Lauschangriffs immer wieder versichert wurde.

1. Diese wesentlichsten Voraussetzungen waren:

a) Der bisher schon mögliche Lauschangriff im präventiven Bereich zur Verbrechensverhinderung in den Polizeigesetzen sei oft zu weit gefaßt und müsse eingegrenzt werden. (Zum Verständnis: im präventiven Bereich geht es um die Verhinderung noch nicht eingetretener Schäden. Deswegen kann im Extremfall das unmittelbar gefährdete Leben etwa bei Geiselnahme auch durch Inkaufnahme des Todes des Geiselnahmers als letztes Mittel gerettet werden. Im Rahmen der Strafverfolgung, um die es bei der Neueinführung geht, steht aber die Verwirklichung des staatlichen Strafanspruchs in Frage, der allenfalls Eingriffe in die Fluchtfähigkeit, nicht aber in das Leben zuläßt.)

Die Anordnung des präventiven Lauschangriffs müsse daher mit einem durchgehenden Richtervorbehalt, auch bei Gefahr im Verzuge, versehen werden. Weiterhin solle nur eine gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben als Eingriffsvoraussetzung ausreichen.

b) Für den durch Änderung des Art. 13 GG überhaupt erst zu ermöglichenden Großen Lauschangriff im Bereich der repressiven Strafverfol-

gung müsse insbesondere ein Grundrechtsschutz durch Verfahren gewährleistet werden. Dazu sollten unter anderem gehören:

- vorherige Zustimmung einer parlamentarisch gewählten Kommission,
- Entscheidung durch ein Kollegialgericht,
- Beachtung von Verwertungsverboten, die sich etwa aus Zeugnisverweigerungsrechten ergeben.

Die Verabschiedung aller Gesetze zur Einführung der elektronischen Beweissicherung sollte an die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Deutschen Bundestags gebunden werden.

c) Es wurde weiterhin im Beschluß betont, daß entscheidende Bedeutung einer besseren Zugriffsmöglichkeit auf verdächtiges Vermögen zukommt. Nur eine Bündelung der vorgesehenen Maßnahmen könne erfolgreich sein, "einer entsprechenden Ergänzung des Art. 13 GG werden wir deshalb nur zustimmen, wenn die für die wirksame Bekämpfung der Geldwäsche erforderliche Änderung des Art. 14 GG erreicht werden kann."

2. Vor der Abstimmung wurde von den Befürwortern immer wieder betont, daß es sich um ein Gesamtkonzept handele. So erklärte der damalige Parteivorsitzende Rudolf Scharping laut Protokoll unter anderem: "Wenn das dem einen oder anderen hilft: Ich verstehe das als ein Gesamtkonzept und will auch persönlich dafür einstehen, das es als Gesamtkonzept verstanden und durchgesetzt wird, daß die Verbindung zwischen der Beschlagnahmefähigkeit für kriminell erworbenes Vermögen auf der einen Seite und Fragen des Artikels 13 Grundgesetz auf der anderen Seite bei schwerster Kriminalität in den engen rechtsstaatlichen Grenzen aufrechterhalten wird."

## Der Große Lauschangriff

Es ist höchste Zeit zum Widerstand

von Klaus Hahnzog\*

*Wie schnell aus einzelnen Abhöraktionen Hunderte und mehr - unter Umständen völlig unbeteiligte - Betroffene werden können, zeigen Zahlen aus anderen Ländern, aber auch das lawinenartige Anwachsen abgehörter Gespräche bei den Telefonüberwachungen.*

\* Dr. Klaus Hahnzog, Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen im Bayerischen Landtag, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

## B. Einigung der Kommission Kanther/Schily/Schmidt-Jortzig/Beckstein vom 28.8.97

Vergleicht man diese Einigung mit dem Wiesbadener Beschluß, so ist festzustellen, daß sie zentrale Voraussetzungen und rechtsstaatliche Bedingungen des immer wieder beschworenen verbindlichen Gesamtkonzepts von Wiesbaden nicht enthält.

Dies kann man schon pauschal daraus ersehen, daß der Vertreter des Leittrags in Wiesbaden, das Parteivorstandsmitglied Uli Maurer, der auch der Verhandlungskommission angehörte, eindeutig erklärt hat, wesentliche Bedingungen seien nicht eingehalten.

Die Wertung im einzelnen bestätigt dieses Ergebnis leider nur zu deutlich:

- Im präventiven Bereich bleibt es bei Gefahr im Verzug (und diese wird sehr oft vorkommen) bei der Anordnung durch bestimmte Polizeibeamte. Die Eingrenzung "gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben" ist nicht erfolgt, sondern stark ausgeweitet auf "dringende Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr".

- Im repressiven Bereich fehlt die vorherige Zustimmung einer parlamentarischen Kommission. Bei der (anschließenden) Genehmigung durch Richter wird der Vorbehalt des Kollegialgerichts bei Gefahr im Verzug wieder durch den Einzelrichter ersetzt. Die Voraussetzung einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die einfachen Gesetze ist nicht im Text des geänderten Art. 13 GG enthalten. Das mögen zwar manche "verfas-

sungsästhetisch" für richtig halten, dieses Fehlen bedeutet aber ein evidentes Minus an rechtsstaatlicher Absicherung. Das zeigt sich etwa daran, daß in den Katalog der in Betracht kommenden "besonders schweren Straftaten" mit einfacher Mehrheit auch schwerpunktmäßig Demonstrationsstraftaten und ähnliches gepackt werden könnte. Interessant ist, daß im gegenwärtig verhandelten Straftatenkatalog bezeichnenderweise Korruptions-, Steuer-, Wirtschafts- und Umweltdelikte gar nicht erst auftauchen.

Verwertungsverbote etwa bei abgehörten, zeugnisverweigerungsberechtigten Verwandten, Ärzten, Seelsorgern, Rechtsanwälten, Abgeordneten und anderen sind nicht verfassungsrechtlich abgesichert.

- Im Bereich des Zugriffs auf verdächtiges Vermögen wird jetzt ein anderer Weg als der in Wiesbaden vereinbarte beschritten. Die vorgesehenen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Steuerrecht werden weit hinter den Versprechungen von Wiesbaden zurückbleiben. Eine intensive Untersuchung mit Polizei- und Finanzfachleuten anfang dieses Jahres hat ergeben, daß bei 11 typischen Fallgestaltungen in 8 Fällen ein steuerlicher Zugriff nicht möglich, in 3 Fällen eventuell denkbar wäre.

## C. Weiteres Vorgehen

Es ist evident, daß essentielle Voraussetzungen von Wiesbaden im Verhandlungsergebnis vom 28. August 1997 fehlen. Dennoch haben erste allgemeine Behandlungen im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion Mehrheiten für die ge-

plante Änderung des Art. 13 GG ergeben.

Allerdings hat der Parteirat am 16. Juni 1997 einstimmig in Anwesenheit auch von Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping beschlossen: "Der Parteirat hält es für unabdingbar, bei den Verhandlungen mit der Regierungskoalition über ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität alle Bedingungen zur etwaigen Einführung des Großen Lauschangriffs des Wiesbadener Parteitags vom 18. November 1993 einzuhalten."

Jetzt formiert sich auch der Widerstand in vielen Bereichen der SPD, wie Beschlüsse und Interventionen auf vielen Ebenen zeigen. Die Schwierigkeit für diejenigen, die schon bisher immer wieder andere zum Widerstand motivieren wollten, lag auch darin, daß keine Rückkopplung aus den Verhandlungen stattfand. Das unglaubliche Ergebnis stand dann erst Ende August greifbar im Raum. Die nächste Parteiratssitzung am 13. Oktober dieses Jahres ist daher von großer Bedeutung und die Diskussion wird und muß sich auch auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember abspielen. Es besteht noch eine reelle Chance, die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zu verhindern.

Zum einen steht das Rechtsstaatsverständnis unserer Partei auf dem Prüfstand. Die Entwicklung der vergangenen Monate ist schon besorgniserregend genug. Diejenigen, die schon in Wiesbaden mit "Nein" gestimmt haben oder hätten, sind gefordert, sich erst recht gegen dieses Verhandlungsergebnis zu wenden. Für diejenigen, die sich nur wegen der verbindlichen Zusagen rechtsstaatlicher Absicherungen zu einem "Ja" entschieden haben oder hätten, gilt das Gleiche. Hier steht auch die vielbeschworene Verlässlichkeit der SPD als Mitglieder- und Programmpartei auf dem Spiel. Gerade in diesem Bereich haben wir eine breite Öffentlichkeit in die Diskussion mit einbezogen. Bei einer Hinnahme einer solchen Mißachtung von Diskussionsergebnissen, um die hart gerungen wurde, können wir uns das alles sparen.

Die SPD als Partei der Freiheit trägt eine besondere Verantwortung, wenn es um die Änderung von Grundrechten als dem wesentlichen Merkmal demokratischer Verfassungen geht. Der letzte gravie-

*Die Änderung des Art. 13 GG war vom Wiesbadener SPD-Parteitag an eine ganze Reihe von Voraussetzungen und rechtsstaatlichen Bedingungen geknüpft worden, deren unbedingte Einhaltung von den Befürwortern des Großen Lauschangriffs immer wieder versichert wurde. Das vorliegende Ergebnis entspricht dem nicht.*

## ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

### isw-report

(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem Wirtschaftsinfo) DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

EURO-Strategien des Kapitals (Nr. 29, Oktober 1996)

Das Geschäft mit der Wohnung (Nr. 30, Februar 1997)

Deutsche Macht-Allianz - Geld und Macht der Deutschen Bank und Allianz-Versicherung (Nr. 31, April 1997)

Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft - Einkommensverteilung und Kapitalkonzentration in der deutschen Wirtschaft (Nr. 32, Juli 1997)

### isw-spezial

Cuba Libre - Kuba liberal? (Nr. 9, Jan. 97), DM 5,- + Versand  
Energiesteuer - und dann? Klimaschutz erfordert Umbau von Wirtschaft u. Gesellschaft (Nr. 10, Apr. 97), 80 Seiten, DM 8,- + V.

### isw-wirtschaftsinfo extra

Milliarden für Millionäre - Steuerreform 1999 (Nr. 26, Febr. 97), 4 Seiten, DM 1,- + Versand (enthalten in report 30 u. w&gd Nr. 3)

### wirtschafts- und grafikdienst

Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland

(Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + Versand

Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 1996), DM 10,- + Versand

Armut & Sozialabbau in einem reichen Land

(Nr. 4, Jan. 97), DM 10,- + Versand

### analysen fakten & argumente

## Neu bei isw!

### Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft



ISW REPORT NR. 32  
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.



ISW REPORT NR. 31  
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Prospekte anfordern,  
Bestellungen,  
abonnieren, fördern  
bei isw sozial-ökologische  
Wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Str. 3,  
80639 München,  
Fax 089-168 94 15



rende Eingriff in Grundrechte unseres Grundgesetzes - beim Asylrecht - ist auch nach Ansicht von damaligen Befürwortern der Änderung des Art. 16 GG ein schwerer Fehler gewesen.

Hans-Jochen Vogel erklärte erst vor kurzem, in Kenntnis der Folgen würde er heute einer Grundgesetzänderung nicht mehr zustimmen. Für eine Rückgängigmachung - die wie-

der der Zwei-Drittel-Mehrheit bedürfte - nutzt eine solche Einsicht aber nichts, auch wenn die SPD wieder die Mehrheit im Bundestag hat. spw

**D**as Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl war ein Desaster für die SPD. Nachdem die SPD bei den Umfragen immer um die 40% lag, erreichte sie mit 36,2% ihr niedrigstes Ergebnis seit Kriegsende. Doch dieses Ergebnis überrascht nur auf den ersten Blick. Mehrere Gründe gibt es für dieses Abschneiden:

#### Gründe für das Desaster der SPD

1. Die SPD hat sich im ihren Wahlkampf als Hamburg-Partei dargestellt. Leistungsbilanz und die „Einheit“ von Stadt und Partei war das Wahlkampfkonzept. Die Anti-Kohl-Stimmung wurde nicht für eine offensive Auseinandersetzung mit der unsozialen Bonner Sparpolitik, und damit auch gegen die CDU und FDP in Hamburg, genutzt.

2. Die Gefahr, die von den Rechtsextremisten ausgeht, wurde unterschätzt. Demzufolge fand - im Gegensatz zu der vorherigen Bürgerschaftswahl - eine offensive Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten nicht statt.

3. Trotz anderslautender Absprachen in der Wahlkampfkommission wurde von Henning Voscherau das Thema Innere Sicherheit quasi im Alleingang zum Top-Thema dieser Wahl gemacht.

4. Mit seiner Wählerbeschimpfung drei Tage vor der Wahl (O-Ton Voscherau: „Es gibt eine Schmerzgrenze, wenn die unterschritten ist, werden es die Wähler am Sonntag abend zu hören bekommen“) hatt sich Henning Voscherau gerade bei vielen sozialdemokratischen Wählerinnen unbeliebt gemacht. Während die SPD einen sehr geschlossenen und einheitlichen Wahlkampf gemacht hat, ist der Spitzenkandidat der Partei ganz offensichtlich in den Rücken gefallen. Da er damit keinen Erfolg hatte, ist sein Rücktritt nur folgerichtig und zu begrüßen. Da es absehbar war, daß dieses Verhalten nicht zum Erfolg führen würde, zeigt sich daran auch, wie wenig politischen Gespür und analytischen

Sachverstand Henning Voscherau hier hat.

Vorbehaltlich genauerer Wahlanalysen zeichnet sich schon jetzt folgender Trend ab:

#### DVU profitiert von Fehlern der SPD

Gerade in den traditionellen sozialdemokratischen Hochburgen ist die Wahlbeteiligung geringer als im Landesdurchschnitt. Die rechtsextreme DVU dürfte gerade in diesen Bereichen überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt haben. Demzufolge hat es die SPD mal wieder nicht geschafft, die Modernisierungsverlierer, wie sie im Soziologendeutsch bezeichnet werden, für sich zu gewinnen. Das ist aber überhaupt nicht verwunderlich. Diese Menschen stehen am unteren Rand der sozialen Skala, sie sind bedroht von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen, Wohnungsnot und Perspektivlosigkeit. Da die SPD genau diese Themen nicht in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt hat, konnte sie diese Wähler auch nicht motivieren, SPD zu wählen. Sie blieben zu Hause oder wählten DVU.

Das gute Abschneiden der Rechtsextremisten - die DVU verfehlte mit 4,9% nur knapp den Einzug in die Bürgerschaft - zeigt einmal mehr, daß die Rechtsextremisten nicht mit ihren eigenen Themen zu schlagen sind. Der Versuch, ihre Themen zu besetzen, scheiterte bisher immer. Der Wähler wählt eben lieber das rechtsextremistische Original, statt der schlechten rechtssozialdemokratischen Kopie.

#### Rot-Grün noch nicht gelaufen

Das Abschneiden der anderen Parteien ist wenig überraschend. Die CDU hat nach ihrem historischen Tiefstand bei der letzten Bürgerschaftswahl (25,1%) ihr Ergebnis normalisiert. Die Grün-Alternativen legten erwartungsgemäß leicht zu und die FDP schaffte den Einzug in die Bürgerschaft wieder nicht. Die STATT-Partei erhielt die Quittung da-

## Das SPD-Desaster von Hamburg

von Björn Wiele\*

für, daß sie in der Kooperation mit der SPD kein eigenes Profil aufbauen konnte und scheiterte an der 5% Hürde.

In einer dreistündigen Krisensitzung am Montag nach der Wahl nominierte der SPD-Landesvorstand Ortwin Runde neuen Bürgermeisterkandidaten. Der der Linken zugeordnete ehemalige Landesvorsitzende, Sozial- und Finanzsenator wird auch von einem Teil der Parteirechten getragen. Insofern kann von einer breiten Zustimmung für Ortwin ausgegangen werden. Gleichzeitig erhoffen sich viele Linke davon einen programmatischen Aufbruch. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, wird sich zeigen. Fest steht jedoch, daß in Zukunft sachliche Diskussionen nicht mehr durch einen übermächtigen Bürgermeister abgewürgt werden. Damit dürfte die politische Selbstblockade der Hamburger SPD überwunden sein.

Insbesondere gilt Ortwin Runde in der Öffentlichkeit als Befürworter von Rot-Grün. Sicher ist, daß er die Möglichkeit einer solchen Koalition sehr gelassen sieht. Einen Automatismus zu Rot-Grün bedeutet das jedoch nicht. Dieses Projekt kann trotzdem scheitern, und die Gründe dafür können bei den Grünen liegen, die gegenwärtig ihre Forderungen für eine Koalition in die Höhe zu schrauben scheinen. Überzogene Forderungen der Grünen wird aber auch Ortwin Runde und die linke SPD nicht schlucken können. spw

*Die Anti-Kohl-Stimmung wurde nicht für eine offensive Auseinandersetzung mit der unsozialen Bonner Sparpolitik, und damit auch gegen die CDU und FDP in Hamburg, genutzt.*

\* Björn Wiele, Diplom-Politologe, Sprecher des JUSO-Landesvorstandes Hamburg

# Shell? – Boykottier ich!

Krise, Jugend und Politik

Heike Schnependahl\*

Jugendliche sind unpolitisch und interessieren sich nicht für gesellschaftliche Veränderungen, sie sind spaßgeil und oberflächlich, gehen zu jeder Love Parade und nie zu einer Demo, nehmen künstliche Drogen, die nicht bewußtseinserweiternd sondern verengend sind usw. usf.

Mit diesen Klischees räumt die 12. Shell-Jugendstudie gründlich auf, macht aber gleichzeitig deutlich, daß Interesse an Politik heute nicht mehr mit den Maßstäben von vor 20 Jahren gemessen werden kann. Jugendliche heute haben einen gänzlich anderen Begriff von Politik als die Generationen zuvor. Klassische Indikatoren, die bislang politisches Engagement angezeigt haben, wie „zur Wahl gehen“, „Eintritt in eine Partei“ „Besuch von politischen Versammlungen“ sind der Realität und Sichtweise von Jugendlichen mittlerweile nicht mehr angemessen.

## „Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht“

Daß die sogenannte „Spaßgeneration“ in Wirklichkeit keine Gründe für allzu viel Spaß hat, zeigt die Antwort auf die (offen gestellte!) Frage nach dem Hauptproblem der Jugendlichen: Jede zweite nennt die Arbeitslosigkeit! Und dies um so häufiger, je älter die Jugendlichen sind. Bei dieser Antwort gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen jungen Frauen und jungen Männern oder zwischen west- und ostdeutschen Jugendlichen. Massenarbeitslosigkeit ist eine „prägende Generationenerfahrung“. Um es mit den Worten der Verfasser (der Frankfurter Sozialforscher Arthur Fischer und der Berliner Erziehungswissenschaftler Richard Münchmeier) zu sagen: Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht.

Vorbei ist die alles überlagernde Beschäftigung mit sich selbst und

der eigenen Identitätsfindung in der Pubertät und kurz danach. Die Beziehung zu den Eltern, Experimente mit dem anderen Geschlecht, Probleme in der Schule oder Ausbildung rangieren weit abgeschlagen hinter den Auswirkungen der Krise der Erwerbsarbeit. In Ostdeutschland steht der Mangel an Lehrstellen an zweiter Stelle, in Westdeutschland die Umweltverschmutzung.

Bei der Betrachtung der persönlichen Zukunft halten sich ganz allgemein Optimismus und Pessimismus die Waage, auffällig ist allerdings, daß von allen Untergruppen die jungen Frauen aus Ostdeutschland ihre persönliche Zukunft am pessimistischsten einschätzen. Betrachtet man die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation dort, ist das auch eine gar nicht so unrealistische Beurteilung ...

## Jugend ohne „Schonraum“

Jugend ist „einmal eine subjektive biographische Lebensphase, in der Aufgaben der inneren Entwicklung, des Lernens, der Identitätsbildung anstehen; sie ist zum anderen eine gesellschaftlich bestimmte Lebenslage, abhängig von gesellschaftlichen Bedingungen und Erwartungen, vor allem aber von der Zukunft und Zukunftsfähigkeit der zentralen Regelungen und Grundlagen unserer Arbeitsgesellschaft.“<sup>1</sup>

Die Ergebnisse der Shell-Studie zeigen, daß Jugend kaum noch ein Schonraum zwischen Kindheit und dem Ernst des Lebens ist, in dem die eigene Persönlichkeit entwickelt werden kann. Eine Folge daraus ist, daß die Freizeitbeschäftigung, die bei den Jugendlichen in den letzten Jahren am stärksten an Bedeutung gewonnen hat, die berufliche Weiterbildung ist (von den 18 - 24jährigen geben über die Hälfte an, daß sie sich in ihrer Freizeit häufig bzw. sehr häufig beruflich weiterbilden). Gleichzeitig kann sich nur ein verschwindend geringer Teil der „Kinder Kohls“ vorstellen, daß die großen Zukunftsprobleme der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltverschmutzung von der Politik gelöst werden können. Kein Wunder also, daß Jugendliche sich nicht in den klassischen politischen Großorganisationen engagieren, wenn sie ihnen die Lösung der Probleme gar nicht zutrauen. Und so dumm ist das gar nicht, was Jugendliche sich in diesem Zusammenhang denken, nämlich daß nicht PolitikerInnen,

sondern „die Wirtschaft“ regiert. Trotzdem belegt die Studie auch, daß die Jugendlichen heutzutage eher mehr über Politik wissen als beispielsweise ihre Eltern.

Einen „Schuldigen“ benennen können oder Bescheid wissen über Politik führt aber nicht automatisch dazu, daß die Jugendlichen sich auch politisch oder gar parteipolitisch engagieren, im Gegenteil hat es oft Resignation und das Bewußtsein fehlender Alternativen zur Folge.

Die „Institutionendistanz“ ist weiter angestiegen - in Ostdeutschland noch mehr als in Westdeutschland, den schlechtesten Vertrauensbonus überhaupt haben politische Parteien, direkt danach folgen Bundestag und Bundesregierung. Im Gegensatz dazu genießen Bürgerinitiativen, Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen relativ viel Vertrauen.

## Politisches Engagement: nicht weniger, sondern anders!

Die Voraussetzungen, die (politische) Gruppen insbesondere bezüglich ihrer Arbeits- und Umgangsformen bieten müssen, um für Jugendliche interessant zu sein, sind nicht ganz leicht zu erfüllen. Jugendliche wollen sofort mitbestimmen können und nicht erst die sogenannte Ochsentour durchlaufen müssen, sie wollen ihre eigenen besonderen Fähigkeiten einbringen können, ihr Engagement muß schnell und konkret Erfolge zeitigen, aber genauso muß der Ausstieg jederzeit möglich sein, und last but not least muß das Engagement auch richtig Spaß machen.

Auffällig ist, daß ausgesprochen viele junge Frauen mit hohem Bildungsniveau gesellschaftskritische Vorstellungen haben, Reformideen vertreten, eine große Sympathie für bürgerschaftliche, ökologische und alternative Bewegungen haben, aber gleichzeitig am wenigsten an die Möglichkeit glauben, ihre Ideen politisch zur Geltung zu bringen.

Auf die Frage, welche politische Partei der/dem Jugendlichen am nächsten steht, antworten 38% keine! (Zugleich stellte es für die Verfasser der Studie ein großes Problem dar, Jugendliche zu finden, die überhaupt nicht gesellschaftlich engagiert sind). 20% der Jugendlichen entscheiden sich für Bündnis '90/Die Grünen, 18% für die SPD, 15% für die CDU/CSU und jeweils 2% für FDP, PDS, „Republikaner „und andere .

*Jugendliche wollen sofort mitbestimmen können, ihre eigenen besonderen Fähigkeiten einbringen können, ihr Engagement muß schnell und konkret Erfolge zeitigen, aber genauso muß der Ausstieg jederzeit möglich sein, und es muß Spaß machen.*

\* Heike Schnependahl ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Bochum.

**Erfolge organisieren!**

Dies alles wird von einem zentralen Schlagwort markiert, das auch immer wieder durch die Medien gegeistert ist: Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik ist das Problem.

Die Antwort darauf, wie es möglich ist, Politik wieder an die Jugendlichen heranzuführen, kann nicht endgültig sein. Die konsequente Anwendung von Projektarbeit innerhalb des JUSO-Verbandes ist ein Schritt in die richtige Richtung, mehr Jugendliche zu erreichen, kann aber lange nicht alle Probleme in Zusammenhang mit dem gänzlich anderen Verständnis der jungen Generation von Politik lösen.

Notwendig ist es, sich noch mehr an den konkreten und alltäglichen Problemen der Jugendlichen zu orientieren, das kann aber nicht einfach im luftleeren Raum passieren, sondern möglichst dort, wo viele Jugendliche einen Teil ihres Lebens verbringen – in den Bildungseinrichtungen.

Zentrales Erfolgskriterium für die JUSOS wird dabei auch sein, ob wir es schaffen, unsere Bündnisfähigkeit weiterzuentwickeln. Mit linken, radikalreformerischen Jugendlichen aus Gewerkschaften, Jugendverbänden, Interessenvertretungen und unabhängigen regionalen Initiativen müssen gemeinsam Projekte entwickelt und durchgeführt werden – nicht nur, aber auch weil damit die Erfolgchancen am höchsten sind. Als Anknüpfungspunkte können die

im Rahmen der Auseinandersetzung um die Umlagefinanzierung gebildeten Bündnisse dienen. Im JUSO-Schülerinnenbereich gibt es mit dem Zeitungsprojekt „links“ schon gute Ansätze, auch an den Hochschulen müssen JUSOS verstärkt zum organisierenden Kern einer Jugendlinken werden.

Thematische Schwerpunkte müssen dort gelegt werden, womit Jugendliche erreichbar sind. Tragfähige und umsetzbare Konzepte zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel müssen zugespitzt vermittelbar gemacht werden, Zahlenspiele nützen dabei nichts, unsere Vorschläge müssen symbolisch erfahrbar sein. Das Thema Solarer Umbau eröffnet die Möglichkeit, am Thema „Umweltverschmutzung“, das für die Jugendlichen ein Thema ist, das ihre persönliche Zukunft ausgesprochen stark beeinträchtigt anzuknüpfen, es zu politisieren und in größere Zusammenhänge zu setzen.

Um an den realen und als individuell angesehene Schwierigkeiten, die Jugendliche haben, anzusetzen, und dem kollektive Lösungsmöglichkeiten entgegenzusetzen, muß die Ausbildungsförderung wieder stär-

Rezension zum Buch *„Das Claudia-Nolte-Phänomen“* von Mechtild Jansen, erschienen im Dietz-Verlag, DM 36,-. Mechtild Jansen ist Sozialwissenschaftlerin, freie Publizistin, Autorin vieler frauenpolitischer Veröffentlichungen und lebt in Köln.

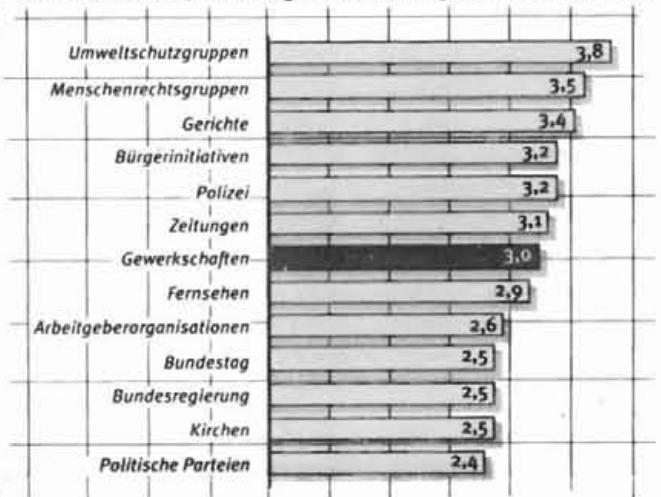
Mit dem Buch *„Das Claudia-Nolte-Phänomen“* liefert Mechtild Jansen eine ausführliche Analyse der Frauenpolitik der CDU als zentralen Bestandteil der Wende von einer linkskonservativen zur rechtskonservativen Erneuerung am Anfang der 90er Jahre. Die Frauenministerinnen der CDU von Rita Süßmuth als

„begabte, unkonventionelle politische Seiteneinsteigerin“ über Ursula Lehr und Angela Merkel bis zu Claudia Nolte als „weibliches Subjekt für die Objektrolle Frau“, beschreibt sie als rasante Spirale abwärts vom emanzipativen Anspruch selbstbewußter Frauen zu einem neuen Frauenbild: *„Tapfer – angepaßt – dressiert“*.

Als verbindend zwischen diesen Frauen macht sie lediglich zwei Gemeinsamkeiten fest: die Übereinstimmung in konservativ politischen Grundsätzen der CDU und insbesondere dem Bild ihrer Basis der *„Familie als Keimzelle des Staates“*, das einer wirklichen Feminisierung der

**Jugendliche: Wem sie vertrauen**

Umfrage unter Jugendlichen zwischen 12 und 24 Jahren; Werte auf einer Skala von 1 (sehr wenig Vertrauen) bis 5 (sehr viel Vertrauen)



Quelle: Shell Jugendstudie 1997

ker in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzung gerückt werden. Durch die Forderung, über eine weitreichende Erhöhung der Erbschaftsteuer eine elternunabhängige Jugend- und Ausbildungsförderung für alle Jugendlichen zu finanzieren, kann die Möglichkeit des Eingreifens von Politik veranschaulicht werden.

Für unsere politische Arbeit muß dabei immer gelten: *„Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“* (Karl Marx)

*Nur ein verschwindend geringer Teil der „Kinder Kohls“ kann sich vorstellen, daß die großen Zukunftsprobleme der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltverschmutzung von der Politik gelöst werden können.*

1. Fischer/Münchmeier

**Die Nolte-Wende**

Von Uta Biermann\*

Gesellschaft im Prinzip diametral entgegensteht.

Das *„Claudia-Nolte-Phänomen“* aber ist mehr: Jansen geht in ihrem Buch der Frage nach, wieso sowohl die *„frauenpolitisch aufgeklärte*

\* Uta Biermann ist Wissenschaftlerin am Max-Planck-Institut für Chemie, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Mainz.

*Das Buch stellt die Frauenpolitik in den Zusammenhang mit anderen Politikfeldern, mehr noch, arbeitet die Spaltung von (Familien-)frauen und (Karriere-)männern in vielen Fällen als "Zentralachse" gesellschaftlicher Spaltungen insgesamt heraus.*

Öffentlichkeit" als auch viele Männer der Politikszene nach einem Aufstöhnen ob der Berufung von Claudia Nolte nicht konsequent darauf gedrungen haben, diese politische Fehlbesetzung rückgängig zu machen. Ihre Antwort ist, daß Männer, immer noch von der Angst vor einer wirklich starken Partnerin geprägt, sich in der falschen Sicherheit wiegen, die "Frauenfrage sei geregelt". Viele von der Frauenbewegung geprägte Frauen sind zu bescheiden in ihren Ansprüchen und kleinkariert geworden. Und wie so oft wird eine Frau, hier Claudia Nolte, verharmlost und die Tragweite ihrer Politik mit dem Konzept: "Die Schwachen helfen den Starken und sich selbst", die im Kern auf tiefe Einschnitte im Sozialstaat zielt, für die Gesamtgesellschaft wird unterschätzt.

#### **Problematisch: Die Linke und die Frauen**

"Vom Versagen der Traditionslinken und der grünen Innovation" heißt das Kapitel, in dem Mechtild Jansen darlegt, wieso aus ihrer Sicht sowohl die SPD, als auch die Gewerkschaften, die sozialistisch-kommunistische Traditionslinke und zu Teilen auch die Grünen verfehlt haben, der schleichenden Aushöhlung frauenpolitischer Erfolge etwas entgegenzusetzen und mit der Frauenpolitik "sich selbst haben links liegen lassen". Sie skizziert den Weg der Frauenbewegung "von der Autonomie in die Differenzierung" mit

dem entscheidenden Wendepunkt 1989 und der Vereinigung. Ihre These ist, daß die Frauenbewegung, die zunächst nach der Wende als einzige zusammenarbeitete und sich gegenseitig durch Erfahrungsaustausch befruchtete, von den dominierenden politischen Grundkonstellationen und ihren Spaltungslinien geschwächt wurde. Es gelang den Frauen nicht, die vielen Anliegen, Projekte und Einzelthemen in einen Zusammenhang zu stellen und die wesentlichen Gemeinsamkeiten neu zu definieren. Das Trennende überwog vielfach das Gemeinsame, gemeinsame Gegenwehr erlahmte.

#### **Pionierinnen der gesellschaftlichen Veränderung**

Dennoch macht Mechtild Jansen die Frauen "als Pionierinnen der gesellschaftlichen Veränderung" zum entscheidenden Subjekt auf dem Weg in eine neue Gesellschaft aus, in der geschlechtliche und soziale Spaltungen minimiert sind. Das Ziel ist, ein neues Verständnis von Arbeit zu installieren, das Arbeit als gesellschaftliche Gesamtarbeit begreift, die geschlechtsspezifische Trennung in Produktions- und Reproduktionsarbeit endgültig aufhebt und Frauen sowie Männern Zugang zu allen Lebensbereichen öffnet. Sie entwickelt einige Kriterien einer solchen Gesellschaft, eine genauere Ausführung läßt sie im Vagen.

#### **Zentralachse gesellschaftlicher Spaltungen**

Das Buch zeichnet sehr stringent die Entwicklung der Frauenpolitik seit 1983 nach: es stellt sie in den Zusammenhang mit anderen Politikfeldern, mehr noch, arbeitet die Spaltung von (Familien-)Frauen und (Karriere-)Männern in vielen Fällen als „Zentralachse“ gesellschaftlicher Spaltungen insgesamt heraus. Es macht deutlich: "Was heute den Frauen geschieht, geschieht morgen auch den Männern" und ruft nach Gegenwehr. Zumindest mit Worten. Was das Buch vermissen läßt, ist die genaue Verortung und strategische Positionierung der Handlungsträgerinnen. In ihrem Vorwort schreibt Mechtild Jansen, das Buch richtet sich an alle, an die "bundesrepublikanische Öffentlichkeit", namentlich "junge Frauen und junge Männer, die Frauenbewegung, die Frauen und Männer in der Politik, Wirtschaft, Parteien, Gewerkschaften,

Kirchen und Verbänden". Wiederfinden können sich die angesprochenen Menschen in dem Buch nur schlecht! Im Gegenteil: insbesondere die "Abrechnung" mit der Frauenpolitik der SPD- und Gewerkschaftsfrauen ist hart.

Viele Kritikpunkte sind berechtigt: die SPD hat niemals ein Grundsatzzprogramm gehabt, das eine Feminisierung der Gesellschaft hinreichend durchdekliniert oder gar in den Mittelpunkt gerückt hat. Und die Gewerkschaften haben viel zu lange klassische, an Männern orientierte Tarifpolitik gemacht und die gesellschaftliche Sprengkraft des Anspruches von Frauen auf gleiche Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt sträflich vernachlässigt. Dennoch hat es in beiden Organisationen Frauen gegeben, die für diese Ziele gekämpft haben und sich als Teil von Frauenbewegung und Partei oder Gewerkschaft begreifen.

Sie haben Anteil z.B. an der Institutionalisierung der Frauenbewegung, die in dem Buch als eine wichtige, wenn auch mit Widersprüchen behaftete Voraussetzung für weiteres erfolgreiches Agieren der Frauenbewegung analysiert wird

Die Idee, das Aufkündigen des männlichen Normalarbeitsverhältnisses als Dreh- und Angelpunkt zur Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und als Einstieg zur Beseitigung der patriarchalischen Machtverhältnisse zu machen, haben Jusos unter dem Konzept der "Doppelten Umverteilung" bereits Anfang der 90er diskutiert. Immerhin bleibt nicht unerwähnt, daß ein ähnliches Konzept Teil des DGB-Grundsatzprogrammes 1996 ist. Im Kern entspricht es der Zukunftsvision der neuen Gesellschaft, die Mechtild Jansen am Ende ihres Buches entwirft. Insofern ist es schade, daß sie in ihrem Buch nicht den Versuch macht, bestehende Ansätze zu benennen und zusammenzuführen, vielleicht sogar den Versuch zu machen, es zu einer zentralen Forderung oder einem Aktionsvorschlag zu formulieren. Die Linke hätte so einen Impuls bitter nötig. In den 80er Jahren hat Mechtild Jansen das als Vorreiterin der Quotendiskussion trefflich getan. Diesmal bleibt denjenigen, die eine frauen- und gesellschaftspolitische Wende wollen, die Hoffnung, daß auf die entworfene Vision auch noch Umsetzungsperspektiven und sogar Handlungsvorschläge folgen. **spw**

## **WIDERSPRUCH**

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

**33**

### **Bildung, Schule, Arbeit**

Bildungsmarktwirtschaft, Schulzuweisung, interkulturelle Pädagogik, Elternbildung, Chancengleichheit, Volksbildung, Wissensgesellschaft, Internet, fernvisuelle Bildung, Utopien der anreiztechnischen Erziehung, Reformpädagogik heute: Anse in der Schule - Lernen für die Zukunft?

G. Steiner-Khamsi, J. Dalkerk, M.A. Graf, E.O. Graf, M. Lamprecht, H. Stamm, P. Geiler, H.-U. Grundel, U. Kamm, R. Ruppelweger

### **Politisches Lernen und Arbeitspolitik**

O. Nagel: Gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen  
U. Beck: Politische Bildung in der Zweiten Moderne  
W. Schram: Personalienverteilung, Bildung, Arbeitsmarkt  
K. Rutenfranz: Jugendliche ohne Lehrstelle und Job  
K. Dorn: Streit um gewerkschaftliche Bildungskonzepte  
B. Rühlmann: Repräsentation gewerkschaftlicher Bildung

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenchau

17. Jg./Heft 33 - Juli 1997

188 Seiten, Fr./DM 21.- (Abo 36.-/38.-)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich  
Probeheft anfordern Tel./Fax 01 - 273 03 02

Verzicht auf Flugreisen, keine Getränkedosen, keine Wanderung abseits der Wege, kein Snowboarden im Tiefschnee, Respekt vor den Einheimischen nicht nur beim Fotografieren - lang ist die Liste der Ge- und Verbotsschilder für den politisch, ökologisch und sozial korrekten sanften Touristen. Für TouristInnen im Kinder- und Jugendalter reihen sich diese Verbote - bei aller vorhandenen oder zu vermittelnden Einsicht in ihre Sinnhaftigkeit - leicht in die lange Reihe der für sie ohnehin schon bestehenden Verbote ein: Hausordnungen beachten, kein ruhestörender Lärm, Nachtruhe, no Sex, Drugs & Techno. Schnell entsteht, wie so oft, der Eindruck, daß alles, was Spaß macht, verboten ist, Erlebnis so nicht stattfinden kann, sich ein cooler Urlaub nicht mit sanftem Tourismus verträgt und sanfte TeamerInnen bestimmt langweilig sind und Erlebnis und Abenteuer blockieren.

Die linke Tourismuskritik der vergangenen Jahre (wie auch ökologische Gruppen und andere den sozialen Bewegungen entstammende Gruppierungen) hat häufig mit Utopien und Szenarien, die von Verzicht und Verboten geprägt waren, gearbeitet. Dabei wurde selten darauf geachtet, ob diese für Jugendliche, also die potentiellen UmsetzerInnen und/oder Betroffenen dieser Utopien, überhaupt erstrebenswert waren.

Dennoch setzen viele Jugendverbände auf Angebote, die sich dem sanften Tourismus verpflichtet fühlen; die Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD) hat den sanften Tourismus sogar zu ihrem Aushängeschild gemacht. Flugreisen, um (sanften?) Ökotourismus im Dschungel zu erleben, sind bei der NFJD daher ebenso tabu wie TeamerInnen, die unter Erlebnispädagogik vor allem umweltschädigendes Abenteuer in freier Wildbahn verstehen. Denn wichtig für die Reiseentscheidung von Kindern und Jugendlichen (oder ihren Eltern) sind vor allem die Glaubwürdigkeit des Veranstalters, die Persönlichkeit der TeamerInnen und ihre Glaubwürdigkeit sowie die Übereinstimmung der Grundsätze des Veranstalters mit dem alltäglichen Verhalten der TeamerInnen während der Reise.

Diese in der langen Tradition der Kinder- und Jugendreisen immer wieder unter Beweis gestellte Glaubwürdigkeit wächst aber gerade nicht

durch ein penetrantes Durchsetzen oder Vorexerzieren von buchstabengetreu einzuhaltenden Verhaltensregeln, sondern vielmehr durch ein Verhalten, das ein ökologisches Umdenken ebenso zum Ausdruck bringt wie die Freiwilligkeit und Selbstverständlichkeit des Einhaltens von Grenzen und des Akzeptierens von Einschränkungen, die der sanfte Tourismus auch mit sich bringt - neben vielen neuen Möglichkeiten zu Entdeckungen und Erfahrungen, die der eigentliche Gewinn sind und im Vordergrund stehen sollten. Verzicht bedeutet dann nicht Leiden und Versagung, sondern Ausgefüllt-Sein durch neu entdeckte Gestaltungsmöglichkeiten, die das im Urlaub so heftig ersehnte Gefühl von Freiheit wecken.

Die alltägliche Erfahrung aus Ferienfreizeiten und internationalen Begegnungen, aus Reisen und Wanderungen zeigt, daß das Bedürfnis nach Erlebnis, Thrill oder Abenteuer auch mit unkonventionellen und zum Teil sehr einfachen Mitteln gestillt werden kann. Um Abenteuer in der eigenen Umgebung zu erleben, tut's auch eine Survival-Tour im Thüringer Wald oder im Sauerland. Bedürfnisse nach jugendgerechten Ausdrucksmöglichkeiten können auch erfolgreich in kreative und künstlerische Prozesse einfließen, etwa im Rahmen von Forscher-camps oder Umwelterlebniswochen, die Umwelterfahrung mit bewußter Mediennutzung vom Computer bis zur Videokamera verbinden und zur Weiterverarbeitung der gewonnenen Ergebnisse in künstlerische Prozesse einladen. Ebenso ist Erlebnis und Thrill beim Natursport nicht notwendigerweise mit einer weiten Anreise in die Alpen oder in überlaufene französische Schluchten verbunden.

#### Nachhaltiger Tourismus

Die Diskussion um Nachhaltigkeit hat die touristische Diskussion befruchtet und belebt. Auch sie ist jedoch in Deutschland nicht frei von der oben beschriebenen Anfälligkeit für einseitige Utopien. So kann es etwa für die Naturfreundejugend nicht darum gehen, die ins Utopische weitergedachten Ideen bestimmter linkskatholischer Lebenswelten (wie bei der BUND-MISERIOR-Studie), Einfach-Leben-Lebenswelten (aus dem ökologisch-asketischen Bereich mit Hang nach Rechts, auch als ökodiktatorisch be-

## Sanfter Tourismus mit der NFJD

Die Naturfreundejugend Deutschlands im Spagat zwischen moralinsauren Verboten und Erlebnisgesellschaft

von Ansgar Drücker\*

schimpft) oder intellektuell-touristischer LebensArt (wie in Teilen der bürgerlichen Tourismuskritik: Es müssen nur alle Menschen lernen, „richtig“ und niveaull Urlaub zu machen) auf alle Menschen zu übertragen und zu einem Idealbild zu verdichten, das nicht nur viele spontan ablehnen, sondern in dem sich auch nach dessen utopischer Verwirklichung nur wenige Kinder und Jugendliche wohlfühlen würden. Auch und gerade nachhaltiger Tourismus muß die Individualisierung der Lebenswelten berücksichtigen, ja als wesentlichen Ausgangspunkt wählen, denn wo sonst wenn nicht im Urlaub stehen die individuellen Bedürfnisse des einzelnen so stark im Mittelpunkt.

Der sanfte Tourismus verspricht, daß Urlaub nicht in erster Linie verzichtvoller und lustärmer, sondern echter und authentischer wird, daß er zwar auf den ersten Blick vielleicht nicht so exotisch wirkt, dafür aber lebensnäher ist und gerade deswegen ganz neue Erfahrungen ermöglicht - auch damit kann man werben. Menschen im Urlaub, vor allem wenn sie in Gruppen auftreten, sind in anregender Atmosphäre besonders offen für soziale und ökologische Erfindungen. Daraus läßt sich eine eigene Reisekultur zimmern, die auch die jugendliche Suche nach Entwürfen für den eigenen Lebensstil aufgreift.

#### Mobilität und Flucht

Wenn wir anerkennen, daß Urlaub (und Mobilität) ein Teil der Identität von vielen Kindern und Jugendlichen geworden ist und identitätsstiftend wirkt, müssen wir seine vielfältigen Sinngebungen und Bedeutungen ernst nehmen. Eine Gesellschaft, die vom Urlaub und vom Reisen abhängig geworden ist und genau zu wis-

*Der sanfte Tourismus verspricht, daß Urlaub nicht in erster Linie verzichtvoller und lustärmer, sondern echter und authentischer wird, daß er zwar auf den ersten Blick vielleicht nicht so exotisch wirkt, dafür aber lebensnäher ist und gerade deswegen ganz neue Erfahrungen ermöglicht.*

\* Ansgar Drücker ist Diplom-Geograph und arbeitet als Bildungsreferent in der Bundesgeschäftsstelle der Naturfreundejugend Deutschlands.

„Nur scheinbar öde: Jugend im Watt“



*Es soll für Kinder und Jugendliche möglich werden, Freiheit zu erleben (und dies vorzugsweise in der Natur) und Gestaltungsmöglichkeiten für den Urlaub, aber auch darüber hinaus aufzuspüren.*

sen glaubt, welche Urlaube sie will, kann z.B. bei sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen, die Kinder und Jugendliche bekanntlich zuerst treffen, nur mehr schlecht als recht mit anderen Formen von Freizeit-Thrill substituiert werden. Zugegeben, das Bild der Droge suggeriert mehr Festgelegt-Sein als wir nach Freiheit strebenden und auf Unabhängigkeit bedachten touristischen Individuen gerechterweise unterstellen dürfen. Aber wer nach den großen Ferien nichts zu erzählen hat oder „nur“ im nächsten Mittelgebirge war, hat zunächst ein Problem.

Kinder und Jugendliche fahren nicht in erster Linie in Urlaub, um zu fliehen, aber weil es im Urlaub besonders gut geht, werden dort auch Fluchtbedürfnisse ausagiert. Dieser feine Unterschied weist darauf hin, daß es nicht um Kilometerdistanzen geht, sondern um Freiräume und Gelegenheiten, in denen das Gefühl von Freiheit aufkommt. Stand früher häufig die Flucht vor der Enge des Elternhauses im Vordergrund, sind es heute die alltäglichen Belastungen in Schule, Clique und Familie, die zunehmend Streß verursachen, bis hin zu psychosomatisch beeinflussten Erkrankungen, die Flucht-tendenzen auslösen.

#### **Wandern neu entdecken**

Das Wandern ist für die Naturfreunde seit Beginn ihrer Bewegung vor über hundert Jahren das zentrale Medium des Naturerlebnisses. Längst ist Wandern jedoch nicht mehr der „normale“ Urlaub bei den Naturfreunden, schon gar nicht bei

Kinder- und Jugendreisen. Zudem ist Wandern häufig belastet durch Erfahrungen aus Schule und Elternhaus. Dennoch setzt die Naturfreundejugend weiterhin erfolgreich auf das Wandern - in einer erweiterten und jugendgerechteren Form allerdings.

Einen wichtigen konzeptionellen Baustein stellt die Einbeziehung der Ausübung von Natursportarten dar, was den Begriff des Wanderns deutlich erweitert und attraktiver gestaltet. Auch hier ist es wichtig, daß Natursport keine isolierte Situation darstellt, sondern immer eingebunden in eine Auseinandersetzung mit Natur, Kultur und Landschaft ist. Natursport verbindet Naturerfahrung mit Abenteuer und manchmal mit Thrill. Auch die jeweils vorherrschenden Formen des Naturerlebnisses sind kulturellen Prägungen und gesellschaftlichen Entwicklungen unterworfen. Jede Zeit und jede Gesellschaft entwickelt ihren eigenen Blick auf die Natur, ihr eigenes Verhältnis zur Umwelt und eigene Formen der Nutzung von Natur. Kinder, Jugendliche und andere Natursportler müssen sich dabei oft gegen Kritik verteidigen. Alle Erfahrungsberichte von Aktiven belegen aber, daß für sie Natur und Naturerlebnis untrennbar und unersetzbar zur Ausübung der Natursportarten dazugehört und sie diesem Bereich eine große subjektive Bedeutung beimessen.

Der pädagogische Wert des Wanderns hingegen ist unbestritten: „Ausgesetzt-Sein“ und „Aufeinanderangewiesensein“, zwei idealtypische Momentaufnahmen der Ge-

fühlsituation in der wandernden Gruppe oder bei Outdoor-Aktivitäten, sind sozialräumliche Kategorien (Böhnisch/Münchmeier). Sie führen hin zu neuen Formen der Konflikt-austragung, fördern das Denken in Zusammenhängen oder ermöglichen es gar erst. Fordert die sozialräumliche Jugendpädagogik eine „pädagogische Inszenierung des Aufeinanderangewiesenseins“ (Böhnisch/Münchmeier), ist diese bei einer Gruppensituation „draußen“ schon situationsimmanent vorhanden, braucht nicht mehr inszeniert zu werden.

Wanderungen und Outdoor-Aktivitäten sind daher nicht nur Lernorte, sondern Lebensorte, sind weitgehend alltagsintegrierte Jugendräume. „Neuartige Möglichkeitsräume“ (Beck) entstehen durch die Bewegung im Raum geradezu plastisch vor Geist und Augen der Wandernden, gemeinsame Erfahrungszusammenhänge verdichten sich zu „Anregungsmilieus“ (Böhnisch/Münchmeier), aus denen wiederum Absprachen für neue Vorhaben und Projekte entstehen können. Unterwegs wird so in exemplarischer Weise ein Projektmilieu geschaffen, das Erfahrungen und Modellmaßnahmen in andere verbändliche Zusammenhänge zu transportieren hilft.

Die Naturfreundejugend Deutschlands verfolgt bei ihren Angeboten und Aktivitäten in den Bereichen Wandern und Natursport kein rein erlebnispädagogisches Konzept. Sie verfolgt nicht die Absicht, Ausnahmesituationen zu inszenieren, denen der Bezug zum Alltag der Jugendlichen weitgehend fehlt. Auch hier soll nicht in erster Linie das Fluchtmotiv bedient werden, es soll keine Gegenwelt zum Alltag inszeniert werden. Stattdessen soll es für Kinder und Jugendliche möglich werden, Freiheit zu erleben (und dies vorzugsweise in der Natur) und Gestaltungsmöglichkeiten für den Urlaub, aber auch darüber hinaus aufzuspüren.

#### **Das Projekt Online mit der Natur**

Ihren spezifischen Ansatz des Wanderns, der Wandern, Natursport und Naturschutz miteinander verknüpft, Aspekte der Gesundheitsförderung berücksichtigt und über Umwelt- und Erlebnispädagogik das Wandern auch zu einem sozioökologischen Erlebnis macht, versucht die Naturfreundejugend Deutschlands,

mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V., zur Zeit projektorientiert zu erarbeiten und öffentlichkeitswirksam im Rahmen der neuen Kampagne „Online mit der Natur“ nach außen zu vertreten.

Eine erste Modellmaßnahme im Rahmen dieser Kampagne fand im Frühjahr 1997 auf Hallig Hooge im schleswig-holsteinischen Wattenmeer mit 14 Jugendlichen aus Thüringen statt. Eine ganze Hallig als Entdeckungsraum, neue Erfahrungshorizonte und Herausforderungen, das Eintauchen in das völlig andersgeartete Tagesgeschehen der einheimischen Inselbevölkerung, direkter Kontakt zu den Menschen und zu einer grandiosen, aber auch bedrohten Natur gehörten zu den ganz anderen und wichtigen Erfah-

rungen, die über eine normale Inselbesuchstour oder Wattwanderung hinausgingen.

Deutlich bestätigt hat sich die Vermutung, daß sich Jugendliche, die sich sehr unterschiedlich in der Gesellschaft verorten und sehr unterschiedliche Lebensstile sichtbar nach außen tragen und vertreten, in einer von der Natur geprägten Umgebung ohne die gewohnten Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung intensiver und vorbehaltloser aufeinander einlassen und bereit sind, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Die Wahrnehmung der Bedrohung eines sensiblen Lebensraumes gekoppelt mit der Möglichkeit, durch die Unterstützung der Schutzstation Wattenmeer etwas Praktisches für den Umweltschutz zu tun, bot einen handlungsorientierten

Rahmen für Umweltpädagogik ohne erhobenen Zeigefinger. spw

Weitere Informationen und Materialien gibt es bei der Naturfreundejugend Deutschlands, Haus Humboldtstein, 53424 Remagen-Rolandseck, Telefon 02228-8041, Telefax 02228-8434, e-mail: nfdj@gaia.de, internet: <http://www.gaia.de/nfdj>.

#### Literaturhinweise:

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main 1986.

Böhnisch, Lothar und Münchmeier, Richard: Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik. Weinheim/München 1990.

**D**er Zusammenbruch des europäischen Kommunismus mit all seinen diktatorischen und grausamen Praktiken - sowie der einhergehende „Siegesszug“ des Kapitalismus, hatten auch die österreichische Gesellschaft und damit auch die Sozialdemokratie verunsichert. Die vierzigjährige österreichische Neutralität - als wichtige Identität zwischen den politischen Machtblöcken, droht von der globalen Macht des Marktes hinweggewischt zu werden. Dieser gewalttätigen realen Macht - mit der einhergehenden Zerstörung des Kulturgutes „Sozialstaat“, muß sozialistische Aufklärung entgegengestellt werden.

Das war/ist der gesellschaftliche Hintergrund einer schon zweimal (1971 und 1975) gestarteten *Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ* - nur unter völlig veränderten Bedingungen. Eine im April 1997 einberufene Konferenz erarbeitete das Grundsatzpapier der Initiative - bisher stellen sich über zwölfhundert UnterstützerInnen mit Ihrer Unterschrift hinter das sozialistische Forderungsprogramm. Mit großem Interesse wurde es auf dem nachfolgenden Parteitag in Linz ausgenommen - auch da unterschrieben viele - auch Regierungsmitglieder. Die jetzt folgenden Themenkonferenzen versuchen, Schwerpunkte aufzuarbeiten - aus sozialistischer Sicht, versuchen, die SPÖ wieder zu einer Protestpartei zu erweitern. Der drohenden Gleichgültigkeit, Mutlosigkeit und der ohnmächtigen Akzeptanz

des Neoliberalismus muß Solidarität entgegengestellt werden - in Österreich und global.

Jürgen Hirsch, Wien

#### Für eine sozialistische Politik der SPÖ

Die unterzeichneten Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten stimmen überein, daß der Kampf gegen den globalisierten Kapitalismus und seine für den Großteil der Menschen verheerenden Folgen, sowie der Kampf gegen faschistische Tendenzen und Rechtspopulismus eine starke, einige und geschlossene Sozialdemokratie erfordern. Dieser Kampf muß auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene geführt werden. Jede Zersplitterung und Abspaltung ist daher schädlich. Ziel der Sozialdemokratie muß eine gerechte, demokratische Gesellschaft, frei von Ausbeutung von Mensch und Natur, und daher die Überwindung des Kapitalismus sein. Wir sind überzeugt, daß unsere Ziele nur durch eine kämpferische Politik auf Basis unserer Grundwerte erreichbar sind. Unmittelbares Ziel muß es sein, das europäische Kulturgut „Sozialstaat“ mit demokratischer Regulierung des Wirtschaftsprozesses zu verteidigen und auszubauen. Andernfalls droht weiterer Schwund an Mitgliedern und Wählern, besonders aber unter jungen Menschen. Der momentane Optimismus und die Aufbruchstimmung können nur anhalten, wenn Akzente gesetzt werden, wobei der personellen Erneue-

rung auch eine klare inhaltliche Positionierung folgen muß.

*Um die frühere Schlagkraft unserer Bewegung wiederherzustellen, fordern wir:*

1. Die SPÖ muß die Interessen aller durch das kapitalistische System Benachteiligten, zum Beispiel der Lohn- und Gehaltsempfänger, aber auch der Arbeitslosen, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, vertreten. Deshalb stehen wir uneingeschränkt zu den im Frauenvolksbegehren enthaltenen Forderungen. Nur wenn wir diesen Menschen durch Aufklärung und Taten ihre Klassensituation bewußt machen, werden sie politisches Bewußtsein entwickeln, ihre Gegner in Großkapital und Hochfinanz erkennen, gegen rechtspopulistische Parolen resistent sein und die SPÖ unterstützen.

2. Die SPÖ darf nichts versprechen, was sie nicht halten kann. Der wichtige Kampf um Arbeitsplätze kann im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung und der daraus folgenden sich verschärfenden Verteilungsungleichheit nur durch internationale Solidarität erfolgreich sein. Sie muß daher für das Primat der Politik und gegen das Primat der Profitmaximierung und der Finanzspekulation

## Vorwärts zu Taten!

Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ

gegen den alleinigen Vorteil der Aktieinhaber im internationalen Maßstab eintreten. Gleichzeitig ist auch der Kampf gegen Ausbeutung über den Preissektor und auf dem Wohnungsmarkt und für die Rechte der Konsumenten zu führen.

3. Die SPÖ muß sich klar und sichtbar von den Positionen des Neoliberalismus abgrenzen. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen, nicht umgekehrt. Nicht die Werktätigen haben den Betrieben nachzuziehen, sondern Betriebe sind dort anzusiedeln, wo die Menschen sie brauchen. Flexibilisierung darf nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe dienen, sie muß der Lebensqualität der Werktätigen zugute kommen. Arbeit muß wieder Vorrang gegenüber dem Kapital bekommen. Dies muß sich auch in den Entscheidungsstrukturen ausdrücken, Privatisierung und Deregulierung dienen letztendlich der kapitalistischen Profitmaximierung auf Kosten gesamtstaatlicher Steuerung zum Wohle der Mehrheit und der Versorgungssicherheit (soziale Dienste, Bildungswesen, Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr). Die SPÖ muß durch eine Reaktivierung der Gemeinwirtschaft diesem Trend entgegenwirken. Sie muß auch gegen die Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft kämpfen. Es geht nicht an, daß ein Teil der Bevölkerung reicher wird und ein anderer Teil unverschuldet unter die Armutsgrenze sinkt. Dazu gehört die Schaffung eines einheitlichen Arbeits- und Pensionsrechts. Das Kapital muß zur Finanzierung von Beschäftigung verhalten, die vorhandene Arbeit auf alle gerecht aufgeteilt werden. Die Einführung der 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, insbesondere bei den unteren Einkommensgruppen, ist daher unerlässlich. Partei und Gewerkschaft müssen wieder eine einheitliche Linie vertreten.

#### **Neutralität und internationale Solidarität**

4. Die SPÖ muß sich uneingeschränkt zur immerwährenden Neutralität Österreichs bekennen und dafür eintreten, daß diese Neutralität im Sinne einer aktiven Friedenspolitik in Europa und in der Welt genutzt wird. Darüber hinaus ist ein Eintritt in die NATO grundsätzlich abzulehnen. Die SPÖ muß in der Friedens-, Außen- und Entwicklungspolitik wieder die Themenfüh-

erschaft übernehmen. Die Entwicklungszusammenarbeit muß - auch im Interesse Österreichs - verstärkt werden, um dem immer bedrohender werdenden Sozial- und Ökodumping der weltweit operierenden Finanzmächte und Konzerne entgegenzuwirken. Die Neutralität gibt Österreich im Besonderen die Möglichkeit, ohne Rücksicht auf Paktinteressen und politischen Interessen, Menschenrechtsverletzungen in der Welt anzuklagen und alle Bewegungen, die für die Menschenrechte kämpfen, zu unterstützen.

5. Die SPÖ muß für besondere Solidarität mit politischen Flüchtlingen stehen. Österreich muß bedenken, daß in den Jahren zwischen 1934 und 1945 das Leben tausender unserer Mitbürger gerettet wurde, weil es Länder gab, die den Verfolgten ihre Grenzen öffneten. Die SPÖ muß auch dafür stehen, daß die im Lande lebenden Menschen ausländischer Herkunft in diese Solidarität einbezogen werden und die gleichen Rechte und Pflichten wie die österreichische Bevölkerung haben. Wir sind aber gegen einen unkontrollierten Zustrom von Menschen, der verschärfter Ausbeutung, dem Wohnungswucher und dem Lohndumping Tür und Tor öffnen würde. Für alle müssen menschenwürdige Wohnungen und Arbeitsplätze vorhanden sein.

6. Die SPÖ muß den permanenten Dialog mit Menschen verschiedenster Weltanschauungen suchen - besonders mit der Jugend und solchen, die interessenmäßig zu uns gehören, sich aber enttäuscht von uns abgewandt haben. Keine Gemeinschaft und keine Zusammenarbeit darf es mit einer Partei geben, die sich selbst ausgrenzt durch ein Nahverhältnis zahlreicher Spitzenfunktionäre zur rechtsradikalen Szene, das auch vom Höchstgericht festgestellt wurde. Auch dürfen die Möglichkeiten des demokratischen Pluralismus nicht jenen zugute kommen, die sie im Falle eigener Machtausübung anderen nicht gewähren würden.

7. Die SPÖ bekennt sich zum Pluralismus auch im Bereich der Kunst und Kultur. Nie darf es Sache der Regierenden oder der Meinungsmacher sein, zu entscheiden, was Kunst ist. Wir bekennen uns auch zum Pluralismus im Medienbereich. Allerdings darf sich die Meinungsfreiheit nicht auf die Medieninhaber beschränken. Die SPÖ muß gegen Kartelle und De-

facto Monopole im Medienbereich eintreten, Inhaber von Printmedien dürfen nicht auch noch im Bereich der elektronischen Medien Einfluß gewinnen. Neue Technologien sollen durch geeignete Maßnahmen Information, Kommunikation und Meinungsbildung für breiteste Bevölkerungsschichten erschließen.

8. Die SPÖ muß alles, was sie in der Gesellschaft durchsetzen will, im eigenen Bereich vorleben. Dies gilt für Funktionäre wie für Mitglieder. Die Mitgliedschaft ist nur attraktiv, wenn sich die Mitglieder mitgestaltend einbringen können. Neue Möglichkeiten der Telekommunikation bieten hier neue Chancen. Die Kommunikation in der Partei darf nicht auf die zwischen „oben“ und „unten“ beschränkt sein, die Vernetzung muß einen permanenten Meinungsaustausch zwischen allen Ebenen und Organisationen der Partei ermöglichen.

9. Die SPÖ muß in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auch die Unterschiede zu anderen Parteien, insbesondere auch zum Koalitionspartner, deutlich machen. Gegenteilige Standpunkte sind herauszuarbeiten, Kompromisse sind als solche klarzustellen. Auch die Schönfärberei gegenüber allen Entwicklungen in der EU, die wir noch aus der Zeit der Abstimmungs-Kampagne beibehalten haben, muß einer kritischen Haltung Platz machen. Wir müssen klarstellen, wo die EU einseitig Unternehmer- und Produzenteninteressen dient und welche Aufgaben sich der europäischen Sozialdemokratie stellen, um die EU zu einer sozial gerechten und ökologisch verträglichen Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zu transformieren.

10. Die SPÖ muß ihre Politik der Durchsetzung sozialdemokratischer Ziele unterordnen. Die Teilnahme an der Regierung kann daher nicht Selbstzweck sein. Weiters muß die SPÖ für andere Koalitionsformen als die gegenwärtige offen sein, wenn sich herausstellen sollte, daß die ÖVP nicht zu konstruktiven Kompromissen bereit ist. Aber auch vor einem Gang in eine glaubwürdige Opposition sollte sich die SPÖ nicht scheuen.

spw

#### **Kontaktpersonen**

Alfred Heinrich, Jürgen Hirsch, Alfred Kohlbacher, Theodor Maier, Helg Gutleb.  
Adresse der Initiative:  
Postfach 3027, A 1141 Wien

*Die SPÖ muß sich klar und sichtbar von den Positionen des Neoliberalismus abgrenzen. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen, nicht umgekehrt.*



**K**napp ein Jahr vor der Bundestagswahl stellt sich allgemein die Frage, ob es ein „Weiter so Deutschland“ geben wird, oder ob Chancen für einen neuen Aufbruch bestehen. Und falls es einen neuen Aufbruch gibt, welche Rolle kann dann die sozialistische Linke im Allgemeinen und die sozialdemokratische im Speziellen spielen, und in welcher Verfassung befinden sie sich?

**Die Linke . . .**

Die Schwäche der Sozialdemokratie besteht nach Meinung der konservativen Presse- und Medienlandschaft insbesondere darin, daß sie sich bisher offiziell noch nicht auf einen Kanzlerkandidaten geeinigt habe. Dies genau könnte eigentlich zur Stärkung der Partei und der Parteilinken genutzt werden. Es gibt zur Zeit noch keine Fixierung auf eine Person und damit auch noch Spielraum, linke Vorstellungen im einem sozialdemokratischen Regierungsprogramm festzuschreiben. Im Zwiespalt der Erwartungen der kritischen Teile der Partei und Gesellschaft gegenüber Oskar Lafontaine und der Befriedigung neoliberaler Bedürfnisse durch Gerhard Schröder bieten sich gute Möglichkeiten, mit konkreten Initiativen den Gestaltungsanspruch der Linken in Partei und Gesellschaft zu formulieren und die Basis auszubauen!

Aber der innovative Impuls der „Linken“, das Ringen um bessere Konzepte und Modelle zur Lösung der dringendsten zivilisatorischen Probleme, scheint seit der Wahl von Oskar Lafontaine zum Parteivorsitzenden verkümmert. Es hat zwar eine Menge von Schwerpunkt- und Zielgruppenveranstaltungen der SPD gegeben, aber fehlende Diskussionsangebote und -möglichkeiten haben diese Kongresse (z.B. den Innovationskongreß oder den Außenpolitischen Kongreß) zu etwas größeren Pressekonferenzen werden lassen. Den Höhepunkt dieses diskussionsfreien Prozesses wird der Parteitag zum Ende dieses Jahres bieten. Innerhalb von zwei Tagen sollen vier „große Themenkomplexe“ und obligatorische Wahlen durchgezogen werden. Es ist keine Kunst sich vorzustellen, wieviel Zeit für Diskussionen in einer der größten Hallen der Bundesrepublik im Heimatland von Gerhard Schröder eingeplant werden kann.

**. . . die SPD . . .**

Gleichzeitig gebärdet sich der Wunsch-Kanzlerkandidat der Hamburger Medienmaschinerie, Gerhard Schröder, wie die Axt im Walde der sozialdemokratischen Grundwerte. Er zeichnet eine Sozialdemokratie, in der selbst Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel zu natürlichen Verbündeten vieler Linker in der SPD werden könnten, die sich für die europäische Integration und gegen den Überwachungsstaat einsetzen wollen.

In derber Stammtischmanier wird von Schröder ein längst überwundener Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie neu aufgebaut. Der Orwell'sche Staat, der alle mißliebigen Subjekte abhört, beobachtet und „Fremde“ bei Normverstößen abschiebt, läßt grüßen. Gleichzeitig gauweilert er in unangenehmer Kongruenz mit Stoiber und Brunner gegen die insbesondere in der europäischen Sozialdemokratie unumstrittene weitere Integration Europas.

Die Sozialdemokratie scheint auf dem Weg von der Partei, die für „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ kämpfte, zur Vereinigung, die für „Unternehmerfreiheit, Leistung und Selbstverantwortung“ steht. Das Gespann Lafontaine/Schröder hat vielleicht System. War es vor Jahren noch Lafontaine, der von den Linken - mit Schröders Unterstützung - für das Abrücken vom vollen Lohnausgleich und der Veränderung an der liberalen Asylgesetzgebung kritisiert wurde, ist es heute Schröder, der sich für keinen Tabubruch zu schade ist.

**. . . und die Grünen**

Im anderen Teil der rot-grünen Perspektive versuchen die junge Wilden (Berninger & Co.) Hand in Hand mit Joschka Fischer, Rezzo Schlauch und Teilen der selbsternannten „linken Grünen“ (Trittin), die grüne Partei zu einem grün-olivem Bündnis aus Dollarnoten mit Natohelmen umzufunktionieren. Ein schlechter Abklatsch der FDP des 21. Jahrhunderts, der sich gegen Vollbeschäftigung wendet und verbunden mit neuen privatwirtschaftlichen Modellen gerade Teile der eigenen mittelständischen und esoterisch angehauchten Mitgliedschaft erreichen kann!

Was bleibt nun für die Linke und die emanzipatorischen Kräfte dieser Republik?

# Regierungsprogramm statt Rotweinführer

Die Linke muß sich einmischen!

von Michael Rüter\*

**Was bleibt für die Linke?**

Die Linke muß die Sinn- und Grundlagen des Lebens wieder stellen. Es geht nicht darum, den Lebenszyklus der Menschen immer weiter den Maschinenlaufzeiten anzupassen, sondern den Produktionsprozeß nach den Bedürfnissen der Menschheit auszurichten. Mit anderen Worten, ein großer Teil der Gesellschaft ist für klassische sozialistische Lösungsansätze ansprechbar. Konzepte, so wie sie bei den Jusos erarbeitet wurden, zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, zum doppelten Lebenswurf junger Frauen und zur staatlichen Flankierung von Arbeitszeitverkürzungsmodellen treffen genau die Bedürfnislage.

Offen bleibt eigentlich die Frage, warum sich die Linke in Gänze nicht an diesem Prozeß beteiligt, und statt dessen starr auf Fischer und Trittin, sowie Lafontaine und Schröder schießt, die in der Gefahr sind, zu neoliberalen Musterknaben zu mutieren.

Wer sich jetzt nicht einmischt und nur noch sich selbst als links definiert, ist nicht nur mitschuldig, wenn sich in diesem Land nichts ändert. Auch zukünftig können die eigenen Ressourcen dann nur für noch weiter zu entwickelnde „linke Individualisierungsmodelle“ eingesetzt werden.

Es hat zwar seinen Charme, sich auf die individuelle Realisierung hedonistischer Lebenskonzeptionen, den Konsum der besten Bordeaux-Weine, mildesten Havannas und das Studium von Restaurantführern zu beschränken, doch irgendwann wird man von der gesellschaftlichen Realität eingeholt!

spw

*Im Zwiespalt der Erwartungen der kritischen Teile der Partei und Gesellschaft gegenüber Oskar Lafontaine, und der Befriedigung neoliberaler Bedürfnisse durch Gerhard Schröder bieten sich gute Möglichkeiten, mit konkreten Initiativen den Gestaltungsanspruch der Linken in Partei und Gesellschaft zu formulieren und die Basis auszubauen!*

\* Michael Rüter ist Bundesgeschäftsführer der JungsozialistInnen in der SPD

# Wi(e)der die Rückkehr der Dienstbotinnen-gesellschaft

Von Gisela Notz

Die wissenschaftliche Betrachtung des „Mikrokosmos“ Haushalt ist alt. Bereits Aristoteles sah ihn als Modell für eine gelungene Integration sozialer und ökonomischer Beziehungen (Seel 1986, S. 281). In der modernen Gesellschaft scheint die „richtige Ordnung“ mit dem Eindringen der Frauen in die Sphäre der Erwerbsarbeit durcheinandergeraten zu sein. Nun kann nicht mehr davon ausgegangen werden, daß Frauen diese Arbeiten weiterhin kostenlos und aus Liebe übernehmen. Mit Hilfe anderer Frauen, die mit niedrigerem Status versehen sind, soll die „alte Ordnung“ wieder hergestellt werden.

In der frauenpolitischen Debatte herrscht leider keine Einigkeit darüber, daß das Vereinbarkeitsdilemma von Beruf und Familie für Frauen nur gelöst werden kann, wenn die in Haus und Familie geleistete Arbeit neu bewertet und zwischen Frauen und Männern neu verteilt wird. Wenn das der Fall wäre, bräuchten wir uns nicht mit Modellen zur Rekonstruktion von dienstbaren Frauen und Mädchen zu beschäftigen.

**Dienstbotinnen gibt es bereits**  
Hausangestellte und Kinderfrauen für privilegierte und Putzfrauen für weniger privilegierte Haushalte gibt es bereits massenweise. Aber lediglich 30.000 „private“ ArbeitgeberInnen setzen jährlich Haushaltshilfen von der Steuer ab und nehmen das „Dienstmädchenprivileg“ in Anspruch. Die meisten Dienstbotinnen arbeiten in sozialversicherungsfreien, ungesicherten Arbeitsverhältnissen stundenweise. Sie sind selten bei einer Reinigungsfirma angestellt und wenn dies der Fall ist, gelten auch dort meist sog. geringfügige Arbeitsverhältnisse unterhalb der Sozialversicherungsgrenze (West 610 DM - Ost 520 DM).

Die wohl am häufigsten anzutreffenden Dienstbotinnen sind heute die Hausfrauen. Nicht so sehr ins Gewicht fallen einige Hausmänner, die sog. Karrierefrauen das Leben erleichtern. Hausfrauen sind auch die für die Hausarbeit zuständigen teilzeitig oder ebenfalls in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen mitverdienenden oder auch vollarbeitsfähigen Frauen, vor allem wenn sie Mütter sind. Das Leitbild der bürgerlichen Familie mit der Hausfrauenmutter wurde seit Ende des 19. Jahrhunderts für die Arbeiterklasse ebenfalls zum erstrebenswerten Ziel, wenn es auch aufgrund der materiellen Lebensumstände meist ein nicht zu realisierender Traum blieb (vgl. Notz 1996, S. 11).

Das Problem der Wiederbelebung eines alten (Dienstmädchen)modells kommt auf, weil berufstätige Frauen die Übernahme der Hausarbeiten mehr und mehr verweigern. Das Dilemma der Hausarbeitsverweigerung von Frauen ist ebenfalls nicht neu. Die Strategien, Frauen auf die Hausarbeit zu verpflichten, sind nach wie vor phantasievoll (vgl. Grewe u.a., o. J., S. 12).

Auch für die „neuen“ Dienstbotinnen gilt, was Lilly Braun um die Jahrhundertwende schrieb: „Der Arbeiter verkauft einen, wenn auch den allergrößten Teil seiner Arbeitskraft, der Dienstbote verkauft seine Person“ (1979, S. 46). Und heute gibt es keine Dienstbotenvereine, wie sie sich im Zusammenhang mit der „alten“ Frauenbewegung, seit 1899 von Berlin ausgehend, überall gegründet hatten, um für mehr Rechte dieser extrem ausgebeuteten Klasse zu kämpfen. Die Frage, ob unter emanzipatorischen Gesichtspunkten eine Ausweitung des Beschäftigungsfeldes von Dienstboten überhaupt wünschenswert ist, wird heute kaum diskutiert.

## Wie kommt es zur Neuaufgabe der Dienstmädchengesellschaft?

Den aktuellen Diskussionen um die Bedeutung von personenbezogenen Dienstleistungen liegen unterschiedliche Motivationen, die sich aus Analysen der gegenwärtigen Versorgung, verbunden mit unterschiedlichen Zielvorstellungen einer künftigen Arbeitspolitik ableiten, zugrunde:

Im Hinblick auf das Ziel, sozialstaatliche Kosten zu minimieren und den Arbeitsmarkt zu entlasten, lassen sich vier Ansatzpunkte aufführen:

- Die Rekonstruktion der Hausfrauenfamilie. Staatliche Maßnahmen wie Erziehungsgeldgesetz und Pflegeversicherung u.a. sind geeignet, Frauen - zumindest vorübergehend - in der Familie fest- und damit vom Arbeitsmarkt fern zu halten.
- Ideologische Aufwertung von ehrenamtlichen unbezahlten Arbeiten - auch solche mit Selbsthilfeaspekten - besonders im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen.
- Materielle Aufwertung des Hausfrauenstatus durch Forderungen nach Lohn für Hausarbeit, Familiengeld und Anerkennung von Familienarbeit bei der Rentenberechnung bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Beteiligung an ökonomischer Tätigkeit in der öffentlichen Sphäre.
- Vernetzung des sozialen Kapitals, indem Familien und andere Lebensformen in ihren Selbsthilfepotentialen gestärkt und in ihrer Fähigkeit anderen zu helfen, unterstützt werden.

Diesen mit viel ideologischem Aufwand betriebenen Strategien sind Grenzen gesetzt. Nicht zuletzt, weil Frauen in den „neuen Bundesländern“ ungebrochen an ihrer Erwerbsneigung festhalten wollen und bei Frauen in den „alten Bundesländern“ zunehmende Erwerbsneigung konstatiert wird. Beides erscheint nach Ansicht konservativer Politiker und auch Wissenschaftler wie eine unheilbare Krankheit. Deshalb, und weil die Einbeziehung der meisten Männer in die Hausarbeit ein Traum ist, den nur Frauen träumen, wird darüber nachgedacht, wie man andere Frauen für diese Arbeiten begeistern kann.

Aber auch im Hinblick auf das Ziel, die Erwerbslosigkeit von Frauen abzubauen und die Erwerbsquote von Frauen weiter zu erhöhen, wird auf einen Ausbau des personenbezogenen, insbesondere des konsumorientierten Dienstleistungsbereiches gesetzt. In der Kommerzialisierung der Hausarbeit wird ein Arbeitsmarktreservoir für die Zukunft gesehen. Es geht nicht mehr nur um die ideologische Aufwertung, sondern um die gesellschaftliche und privatwirtschaftliche Organisation von Reproduktionsarbeit.

Hervorgehoben wird der Sektor der häuslichen Dienste als Wachstumssegment des Arbeitsmarktes. Wobei davon ausgegangen wird, daß die Zunahme der höherentlohnenden weiblichen Erwerbstätigkeit, verbunden mit steigenden beruflichen

*Die Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten löst vielleicht kurzfristige Probleme, tradiert jedoch auch langfristige.*

\* Dr. Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin, arbeitet im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

Anforderungen, einen Anstieg der haushaltsorientierten Dienstleistungsangebote bedingt, weil die Nachfragen nach flexiblen „Einfachdienstleistungen“ im Servicebereich (private Kinderbetreuung, Reinigungshilfen, Wäscheversorgung, Einkaufshilfen etc.) zunehmen. Über das tatsächliche Ausmaß der Beschäftigungseffekte sind sich Experten uneinig: erwarten die einen bis zu einer Million neuer Arbeitsplätze alleine in Privathaushalten, so gehen andere Argumente dahin, daß eine Stabilisierung alter und die Einrichtung neuer Tätigkeits- und Aufgabenbereiche nicht an den zu erwartenden Beschäftigungseffekten zu messen sei, sondern vor allem auf einer Bedarfsanalyse basieren muß. Sicher muß die Massenerwerbslosigkeit als Problem skandalisiert werden. Sie darf jedoch nicht politisch instrumentalisiert werden. Am gesellschaftlichen und individuellen Bedarf und Nutzen anzusetzen hieße, sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite aus zu gehen und daraus Konzepte zu entwickeln, die am Wohl der menschlichen Gemeinschaft und an der Aufhebung der sozialen Ungleichheit orientiert sind.

Bei den heute diskutierten Konzepten geht es primär darum:

- die Nachfrage nach Dienstleistungen zu erweitern, indem auch weniger Privilegierte (z.B. Alleinerziehende) Dienstleistungen in Anspruch nehmen können,
- die Dienstleistungsangebote für die Betreuung von Kindern, alten, kranken und behinderten Personen zu erweitern,
- weitere haus- und personenbezogene Dienstleistungen (Wäschepflege, Versorgung, Reinigung, Haus/Hof- und Garten-Service etc.) anzubieten,
- bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, insbesondere für formal „geringqualifizierte“ Arbeitnehmerinnen und für Langzeitarbeitslose,
- Defizite in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere unzureichende öffentliche Angebote für Kindererziehung und Altenhilfe- und pflege zu kompensieren,
- vorhandene ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse sozial abzusichern und künftig versicherungspflichtige Beschäftigungsstellen zu schaffen,
- Fonds/Ressourcen außerhalb der öffentlichen Budgets für Dienstleistungen im sozialpolitischen Interesse zu mobilisieren,

• für personenbezogene Aufgaben, beispielsweise in der Alten- und Familienpflege zu qualifizieren.

Als Zielgruppe, für die die neuen Arbeitsplätze zu schaffen sind, werden meist berufliche Wiedereinsteigerinnen, erwerbslose oder langzeiterwerbslose Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen genannt. Auch solche, denen unterstellt wird, daß sie nicht ohne Weiteres in den „normalen“ Berufsalltag zu integrieren seien und für die eine Chance besteht, in den privaten Haushalten hausarbeitsnahe Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen ohne branchenbezogene Spezialkenntnisse zu übernehmen. Ca. 90% der Beschäftigten in privaten Haushalten sind heute Frauen. Ein nicht geringer Teil arbeitet illegal, überwiegend Frauen, die keine Aufenthaltsberechtigung und/oder Arbeitserlaubnis haben. Der Sozialversicherung sind lediglich 36.000 Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten gemeldet (ISG 1993). Die Schätzungen über sozialversicherungsfreie Beschäftigung schwanken zwischen 700.000 (Ochs 1996) und 1,4 - 2,4 Millionen (Odierna 1992). Nach dem Sozioökonomischen Panel sind in 9% aller Haushalte Dienstbotinnen tätig, das sind 2,65 Millionen derartiger Arbeitsverhältnisse. Hinzu kommen 4,6% der Haushalte mit 1,4 Millionen gelegentlich tätiger Dienstbotinnen.

#### Was ist neu an den „neuen Konzepten“?

Neu an diesen Konzepten ist nur, daß die personenbezogenen Dienstleistungen subventioniert werden. Andererseits sind subventionierte Arbeitsplätze in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Teilarbeitsmärkten üblich. Unüblich ist es allerdings, daß die Subvention an die Person geht, die die Ware kauft.

Die Bundesregierung fördert im Rahmen ihres „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Haushalt. Dazu wurde der Sonderausgaben-Höchstbetrag für den Abzug von Personalkosten bei der Einkommenssteuer auf 18.000 DM (gegenüber früher 12.000 DM) im Jahr erhöht (Blüm 1997, S. 1). Das „neue Verfahren“ der steuerlichen Förderung soll Familien mit Kindern, berufstätigen Alleinerziehenden, „Älteren, die die notwendige Hilfe aus der eigenen Familie nicht erhalten kön-

nen“ und erwerbstätigen Ehepaaren das Leben erleichtern und denjenigen helfen, die als Dienstmädchen Arbeit mit Sozialversicherungsschutz erhalten (ebd.). Denn Voraussetzung für Absetzbarkeit ist die Schaffung eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses. Durch „Haushaltsschecks“ nach französischem Vorbild sollen die Arbeitgeberpflichten gegenüber der Sozialversicherung erleichtert werden. Bisher geltende Einschränkungen, die die Steuervergünstigung an das Vorhandensein von mindestens zwei Kindern (bei Alleinerziehenden eines) unter 10 Jahren oder die Hilfsbedürftigkeit einer im Haushalt lebenden Person banden, sind seit dem 1.1.1997 aufgehoben. Das „Dienstmädchenprivileg“ gilt somit für alle Privathaushalte, die es sich leisten können.

Vergleiche mit dem französischen Modell dürfen allerdings nicht außer acht lassen, daß in Frankreich alle Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig sind. Ausnahmen gibt es nur für kleine Arbeiten wie Zeitungsaustragen. Die Dienstleistungsschecks werden dort nur für eine wöchentliche Arbeitszeit von höchstens acht Stunden ausgegeben (vgl. Huber-Barat 1995).

Bei dem Modell, das die SPD entwickelt hat, geht es u.a. darum, die dienstbaren Frauen nicht mehr vereinzelt der Herrschaft auszuliefern, sondern sie in Dienstleistungspools, Dienstleistungszentren oder -agenturen zu organisieren. Sie sollen vor allem für solche Haushalte nützlich sein, die lediglich stundenweise Unterstützung im Haushalt brauchen. Ein entsprechender Antrag an den Deutschen Bundestag (DS 13/5135) sieht die Ausgabe von Dienstleistungsgutscheinen vor, die ebenfalls an die ArbeitgeberInnen gehen und nur bei staatlich anerkannten Agenturen eingelöst werden können. Der maximale Zuschuß beträgt 1.200 DM im Jahr, also 100 DM monatlich, bzw. 1.800 DM und 150 DM bei einer zweiten förderungsfähigen Person im Haushalt. Voraussetzung: ein Kind unter 14 Jahren oder eine Person über 80 Jahren, die keine Leistungen der Pflegeversicherung erhält, lebt im Haushalt. Da 40% der Kosten übernommen werden sollen, bis zu einer Höhe von 1.200 DM, ergibt sich umgerechnet eine Förderung von maximal 10 Stunden im Monat.

*Unter dem Gesichtspunkt der Überlebensfähigkeit der Dienstleistungsagenturen und damit der langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen wäre es sinnvoller, die Zuschüsse an die Agenturen selbst zu geben und nicht an die Haushalte, die die Dienstleistungen in Anspruch nehmen.*

Mit der vorgeschlagenen Agenturlösung soll gewährleistet sein, daß sich reguläre Beschäftigungsstrukturen bilden, in denen professionelle Arbeitgeber aktiv sind. Mehrere Arbeitseinsätze in verschiedenen Privathaushalten können nebeneinander organisiert werden. Bei der Organisation in Agenturen haben Beschäftigte verschiedene Einsatzstellen, aber immer einen Arbeitgeber. Wer geringfügig beschäftigte Frauen putzen läßt, bekommt keinen Zuschuß. Damit wird allerdings die geringfügige Beschäftigung nicht abgeschafft.

Die in der Agentur beschäftigten Frauen sind in die Sozialversicherung einbezogen und können - allerdings nur im Idealfall - eine eigenständige Existenzsicherung erreichen. Für die Privathaushalte wird die Suche nach einer Hilfe für häusliche Dienstleistungen erleichtert. Das als „Dienstmädchenprivileg“ bezeichnete Steuereinsparungsmodell, das einseitig hohe EinkommensbezieherInnen begünstigt, soll zurecht wegfallen.

Nach dem SPD-Modell können die Agenturen als Gewerbebetrieb organisiert sein, als Genossenschaft, gemeinnütziger bzw. sozialer Betrieb, entweder selbständig oder als Bestandteil von Firmen oder Wohlfahrtsverbänden. Das Modell fordert, für die neuen Dienstboten „normale Arbeitsbedingungen“ zu schaffen. Zur Zeit bestehen eine Reihe von Dienstleistungsagenturen, die meisten sind bereits staatlich subventioniert. Erfahrungen mit Modellversuchen zeigen, daß die Eingebundenheit in einen Kreis von Kolleginnen und die damit verbundene Möglichkeit des Erfahrungsaustausches von den Beschäftigten positiv gesehen wird. Durch die gemeinsame Arbeit in Agenturen bestände auch die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation und der betrieblichen Interessenvertretung.

Unter dem Gesichtspunkt der Überlebensfähigkeit der Agenturen und damit der langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen wäre es sinnvoller, die Zuschüsse an die Agenturen selbst zu geben und nicht an die Haushalte, die die Dienstleistungen in Anspruch nehmen.<sup>1</sup> Genossenschaftlichen Organisationsformen und selbstverwalteten Projekte - insbesondere Frauenprojekte -, in denen sich die meist aus anderen Ländern kommenden

Frauen selbst organisieren können (vgl. Südwind 1994), sind noch selten. Sie sollten aber m.E. präferiert werden. Dieser Aspekt müßte dann bei Betriebsberatungen, die m.E. ebenfalls subventioniert werden müßten, aufgenommen werden. Denn die Schwierigkeiten der Existenzgründung, gerade im Dienstleistungsbereich, der bereits ca. 57% der Frauengründungen betrifft, dürfen nicht übersehen werden (vgl. Notz 1997). Es ist fraglich, ob sie dem Konkurrenzdruck des illegalen Arbeitsmarktes Stand halten können. Viele Existenzgründerinnen können sich zudem selbst keine existenzsichernden Einkommen auszahlen.

#### **Erwartungen, die an die „neuen“ Konzepte gestellt werden**

Die Erwartungen an die Wiederaufnahme der Dienstbotinnengesellschaft sind mehrdimensional:

- Die Hoffnung auf massenhaft neue Arbeitsplätze für „gering qualifizierte Frauen“, die sonst keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Das Ifo-Institut erwartet 1,1 Millionen dieser Arbeitsplätze. Die SPD rechnet mit 720.000 Vollzeitstellen, vorausgesetzt je 13 Haushalte, in denen Kinder unter 14 Jahren oder Personen über 80 Jahren leben, nehmen die staatlich anzubietenden Subventionen in Anspruch und schaffen gemeinsam eine Stelle. Freilich müßte man die im Bereich der Kinderbetreuung und Altenversorgung einzusparenden Stellen abziehen.
- Die Hoffnung auf die Wiederherstellung des Familienfriedens. Die Männer werden endlich in Ruhe gelassen. Besserverdienende Frauen werden entlastet, auf Kosten anderer Frauen. Eine Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung rückt in weite Ferne.

Im Gegenteil: solche Modelle verstärken die soziale Ungleichheit zwischen verschiedenen gut verdienenden Bevölkerungsgruppen und dienen der Fortschreibung tradierter Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen verschiedenen Frauengruppen. Die Strategie zielt auf eine „Refeudalisierung“, schlimmer noch: Ausbeutungsverhältnisse, die bislang den obersten Gesellschaftsschichten vorbehalten waren, sollen massenhaft ausgeweitet werden. Es gehört schon heute zum „guten Ton“, eine Putzhilfe zu haben.

M.E. reicht es nicht aus, wie im SPD-Antrag vorgesehen, die „Garantie normaler Arbeitsbedingungen“ zu fordern. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten hat mit dem Deutschen Hausfrauenbund einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Agenturen müßten als Arbeitgeber ebenfalls verpflichtet werden, mit den zuständigen Gewerkschaften entsprechende Tarifverträge abzuschließen.

Viele der Tätigkeiten, die durch die Agenturen vermittelt werden sollen, sind anspruchsvolle Tätigkeiten, denen qualifizierte Ausbildungsberufe zugrunde liegen (Altenpflege, Krankenpflege, Haus(halts)arbeiten, Hausaufgabenhilfe etc.). Zur Möglichkeit des Erwerbs von Qualifikationen für die ArbeitnehmerInnen und zur Verbesserung der Qualität der Dienste müßten entsprechende Qualifizierungen zum Grundsatz erhoben werden.

Die Förderung der Beschäftigung in privaten Haushalten löst vielleicht kurzfristige Probleme, tradiert jedoch auch langfristige. Aus frauenpolitischer Sicht ist die Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze sowie die Einbeziehung aller geringfügig Beschäftigten, auch im Handel, im Gastgewerbe und anderswo in die Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsbereiche zu fordern. Die Initiative von DGB, verschiedenen Einzelgewerkschaften und Frauenverbänden gegen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ist ein guter Beginn.<sup>2</sup> Letztlich geht es darum, existenzsichernde, sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Gewerkschafterinnen verweisen darauf, daß viele gut qualifizierte Personen einen qualifizierten Arbeitsplatz suchen, den sie im Privathaushalt nicht finden. Migrantinnen beginnen sich ebenso dagegen aufzulehnen, daß sie es sind, die immer wieder auf Pflege- und Putzjobs verwiesen werden, und sie setzen sich für niveauvolle, anspruchsvollere Arbeit in handwerklich-umwelttechnischen Bereichen ein (vgl. Frauenpolitischer runder Tisch 1996, S. 17, und Klippenstein 1996, S. 21 ff.). Auch sog. „Geringqualifizierte“ haben ein Recht auf Menschenwürde und Inklusion in die öffentliche ökonomische Sphäre.

#### **Was ist zu kritisieren?**

Dienstleistungsunternehmen oder Dienstmädchen werden bezahlt, obwohl einem/r weder Zeit noch Kräfte

*Besserverdienende sollen in die Lage versetzt werden, etwas von ihrem Verdienst abzugeben, um für „Minderqualifizierte“ oder „Minderprivilegierte“ Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt die qualifizierte Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen.*

fehlen, um die Hausarbeit selbst zu verrichten. Daher wäre zu allererst zu hinterfragen, wer welche Arbeiten selbst verrichten kann und wer welche nicht mehr, noch nicht oder vorübergehend nicht selbst verrichten kann (vgl. auch Gorz 1989). Das wären dann notwendige Gemeinschaftsarbeiten. Und es wäre weiter danach zu fragen, was sinnvolle Konzepte sind, um diese Gemeinschaftsaufgaben zu lösen.

Dienstbotenmodelle setzen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene keine Zeit frei und verbessern nicht einmal das Ergebnis, das die Kunden durch eigene Arbeit hätten erreichen können.<sup>3</sup> Dienstmädchen schaffen ihrer Kundschaft freie Zeit für vermeintlich wichtigere Tätigkeiten, indem sie an ihrer Stelle arbeiten. Ihre eigene Hausarbeit müssen sie selbst machen, auch dann, wenn sie berufstätige Mütter sind und selbst der Hilfe bedürftig. Dienstmädchen werden daran gehindert, höhere Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und sich weiter zu qualifizieren, sie bleiben in einem niedrigen Sozialstatus und werden dafür bezahlt, einer speziellen Person gefällig zu sein, und sie sind weitgehend aus der öffentlichen Sphäre ausgeschlossen. Diese Exklusion kann durch Dienstleistungspools-, Agenturlösungen oder selbstverwaltete (Frauen)projekte gemildert werden, vorausgesetzt, es steht (bezahlte) Zeit und Raum zum kollektiven Handeln zur Verfügung. Solange Agenturen nur als „Einsatzleitung“ dienen, ist auch dieser Aspekt hinfällig. Es besteht dann sogar die Gefahr zusätzlicher Hierarchisierung und doppelter Abhängigkeit.

„Abnorm sind im Grunde genommen alle auf sozialer Ungleichheit basierenden Verhältnisse“. Die Erkenntnis ist alt. Rosa Luxemburg geißelte so die bürgerliche Gesellschaft, sie kritisierte zudem, daß „deren innerstes Lebensgesetz“ die tiefste Unmoral ist, nämlich „die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen“.<sup>4</sup> Die Begriffe Moral und Unmoral gilt es ebenso wie die Begriffe Solidarität und unsolidarisches Verhalten in die Geschlechterdiskussion, aber auch in die feministische Diskussion aufzunehmen. Heute wird allzuoft davon ausgegangen, daß es an der Spaltung zwischen Arm und Reich nichts mehr zu ändern gäbe, und daß der- oder diejenige, die ihre Ellbogen am besten gebrauchen kann, auch die höchsten Auszeichnungen verdient.

Denn: egal ob über Steuervergünstigung oder direkte Subventionierung der Haushalte, eins haben die Modelle alle gemeinsam: Begünstigt werden Haushalte mit hohem Einkommen, andere können sich nicht leisten, ihre Schmutzarbeiten abzugeben. Eine subventionierte Arbeitsstunde kostet immer noch 15,— DM. Erwerbslose, (die meisten) RentnerInnen und Personen, die aus ihrer eigenen Erwerbstätigkeit geringe Verdienste erzielen, werden nach wie vor kaum solche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Besserverdienende sollen in die Lage versetzt werden, etwas von ihrem Verdienst abzugeben, um für „Minderqualifizierte“ oder „Minderprivilegierte“ Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt die qualifizierte Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen. Die Logik knüpft an das Projekt „Familienlohn“ an, der Männern zum Unterhalt ihrer hausarbeitenden Ehefrau zugestanden werden sollte.

Das wohl dringlichste Problem unserer Zeit ist zweifelsohne die hohe Erwerbslosigkeit. Die Rekonstruktion der Dienstbotinnengesellschaft erscheint jedoch kein geeignetes Mittel zur Lösung der Frauenerwerbslosigkeit. Dies unter unterschiedlichen Gesichtspunkten:

- Der graue Arbeitsmarkt von illegaler und ungeschützter Beschäftigung wird bleiben. Viele Migrantinnen haben keine andere Wahl, schon gar nicht, solange ihnen das eigenständige Bleiberecht verwehrt wird. Diese Tatsache mindert neue Beschäftigungseffekte und schürt die Konkurrenz zwischen legalen und illegalen Arbeitskräften.

Expertinnen gehen davon aus, daß die Beschäftigungseffekte ohnehin gering sein werden, denn: wer nicht selbst putzen will, läßt heute ohnehin schon putzen, und das meist illegal.

- Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung bleibt bestehen. Die meisten (Ehe)Frauen sind für die nicht-delegierbaren Arbeiten ebenso zuständig, wie für die Organisation der Dienstbotinnen, die an ihre Stelle treten. Das Begehren der Frauen, Männer in die Hausarbeit einzubeziehen, wird abgewehrt.

- Das Dienstbotinnenwesen wird neu belebt, anstatt dauerhafte Berufsbilder für Dienstleistungen zu schaffen.

- Unbeliebte Tätigkeiten werden nicht verändert, sondern an andere (Frauen) delegiert.

- Der längst notwendige Ausbau und die personelle und qualitative Verbesserung von Infrastruktur für Kinder, alte Menschen, Kranke und Behinderte unterbleibt.

- Dienstbotinnen arbeiten isoliert in einzelnen Haushalten und können sich schlecht mit anderen gemeinsam gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung wehren.

- Die persönliche Abhängigkeit der Dienstboten durch HausherrInnen bleibt

- Kinder wachsen in eine Gesellschaft, in der soziale Ungleichheit propagiert und honoriert wird.

### Denkbare Lösungsmöglichkeiten

„Die Entwicklung unseres sozialen Lebens geht also nicht dahin, die Frau wieder ins Haus und an den Herd zu bannen, wie unsere Häuslichkeitsfanatiker wollen“ (Bebel 1902, S. 229). Dieser Satz gilt heute wieder. Und wieder geht es sowohl um den Herd im Haus des eigenen Mannes wie auch um den Herd im Hause des Herren (oder der Herrin). Die Uhren der Modernisierung sollen (wieder einmal) zurückgedreht werden. Ob das den Häuslichkeitsfanatikern gelingt, wird auch davon abhängen, wieviel sich Frauen gefallen lassen und wie sie mit anderen - statusniedrigeren Frauen - umzugehen gewillt sind.

Die Emanzipation der Frauen und Männer von den ihnen qua Familienlohn und Ehegattensplitting zugewiesenen Rollen als Bread-winner und Hausfrauen, verlangt eine andere Organisation der damit vakant werdenden unbezahlten Arbeitsplätze in den Privathaushalten. Diese kann durch eine veränderte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und durch eine Neuorganisation und Neustrukturierung der verschiedenen Arbeitsbereiche geschehen.

So besteht die Chance der Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, durch die Frauen auf die Privatsphäre und die personenbezogenen Dienstleistungen, soweit es um Haus-, Pflege- und Sorgearbeiten geht, festgelegt werden. Schließlich geht es darum, personenbezogene Dienstleistungen auf der gesamtgesellschaftlichen und individuellen Ebene zu optimieren und einer BedienerInnen-Gesellschaft mit neuen sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Sicher eine große Herausforderung angesichts der Defizite, die Produktivi-

*Expertinnen gehen davon aus, daß die Beschäftigungseffekte ohnehin gering sein werden. Der längst notwendige Ausbau und die personelle und qualitative Verbesserung von Infrastruktur für Kinder, alte Menschen, Kranke und Behinderte unterbleibt.*

tätskonzepte für Dienstleistungen aufweisen, und angesichts des aktuellen sozialpolitischen Kahlschlags, der u.a. Sorge-, Heil- und Pflegetätigkeiten betrifft.

Dauernde Appelle an hausarbeitsverweigernde Männer laufen ins Leere und selbst der praktizierte Rollentausch ändert nichts daran: (Teilweise) Professionalisierung der Hausarbeit ist notwendig. Es waren vor allem Feministinnen, die immer wieder darauf hingewiesen haben, daß Hausarbeit nicht optimal organisiert ist. Professionalisierung heißt Ausbildungsberufe und betriebliche Organisationsformen schaffen, die mit der unterschiedlichen Bezahlung von Frauen- und Männerarbeit ebenso aufräumen, wie mit persönlichen Abhängigkeiten zwischen HerrInnen und DienstbotInnen. Professionalisierung der Hausarbeit heißt nicht, daß alle (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten in professionelle umzuwandeln sind. Professionalisierung muß auch nicht heißen, daß alle Arbeiten, die der Befriedigung immaterieller Bedürfnisse nach Kommunikation und Zuwendung unterliegen, den Kriterien der Lohnarbeit unterworfen und damit käuflich werden. Auch ändert weder die ideologische Aufwertung noch die Betonung der qualifikatorischen Elemente noch eine Bezahlung etwas an der geschlechtsspezifischen Zuordnung dieser Arbeiten. Sie sind für Männer ebensowenig attraktiv wie für diejenigen Frauen, die sich ihrer entledigen.

Es muß daher um grundsätzliche Neuorientierung gehen, um Arbeitsmodelle, die selbständige Existenzsicherung aus eigener Arbeit ermöglichen und um eine gerechte Verteilung des Erarbeiteten. Es gibt keinen Grund, den Umgang mit hochtechnischen Anlagen höher zu bewerten als Kochen, Waschen und kranke Menschen pflegen. Diese Arbeiten müssen jedoch nicht isoliert in der Familie für andere ausgeführt werden und nicht einseitig einem Geschlecht als Hausfrau, Mutter oder Dienstmädchen zugeordnet werden. Professionalisierung kann auch dazu führen, daß die sklavische Hausarbeit erleichtert wird, ohne Sklavenarbeit zu rekonstruieren. Hausarbeit kann wie jede andere Arbeitsform rationaler, aber auch humaner gestaltet werden.

Was Margarete Schütte-Lihotzky, die berühmte Erfinderin der

„Frankfurter Küche“ 1926 sagte, gilt auch heute noch: „Jede denkende Frau muß die Rückständigkeit bisheriger Haushaltsführung empfinden und darin schwerste Hemmung eigener Entwicklung erkennen“<sup>5</sup>. Das heißt, sie muß etwas gegen die „Rückständigkeit“ tun und nicht dafür sorgen, daß andere, untergeordnete Frauen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gehemmt werden, indem sie an ihrer Stelle zu isoliert arbeitenden Küchenarbeiterinnen degradiert werden. Statt auf weitere Individualisierung der Hausarbeit zu setzen, suchten erwerbstätige Arbeiterfrauen schon früher nach anderen Formen der Entlastung, nämlich Vergesellschaftung der Hausarbeit (vgl. Drohsel 1996, S. 115). Auch für August Bebel gehörte zur Zukunft der Hausarbeit in der sozialistischen Gesellschaft die Zentralküche, die mit allen möglichen Maschinen und zweckmäßigen Hilfsmitteln eingerichtet war (1902, S. 227). In einer späteren Neuauflage seines Buches „Die Frau und der Sozialismus“ berichtete er, daß es 1908 in Berlin bereits große Einbauküchen gab, in denen Essen für sämtliche Hausbewohner hergestellt wurde (Bebel 1929, S. 420).

Die Durchsetzung seiner Ideen scheiterte nicht zuletzt am bürgerlichen Familienideal, nach dem der eigene Herd bekanntlich Goldes wert ist, und an dem sich auch die Arbeiter orientierten. Daß es gerade die wohlhabenden BürgerInnen sind, die in vornehmen Restaurants essen, ohne die häusliche Küche zu vermissen, darauf hat Bebel auch schon hingewiesen (S. 228). Zudem kann eine „Zentralküche“ auch eine Entlastung der „Privatküche“ bedeuten, indem zu besonderen Anlässen mit Liebe und Zuneigung gekocht werden kann, ohne die tägliche Hetze und Putzarbeit.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts zur besseren Vereinbarkeit von Kind und Beruf waren befragte Männer und Frauen der Meinung, daß kollektive Modelle auch für die Erziehung von Kindern geeigneter seien: „Kinder entwickeln sich besser in einer größeren Gemeinschaft, mit Menschen, die sich die Arbeit teilen“ (Notz 1991, S. 210). Die Befragten forderten größere Wohnungen mit Möglichkeiten zu nachbarschaftlichen Kontakten, Gemeinschaftsküchen, gemeinsamen Waschanlagen und Reparaturwerkstätten. Sie forderten auch „Projekte zum Zusam-

menwohnen“ für weniger Privilegierte. Es wurde vorgeschlagen, an Wohn- und Lebensmodellen, wie sie in den 20er und 60er Jahren vor allem in den Städten oder noch früher in Dorfgemeinschaften entwickelt worden sind, anzusetzen (z.B.: Arbeiter-Siedlungs-Genossenschaften, Karl-Marx-Hof in Wien, später Christiania in Kopenhagen u.a.). In der ehemaligen DDR vorhandene Ansätze sind bereits wieder reprivatisiert.

Letztendlich geht es um die Schaffung sinnvoller, existenzsichernder Arbeit, die an den menschlichen Bedürfnissen nach Kommunikation und Kooperation ansetzt, im Bereich der Erwerbsarbeit, und um Umverteilung, Neuaufteilung und Neugestaltung der (jetzt) bezahlt und der (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten und der Verantwortung auf beide Geschlechter. Es wird nicht reichen, die mit Macht und Einfluß versehenen Positionen so zu verteilen, daß neben wenig machthabenden Herren ebenso wenige machthabende Herrinnen sitzen. Demokratisierung der Gesellschaft heißt Einfluß-, Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen.

Im Blick auf die Professionalisierung der privaten Dienstleistungen wäre der längst notwendige Ausbau gesellschaftlicher Infrastruktur (Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorten, Ganztagschulen, Treffpunkte und Einrichtungen zur Betreuung der älteren und alten Menschen, Jugendzentren etc.) voranzutreiben. Neben qualifizierten Arbeitsplätzen zur Betreuung und Pflege könnten so tariflich abgesicherte Erwerbsarbeitsplätze in Großhaushalten geschaffen werden. Authentische Lebensbewältigung, Solidarität mit und Verantwortung für andere Frauen heißt, daß die eigene Lebensweise nicht „privat“ ist. Nach wie vor ist auch das Private politisch. Feministinnen sind auch verantwortlich für die Bilder, die sich ihre KollegInnen, StudentInnen, SchülerInnen und ihre eigenen Kinder von ihren Lebensmöglichkeiten machen. Wenn die Inanspruchnahme von Haushaltshilfen und Kinderfrauen und damit die Rekonstruktion der Dienstbotengesellschaft die Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von (zusammenlebenden) Männern und Frauen ist, so heißt das - vorausgesetzt wir wünschen eine Gesellschaft mit mehr Gleichheit und nicht eine refeudalisierte - daß sich die Struktu-

**Dauernde Appelle an hausarbeitsverweigernde Männer laufen ins Leere und selbst der praktizierte Rollentausch ändert nichts daran: (Teilweise) Professionalisierung der Hausarbeit ist notwendig.**

ren von Berufsarbeit und Zusammenlebensformen ändern müssen.

Zentral sind weiterhin Forderungen nach drastischer Kürzung der Standard-Arbeitszeit für alle mit dem Ziel, die erwerbsarbeitsfreie Zeit (auch) für eigene häusliche Aufgaben und für kulturelle, politische und gemeinwesenorientierte Arbeiten zu nutzen.

spw

### Literatur

- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus. Berlin 1902
- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus. Berlin 1929
- Blüm, Norbert: Nutzen sie die neue Förderung! In: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Hilfe im Haushalt. Bonn 1997
- Braun, Lilly: Die weiblichen Dienstboten, in: Brinker-Gabler, Gisela: Frauenarbeit und Beruf. Frankfurt/M. 1979
- Drohse, Petra: „Wir machen Ihre Hausarbeit!“ Eine Anleitung zur Gründung professioneller Haushaltsdienste. Köln 1996
- Franzke, Astrid, Johanna Ludwig, Gisela Notz: Neuherausgabe des Buches von Louise Otto-Peters: Das Recht der Frauen auf Erwerb. Leipzig 1997
- Frauenpolitischer Runder Tisch: Arbeitsplatz Privathaushalt - Die Arbeitsmarktperspektive für Frauen? Berlin 1996
- Geras, Norman: Rosa Luxemburg Vorkämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Köln 1996
- Goetz, André: Kritik der „ökonomischen Vernunft“. Berlin 1989
- Grewe, Maria, Karin Kaplan, Elinore Pabst: Dienstmädchen im Wandel der Zeit.

Hersg.: Vorstand der AG Frauen in der IG Bau-Steine-Erden. Frankfurt/M. o. J.

Huber-Barat, Claude: Übersetzung des Papiers „Der Dienstleistungsscheck: Ein Jahr Erfahrung. o. O. Dezember 1995. Manuskript

ISG: Sozialversicherungsfreie Beschäftigung - Wiederholungsuntersuchung 1992 - Hrsg.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Forschungsbericht 181 a, Bonn 1993

Klippenstein, Eva: „Haushalts- und verbraucher-nahe Dienste: nur eine neue Variante der Politik des gespaltenen Arbeitsmarktes oder alternative Arbeitsmarktchance für Frauen?“, in: Frauenpolitischer Runder Tisch: Arbeitsplatz Privathaushalt - Die Arbeitsmarktperspektive für Frauen? Berlin 1996

Notz, Gisela: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn 1991

Notz, Gisela: Verlorene Gewißheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie. Frankfurt/M. 1996

Notz, Gisela: Neue Selbständigkeit oder Scheinselbständigkeit, in: Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Frauen-Info Nr. 11/1997

Ochs, Christiane: Vor allem ein Frauenproblem. Umfang und Struktur geringfügiger Beschäftigung in Deutschland, in: Informationen für die Frau, Bonn April 1996

Odierna, Simone: Die Rückkehr der Dienstmädchen durch die Hintertür. Empirische Befunde und theoretische Vorarbeiten: Zur Analyse bezahlter Arbeit in Privathaushalten, München 1992

Otto, Louise: Das Recht der Frauen auf Erwerb. Hamburg 1866

Seel, Barbara: Haushaltsökonomie als Ökonomie der Frau? In: Arbeitsgemein-

schaft Frauenforschung der Universität Bonn: Studium Feminale. Vorträge 1984-1985. Bonn 1986, S. 277 - 288

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Antrag der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Christel Hanewinkel, Ulla Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Förderung der Beschäftigung in - privaten Haushalten durch Dienstleistungsgutscheine und Dienstleistungsagenturen - DS 13/5135

Südwind und Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (Hrsg.): „Bürsten gegen den Strich - Frauen im Reinigungsgewerbe“. Siegburg 1994

- 1 Hier gibt es Verbindungen zu der innerhalb der Linken seit einiger Zeit geführten Diskussion um einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, vgl. in spw insb. Heft 90, 4/96, zum Schwerpunkt „Neue Gemeinwirtschaft“. Anm. der Red.
- 2 Deutscher Frauenrat, Katholischer deutscher Frauenbund, Evangelische Frauenhilfe in Deutschland, Deutsche Angestelltengewerkschaft und andere: Mit-tendrin und trotzdem draußen. Unterschriftenaktion: Geringfügig Beschäftigte sozialversichern!
- 3 Man(n) kann diese Arbeiten lernen wie lesen, schreiben und rechnen
- 4 Rosa Luxemburg: „Der Wiederaufbau der Internationale“, LGW 4, S. 32; „Einkleitung zu Wladimir Korolenko: Die Geschichte meines Zeitgenossen“, LGW 4, S. 310 f.; „Zur russischen Revolution“, LGW 4, S. 361, zit. nach Geras, Norman: Rosa Luxemburg Vorkämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Köln 1996, S. 185
- 5 zitiert nach taz vom 23. 1. 1997

*Es muß um grundsätzliche Neuorientierung gehen, um Arbeitsmodelle, die selbständige Existenzsicherung aus eigener Arbeit ermöglichen und um eine gerechte Verteilung des Erarbeiteten. Es gibt keinen Grund, den Umgang mit hochtechnischen Anlagen höher zu bewerten, als Kochen, Waschen und kranke Menschen pflegen.*

Johannes Klotz/Ulrich Schneider (Hg.)

### Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild

Faschismus, Holocaust, Wehrmacht



Johannes Klotz/  
Ulrich Schneider (Hg.)  
**Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild**  
Geschichtslegenden der Neuen Rechten  
222 Seiten, DM 29,80  
ISBN 3-89438-137-X

### Wehrmachtverbrechen

Einleitung von Gert Meyer  
320 Seiten; DM 36.-  
ISBN 3-89438-138-8

Dokumente über Verbrechen an der sowjetischen Bevölkerung und an Kriegsgefangenen, die Massenverschleppung zur Zwangsarbeit...



### Wehrmachtverbrechen

Dokumente aus sowjetischen Archiven

Vorwort von Lew Besymenski  
Einleitung von Gert Meyer

PAPYROSSA



Frank Deppe  
**Fin de Siècle**  
Am Übergang zum 21. Jhd.  
200 Seiten, DM 28.-  
ISBN 3-89438-121-3

„Die krisengeschüttelte Gegenwart analysiert Deppe in drei brilliant geschriebenen Kapiteln“ (ND)

Hermannus Pfeiffer  
**Der Kapitalismus frißt seine Kinder**  
218 Seiten; DM 28.-  
ISBN 3-89438-139-6

Über den Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft.



Hermannus Pfeiffer  
**Der Kapitalismus frißt seine Kinder**

Der Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft

PAPYROSSA

**PapyRossa Verlag**

Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 85 45, Fax 0221/ 44 43 05

# Der Un-Sinn der Tolerierung

Acht Thesen gegen ein Denkverbot

von Kurt Neumann\*

*„Als erstes muß man diese Gedankenspiele über eine Minderheitsregierung, die hier aufgestellt worden sind, ad acta legen. Ich finde es wirklich abenteuerlich, wenn man das innerhalb der Linken ernsthaft diskutiert.“*

(Kerstin Müller in spw 96, Seite 30)

## 1. Gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten

Es entspricht korrektem linken Selbstverständnis, daß die je weils aktuellen besonders großen politischen Aufgaben nicht bloß politisch-parlamentarischer, sondern weitergehender gesellschaftlicher Mehrheiten bedürfen. Das ist allgemein gesehen sicherlich genauso richtig wie unbestritten. Nur: Wir müssen aufpassen, daß uns die beiden Sichtweisen von Mehrheit nicht dichotomisch dergestalt auseinanderfallen, daß politische Handlungsunfähigkeit die Folge ist. Parlamentarische Mehrheiten, und die erfordern gelegentlich noch nicht einmal die Mehrheit der bei den Wahlen abgegebenen Stimmen, sind ein zentrales Moment im Prozeß des Ringens um gesellschaftliche Mehrheiten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Allerdings kann nicht im voraus abstrakt bestimmt oder abgeleitet werden, in welcher zeitlichen Reihenfolge die jeweiligen Schritte möglich werden. Da kann es schon passieren, daß politisch erreichte Positionen gesellschaftlich erst noch abgesichert werden müssen. - Wer das dogmatisierend verkennt, landet allzu leicht im Attentismus.

Konkret: Es gibt gegenwärtig mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit gegen das jetzige Regierungsbündnis. Ob es aber eine tragfähige Basis für eine neue, eine sozial-ökologische Politik gibt, kann sich erst herausstellen, wenn ausgehend von den Bundestagswahlen 1998 schon mit der Regierungsneubildung damit begonnen wird, die notwendigen politischen Alternati-

ven durchzusetzen und erfahrbar zu machen.

## 2. Wunsch- und andere Ergebnisse

Bei den Bundestagswahlen 1998 geht es um die Ablösung der jetzigen Bundesregierung durch die absolute Mehrheit für eine Koalition aus SPD und GRÜNEN. Ziel sind parlamentarische Verhältnisse, in denen der sozialdemokratische Kanzlerkandidat schon im ersten Wahlgang allein mit den Stimmen dieser Parteien, d.h. ohne Stimmen der PDS, gewählt werden kann. Nach den aktuellen Meinungsumfragen gibt es gute Aussichten, ein solches Wahlergebnis zu erreichen. Möglicherweise wird eine rot-grüne Koalition dann nicht nur mit einer rechten Opposition aus CDU/CSU, vielleicht auch FDP, zu tun haben, sondern zugleich mit einer linken Opposition in Gestalt der PDS. Eine durchaus interessante Vorstellung.

Keiner kann aber wissen, ob es nicht doch anders kommt. Und daher ist es sicherlich nicht ganz falsch, über eine solche Konstellation strategische Überlegungen anzustellen: Für den Fall, daß es die Konservativen mit oder ohne die FDP noch einmal schaffen, bedarf es keiner komplizierten parlamentarischen Strategie. Dann wird sich die tiefen Frust überstehende politische Phantasie auf den außerparlamentarischen Bereich konzentrieren müssen. Spannend wird es aber, wenn die jetzige Koalition die Mehrheit im Parlament verliert, SPD und Grüne zusammen die absolute Mehrheit aber ebenfalls verfehlen.

Die Frage nach den Handlungsperspektiven in einer solchen Situation bei Zusammenkünften von Prominenten der SPD-Linken und/oder Grünen aufzuwerfen, bedeutet, sich schlecht zu benehmen. Hektische Zurechtweisung ist dann die Folge: "Wenn wir Rot-Grün wollen und wenn wir wirklich die genannten großen Reformen angehen wollen, muß das ein ganz stabiles Projekt mit einer ganz stabilen Mehrheit sein." (Kerstin Müller). Oder anders gesagt: Hier wird das große Schild mit dem altherwürdigen Denkverbot hochgehalten, daß ja nicht sein kann, was nicht sein darf.

## 3. Minderheitsregierung – das unbekannte Wesen

Die Möglichkeit einer Minderheitsregierung wird in der deutschen Politik

allenfalls unter dem Schlagwort der Tolerierung diskutiert. Als Tolerierende werden undifferenziert alle diejenigen parlamentarischen Kräfte bezeichnet, die außerhalb einer Regierungskoalition stehen, aber nichts oder doch nicht alles tun wollen, um die Regierung zu stürzen. Dabei wird meist nicht bemerkt, daß hier schon mit der Begriffswahl die Unterwerfung unter eine semantische Hegemonie der Konservativen stattfindet: Nicht die eine Regierung bildenden und aktiv tragenden Kräfte werden als politische Subjekte verstanden, sondern die anderen, die Tolerierenden. Die Frage, ob und wie unter bestimmten Bedingungen eine Regierung aus SPD und GRÜNEN gebildet werden kann, wird umdefiniert in die Frage, ob die Bereitschaft besteht, sich von der PDS „tolerieren zu lassen“ oder nicht. Damit wächst die PDS zu unverdient überdimensionaler Größe, schrumpft eine Koalition aus SPD und GRÜNEN zu ihrem Anhängsel, ohne daß über die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Minderheitsregierung auch nur im Ansatz konkret nachgedacht werden müßte.

In anderen europäischen Ländern gehören Minderheitsregierungen seit langem zum politischen Alltag einer stärker zersplitterten Parteienlandschaft. In den skandinavischen Ländern zum Beispiel ist die Minderheitsregierung der Normalzustand. Ob und in welcher Beziehung Minderheitsregierungen der Unterstützung oder der bloßen Duldung (Tolerierung) von Parteien bedürfen, die nicht in der Regierung vertreten sind, gestaltet sich unterschiedlich. Verschieden sind die politischen Motivationen, aus denen Parteien nicht in ein Regierungsbündnis eintreten wollen oder nicht aufgenommen werden. Differenzierungen gibt es in zeitlicher Hinsicht: Das Tolerieren kann sich auf unterschiedliche Aspekte und Phasen wie die Regierungsbildung, die Fortdauer ihres Bestandes oder das konkrete gesetzgeberische Handeln beziehen. Bei der Ausgestaltung des Zusammenhangs von Regierenden und Tolerierenden muß unterschieden werden zwischen „parlamentarisch gestützter“ und „bloß tolerierter Minderheitsregierung“ (Schütt-Wetschky, Zeitschrift für Parlamentsfragen 1987, S. 105). Dabei beruht die erste Form häufig auf Absprachen, die als „Tolerierungsabkommen“ fast schon Koalitionsver-

*Weder die Wahl einer Minderheitsregierung aus SPD und GRÜNEN noch deren Fortbestand ist von einem tolerierenden Verhalten der PDS abhängig.*

\* Kurt Neumann (MdB), Berlin, von 1966 bis 1996 Mitglied der SPD



### Interview mit Bundespräsident Roman Herzog

**Herzog:** Sie müssen bedenken, daß sich der Bundespräsident dabei eine ganze Reihe von Fragen zu stellen hat, deren Beantwortung heute nicht absehbar ist – ob etwa eine Minderheitsregierung überhaupt die Möglichkeit besitzt, durch Verhandlungen im Einzelfall Mehrheiten für ihre Gesetze zu bekommen. Die andere Frage ist, ob nach Neuwahlen ein klareres Ergebnis zu erwarten wäre.

**Spiegel:** Kann sich ein Staat mit den Problemen wie Deutschland überhaupt eine Minderheitsregierung leisten?

**Herzog:** Ich kann hier nicht versuchen, gescheiter zu sein als das Grundgesetz. Dieses läßt jedenfalls eine Minderheitsregierung zu.

**Spiegel:** Anders gefragt: Legen nicht die düsteren Wirtschaftsprognosen und der Reformstau den Kraftakt einer Großen Koalition nahe?

**Herzog:** Wenn ein Bundeskanzler im Parlament eine Mehrheit hat, und sei sie von einer Großen Koalition, dann muß ich ihn ernennen.

**Spiegel:** Eine Große Koalition hat ja mal ein anderer Bundespräsident empfohlen, Heinrich Lübke 1965.

**Herzog:** Der ist entsprechend dafür gescholten worden. Ich halte mich da zurück. Für den Bundespräsi-

denten gilt: Gibt es einen Kanzler, wen auch immer, der eine parlamentarische Mehrheit zusammenkriegt, dann muß der Bundespräsident den ernennen. Dazu ist er verfassungsrechtlich verpflichtet, und damit ist die Sache erledigt.

**Spiegel:** Nicht ganz, vielleicht gibt es eine rot-grüne Minderheitsregierung, geduldet durch die PDS. Wie stehen Sie dazu?

**Herzog:** Der Bundeskanzler wird in geheimer Wahl gewählt. Kein Mensch weiß, wer wen gewählt hat. Der Bundespräsident kann ja auch nicht einen beliebigen Minderheitskanzler ernennen, sondern nur den mit den meisten Stimmen.

**Spiegel:** Aber Sie haben das Vorschlagsrecht...

**Herzog:** ...an das jedoch das Parlament nicht gebunden ist. Da müßte ich erst mit den Parteiführern reden, mit jedem einzelnen, um zu sehen, welche Mehrheiten sich abzeichnen. Und auch dann weiß niemand, was bei der Wahl wirklich herauskommt.

**Spiegel:** Vielleicht sollten Sie in solch einer Situation noch mal Ihren Kommentar nachlesen.

**Herzog:** Wenn diese Lage eintritt, können Sie sich darauf verlassen.

(Auszüge aus: Spiegel 51/1995)

träge sind. Die zweite zeigt sich faktisch darin, daß Mißtrauensvoten zum Sturz der Regierung weder einbracht noch unterstützt werden.

Für die politische Situation in Deutschland im Jahre 1998 stellt sich die Frage einer durch die PDS „politisch gestützten Minderheitsregierung“ nicht. Die Frage nach einer tolerierten Minderheitsregierung bedarf allenfalls dann einer Antwort, wenn eine Minderheitsregierung auf das tolerierende Verhalten anderer angewiesen ist.

#### 4. Minderheitsregierung ohne Tolerierung

Nach dem Grundgesetzes (vgl. die entsprechenden wiedergegebenen Artikel) unterliegt – im Gegensatz etwa zu manchen Landesverfassungen – die Amtszeit der Regierung dem Grundsatz der Diskontinuität. Nach jeder Neuwahl eines Bundestages muß auch die Neuwahl eines Bundeskanzlers stattfinden, der dann die neue Regierung bildet. Die alte Regierung kann nur solange weiter amtieren, bis ein neuer Kanzler gewählt und ernannt ist. Scheitert die Neubestellung eines Bundeskanzlers, so kommt es zur Auflösung des Bundestags mit der Folge von neuerlichen Parlamentswahlen.

Das Grundgesetz kennt entgegen landläufiger Meinung nicht nur die Wahl des Bundeskanzlers mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundes-

tages, auch allgemein als Kanzlermehrheit bezeichnet. In einem dritten Durchgang ist vielmehr der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Es reicht also die einfache Mehrheit. In diesem Fall hat der Bundespräsident dann die Wahl, entweder den Gewählten zu ernennen oder aber den Bundestag aufzulösen. Der jetzige Bundespräsident Roman Herzog hat schon Ende 1995 gegenüber dem „Spiegel“ (vgl. die wiedergegebenen Auszüge) deutlich gemacht, daß er sich die Ernennung eines Minderheitskanzlers sehr wohl vorstellen kann. Entschiede sich der Bundespräsident indes für die Auflösung des Bundestages und damit für Neuwahlen, was eher unwahrscheinlich ist, stärkte das die Mobilisierungsfähigkeit von SPD und GRÜNEN in Richtung auf das Erringen der absoluten Mehrheit.

Im Ergebnis bedeutet diese verfassungsmäßige Möglichkeit, daß es keinerlei Unterstützung durch die PDS bedarf, um einen sozialdemokratischen Kanzler mit einfacher Mehrheit zu wählen. Wenn dieser Kanzler dann ernannt ist, bedarf es auch im übrigen während der gesamten Legislaturperiode keiner Tolerierung durch diese Partei, um die Regierung im Amt zu halten. Selbst wenn CDU/CSU und PDS einem Kanzler gleichzeitig, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, das

Mißtrauen aussprechen und damit im Bundestag eine Mehrheit fänden, bliebe das ohne praktische Konsequenzen, nur wenn sie gemeinsam mit absoluter Mehrheit einen anderen Kanzler wählten (konstruktives Mißtrauensvotum), fände ein Sturz der Regierung statt. Selbst bei angestrengtester Phantasie übersteigt das jedoch jegliche Vorstellungsmöglichkeit.

Neben dem Rücktritt oder dem Tod eines Bundeskanzlers führt sonst nur die Neuwahl des Bundestags dazu, daß die Amtszeit der Bundesregierung vorzeitig endet. Im Gegensatz zu anderen Verfassungen kennt das Grundgesetz kein Recht zur Selbstauflösung des Parlaments. Der Bundespräsident kann aus eigenem Entschluß den Bundestag nicht auflösen, um dadurch Neuwahlen herbeizuführen. Diese Möglichkeit liegt vielmehr im wesentlichen in der Hand des Bundeskanzlers, der die Vertrauensfrage stellen und bei ihrem negativen Ausgang den Bundespräsidenten um Auflösung des Bundestages ersuchen kann. Die Auflösung des Bundestages unterbleibt aber, wenn mit Kanzlermehrheit ein neuer Bundeskanzler gewählt wird.

Konkret bedeutet das, daß weder die Wahl einer Minderheitsregierung aus SPD und GRÜNEN noch deren Fortbestand von einem tolerierenden Verhalten der PDS abhängig ist.

## Grundgesetz

**Art. 63 (Wahl des Bundeskanzlers)**

(1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt.

(2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.

(3) Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgange mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.

(4) Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Vereinigt der Gewählte die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich, so muß der Bundespräsident ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Erreicht der Gewählte diese Mehrheit nicht, so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.

**Art. 67 (Mißtrauensvotum)**

(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muß dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.

(2) Zwischen dem Antrag und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.

**Art. 68 (Vertrauensfrage)**

(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

(2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

**5. Permanente Mehrheitsbildung**

Die eigentliche Problematik einer Minderheitsregierung liegt - bei vorhandener Mehrheit im Bundesrat - darin, im Bundestag die zur politischen Gestaltung erforderlichen Mehrheiten herzustellen. Als Ausnahme vom Mehrheitserfordernis ist im Rahmen der Gesetzgebung in Artikel 81 zwar der Fall des „Gesetzgebungsnotstands“ vorgesehen, diese Möglichkeit erscheint aber als nur begrenzt praktikierbar. Bedeutsamer sind da schon die Kompetenzen der Regierung im Bereich des Haushaltswesens nach den Artikeln 111 und 113. Noch deutlich größeres Gewicht hat die Möglichkeit, durch die Verbindung von Gesetzesvorlagen mit der Vertrauensfrage und einer drohenden Parlamentsauflösung zumindest Teile der Opposition zum Einlenken zu veranlassen.

Entscheidend sind indes weniger die formalen Rechte, sondern die politische Überzeugungskraft und das strategische Geschick beim Gewinnen von Mehrheiten für die jeweiligen Vorhaben. Bei den Abstimmungen käme es dann nicht so sehr auf den Sitzplatz im parlamentarischen Rund an, sondern mehr auf die politischen Überzeugungen. Gegenüber Absprachen zwischen den Fraktionsführungen und eingefahrenen parlamentarischen Abstimmungsmechanismen träten Transparenz und Argumentation stärker in den Vordergrund. Darin lägen auch Chancen für eine etwas andere parlamentarische Kultur, die bei den

Bürgerinnen und Bürgern mehr Interesse wecken und Politikverdrossenheit abbauen könnte.

Daß sich rechte wie linke Opposition in einer solchen Konstellation für eine Dauerblockade entscheiden, ist eher unwahrscheinlich. Wenn dieser Fall gleichwohl einträte, hätten die Regierungsparteien die Möglichkeit des Befreiungsschlags über den Weg von Vertrauensfrage und Neuwahlen unter selbst gewählten Voraussetzungen.

**6. Ehrliche Alternative: Große Koalition**

Wenn es für SPD und GRÜNE keine absolute Mehrheit gibt, ist die Alternative zu einer etwaigen Minderheitsregierung keineswegs „ein ganz stabiles Projekt mit einer ganz stabilen Mehrheit“ dieser Parteien, sondern die „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD. Niemand sollte sich darum herumzumogeln versuchen. Manche halten sich ehrlicherweise diese Option ohnehin ausdrücklich offen.

Eine „Große Koalition“ ist kein Wechsel und kein Neuanfang, sie ist die Fortsetzung von sechzehn Jahren Kohl-Zeit mit etwas Tünche. Ein solches Regierungsbündnis würde Massenarbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit, ökologische Fehlentwicklungen und kulturelle Enge fortschreiben. Zugleich würde sich im Laufe der Entwicklung die Struktur des deutschen Parteiensystems - vor allem die Stellung der SPD in ihm - grundlegend und dauerhaft verändern.

Welche Entwicklungen zu befürchten sind, wird in Berlin vorgezeichnet: SPD und CDU sind nach zweieinhalb Legislaturperioden „Große Koalition“ als Alternative nicht mehr identifizierbar. Im Gegenteil; Die Notwendigkeit von öffentlichen Investitionen und die Berücksichtigung von Belegschaftsinteressen werden eher von der CDU als von der SPD betont, die sich geschichtsblind brüningscher Sparpolitik hingeeben hat. Schon jetzt ist absehbar, daß GRÜNE und PDS zulasten von CDU und SPD weiter wachsen werden. Ob bei den nächsten Wahlen ein anderes als das jetzige Regierungsbündnis überhaupt zahlenmäßig möglich sein wird, erscheint höchst zweifelhaft. Perspektivisch droht der Berliner SPD nach dem parlamentarischen Ende der Landes-FDP deren Rolle als Mehrheitsbeschafferin für die CDU. Völlig offen ist die Frage nach einer Alternative, die offenbar nur aus einer weiteren qualitativen Veränderung des Parteiensystems erwachsen kann.

**7. Wahlkampf unter der Fuchtel der Tolerierung**

Die undifferenzierte und die Realität verzerrende Rede von der Tolerierung für die Situation einer möglichen Minderheitsregierung aus SPD und GRÜNEN hat Konsequenzen für die zu erwartenden Wahlkampfstrategien der Parteien.

Die CDU/CSU wird durch einen polarisierenden Lagerwahlkampf, ob nun mit oder ohne rote Socken, ver-

*Wenn glaubhaft ist, daß es keine „Große Koalition“ geben wird, sondern sich nur die Frage stellt, ob SPD und GRÜNE eine Minderheits- oder eine Mehrheitsregierung bilden können, wird gerade das zur Stärkung der SPD und zum Erringen der absoluten Mehrheit zusammen mit den GRÜNEN führen können.*

suchen, das vorhandene rechte Wählerpotential voll zu mobilisieren und zugleich vor allem im Westen bestehende anti-kommunistische Emotionen und Ängste, die bis in die Stammwählerschaft der SPD hinein bestehen, zu schüren. Sie wird die Abwehr einer von den Kommunisten abhängigen Linksregierung propagieren. Daß sie dadurch mittelbar im Osten die PDS stärkt, nimmt sie verständlicherweise in Kauf. Wenn die jetzige Koalition die Mehrheit verliert, ist die zweite Option der Union die „Große Koalition“. Je stärker aber die PDS wird, desto größer erscheint die Chance, daß sich die SPD mehrheitlich für eine solche Regierungskonstellation entscheidet.

In der SPD gibt es Tendenzen, dieser Gefahr mit der Parole zu begegnen: Jede Stimme für die PDS ist eine Stimme für CDU und CSU. Das zielt im Ergebnis darauf, die PDS so weit zu schwächen, daß sie nicht mehr drei Direkt-Mandate und erst recht bundesweit keine 5% der Stimmen erreicht. Es herrscht also das Prinzip Hoffnung darauf, daß das mögliche Subjekt der Tolerierung sich bitte doch verflüchtigen möge. Der Erfolg einer solchen Strategie erscheint indes schon im Ansatz zweifelhaft. Die PDS hatte 1994 in Berlin vier Wahlkreise unmittelbar für sich gewinnen können, teilweise mit beträchtlichem Vorsprung. Selbst wenn es Wolfgang Thierse gelingt, seinen Wahlkreis zurückzuerobern, ist angesichts der auch durch den Zustand der Berliner SPD bedingten Stärke der PDS nicht auszuschließen, daß sie zusätzlich in einem anderen Wahlkreis obsiegt, zumindest aber die erforderlichen drei halten kann. Das gilt umso mehr, solange die SPD die Option auf eine „Große Koalition“ für die Bundesebene nicht ausschließt. - Auch werden manche Wählerinnen und Wähler überlegen, ob nicht ohne die Parlamentssitze der PDS vielleicht doch noch eine knappe Mehrheit für Kohl im Bundestag zustande kommen kann.

Die GRÜNEN versuchen, sich mit der Losung zu profilieren, daß eine Ablösung von Kohl nur durch eine Wahl der GRÜNEN wirklich erreicht werden könne. Sie verweisen in diesem Zusammenhang gern auf die von der SPD nicht ausgeschlossene Möglichkeit einer „Große Koalition“. Damit können sie in einem bestimmten Wählerpotential der SPD beträchtlich Stimmen entziehen. Insofern treiben die GRÜNEN aber ein doppeltes Spiel.

Egal, ob der Kanzlerkandidat der SPD Lafontaine oder Schröder heißen wird: Bei einer absoluten Mehrheit für SPD und GRÜNE wird die SPD ein Regierungsbündnis dieser Parteien anstreben. Wenn es aber eine solche Mehrheit nicht gibt, stehen die GRÜNEN ja für die Bildung einer gemeinsamen Minderheitsregierung - angeblich mangels „Stabilität“ - überhaupt nicht zur Verfügung. Für diesen Fall wollen sie selbst das, was sie der SPD als deren Ziel vorwerfen: die Bildung einer „Großen Koalition“. Sich selbst versprechen sie davon eine weitere Stärkung in der Opposition. Dieses parteitaktische Kalkül steht deutlich im Kontrast zu dem Pathos, mit dem etwa Joschka Fischer das Jahr 1998 zum Schicksalsjahr der Deutschen und die Ablösung der CDU/CSU aus der Regierungsverantwortung für unabdingbar erklärt.

### 8. Der Wille zur Macht und zum Wechsel

Jenseits von Kritik an programmatischen Verwässerungen rate ich der SPD, meiner früheren Partei, eindeutig auf einen politischen Wechsel ohne Rückversicherungsoptionen zu orientieren. Eine solche Perspektive ist angesichts der Hinterlassenschaften der Kohl-Zeit in der Sache notwendig. Sie ist glaubwürdig und sie ist in dem vom Grundgesetz gegebenen Rahmen machbar. Wenn glaubhaft ist, daß es keine „Große Koalition“ geben wird, sondern sich nur die Frage stellt, ob SPD und GRÜNE eine Minderheits- oder eine Mehrheitsregierung bilden können, wird gerade das zur Stärkung der SPD und zum Erringen der absoluten Mehrheit zusammen mit den GRÜNEN führen können.

Ich rate - ganz ungefragt - dem Kanzlerkandidaten der SPD, wirklichen Willen nicht zum Erklimmen des Kanzlerthrons, sondern zur Macht zu zeigen - den Willen, anstelle der CDU/CSU Regierungsverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten unter Ausschöpfung aller verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu übernehmen. Ich räume freimütig ein, daß das viel Phantasie und großen Mut erfordert. Mehr Phantasie und mehr Mut jedenfalls, als - wohl abgesichert von einhelligem publizistischen Beifall - für einen scheinbar waghalsigen Tabubruch an sozialdemokratischen Grundsätzen. Ein Kanzlerkandidat sollte aber genügend Phantasie und Mut haben.

# Andere Zeiten

Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation

In *Andere Zeiten* 2'97 erschienen u.a. folgende Beiträge:

- H.-J. Bieling:** Legitimationsprobleme der EU
- H. Breyer:** Amsterdam und die Europäische Umwelt
- W. Brüggem:** Neue Wege zum ökologischen Umbau
- F. Hellmer / W. Krumbein:** "Zug in die Regionen" oder Clusterpolitik
- M. Jäger:** Vollbeschäftigungspolitik und ökologischer Umbau
- M. Massarrat:** Ökologischer Umbau und nachhaltige Entwicklung
- W. Schelkle:** Arbeitsmarktsysteme - die Wirkungen des Euro
- I. Schillen:** Die Langeweile der preußischen Geraden

Ich möchte 2 aktuelle Ausgaben der *Andere Zeiten* für 10.-DM (nur gegen Vorkasse: Geldschein, Briefmarken oder Scheck).

Hiermit abonniere ich *Andere Zeiten* ab der Ausgabe \_\_\_\_\_

zum Abo-Preis von DM 60,-

zum Förderpreis von DM 100,- jährlich

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

spw

# Gewalt und Zivilisation

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Frank Wilhelmy\*

*Der dem Menschen ein Wolf ist, ist kein Mensch, sondern ein Wolf. (Bert Brecht)*

Eine willkürliche Aufzählung: Bürgerkriege in Afrika, Massaker in Algerien, Schießereien in Albanien, Anschläge in Bosnien und Israel, Morde, Vergewaltigungen, Hinrichtungen, die Goldhagendebatte, die Debatte um Kindesmißbrauch, das Hammelburger Bundeswehrskandalvideo etc. etc. Obwohl in aller Munde, ist Gewalt ein begrifflich und empirisch unklares Problem.

Die Weigerung, ernsthaft über Ursachen gewalttätiger Konflikte zu diskutieren, ist eine Seite, die Forderungen nach repressivem Schutz und gewaltförmiger Gegenwehr sind die andere Seite der gleichen Medaille.

Die immer wieder neu hervortretende Bedrohlichkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen in Vergangenheit und Gegenwart, in sozialer Gruppe/Sphäre, der Gesellschaft insgesamt und schließlich dem internationalen System führt stets zu hektischen Scheindebatten in den

Medien, die regelmäßig weder zur Aufklärung noch zur Lösung der jeweiligen Probleme beitragen. Ein diffuser doppelter Eindruck scheint sich öffentlich zu verbreitern: Gewalt nimmt überall zu und die Alternativen gleichzeitig ab. Die Weigerung, ernsthaft über Ursachen gewalttätiger Konflikte, insbesondere sozioökonomischer aber auch politischer Art, zu diskutieren, ist eine Seite, die Forderungen nach repressivem Schutz und gewaltförmiger Gegenwehr sind die andere Seite der gleichen Medaille.

\* Dr. Frank Wilhelmy, Bonn, Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion



Foto: Christian Kiel, Meerbusch

Strafe und Härte statt Therapie und Prävention heißt das neue Motto auf der Gesellschaftsebene, Abschreckung und Sicherheit statt Friedensstiftung und Zivilisierung der Weltordnung heißt es - wie stets - im internationalen Bereich.

## Gewalt und Gesellschaft

Sich diesem Großphänomen Gewalt mit den begrenzten Kapazitäten eines spw-Schwerpunktes zu nähern, hieß zunächst für die Redaktion, die wichtigsten Themen zu identifizieren:

- Gewalt als Grundphänomen (der Natur, Kultur/Zivilisation) und der wissenschaftliche und gesellschaftliche (populäre) Metadiskurs,
- Gewalt gegen bestimmte Gruppen und ihre gesellschaftliche Reproduktion,
- Krieg und Frieden: Zivilisierung der Staatenbeziehungen, regionale und globale Sicherheitssysteme.

Zu allen drei Ebenen sind im Heft Beiträge vorhanden. Ziel war es jeweils, das zu versuchen, was gemeinhin nicht (mehr) geschieht: Aufklärung über Hintergründe und Strukturen mit - wo möglich - der Orientierung auf Alternativen zu verbinden, oder die Suche nach Handlungsoptionen vorzubereiten.

Frank Wilhelmy gibt eine Übersicht über den Diskurs über Barbarei und Zivilisation in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft und beleuchtet die Ambivalenz der Begriffe und Konzepte - eine Vorbemerkung für die anstehende Neubestimmung der grundbegrifflichen Fundamente linker Friedensentwürfe.

Auf der grundsätzlichen Ebene, in diesem Fall aus zivilisationskritischer und körperbezogener Perspektive, setzt auch Kristina Augst an, um Gewalt gegen Frauen anders als üblicherweise zu beleuchten. Ihre These ist, daß die Diskriminierung und gewalttätige Unterdrückung der Frau - im Anschluß an die Dialektik der Aufklärung - ursprünglich bereits mit dem Prozeß der Beherrschung der Natur verknüpft ist.

## Krieg und Frieden

Ingo Siebert und Holger Thärchen zeigen die Rolle einer gesellschaftlichen Institution, der Wehrpflicht, bei der Gewaltsozialisation und der Vermittlung undemokratischer, hierarchischer und patriarchaler Weltbilder und aggressiver Verhaltensmuster. Ihre Schlußfolgerung, hochaktuell und umstritten: Wehrpflicht abschaffen!

Der Leiter des Hamburger Friedensforschungsinstituts IFSH, Dieter S. Lutz, liefert in seinem Aufsatz nicht nur eine Kritik an der NATO (-Osterweiterung) und der herrschenden sicherheitspolitischen Werkelei und Konzeptionslosigkeit, er stellt auch die Grundzüge einer alternativen Sicherheitsstruktur für das 21. Jahrhundert vor. Stichworte sind die Durchsetzung einer internationalen Rechtsordnung und die Einrichtung von regionalen „Systemen Kollektiver Sicherheit“, deren Funktionsweise er am Beispiel erläutert. Lutz erinnert daran, daß „Kollektive Sicherheit“ in der Logik sozialdemokratischer Programmatik angelegt sei. Zu wünschen ist, daß sich auch die SPD - der Parteitag steht bevor - auf ihre eigenen konzeptionellen Fundamente besinnt.

Wahid Samimy schließlich rundet den Schwerpunkt ab, indem er auf die Lage Afghanistans hinweist und über die komplizierten Einflußfaktoren eines mittlerweile von der Öffentlichkeit vergessenen bzw. verdrängten Bürgerkrieges informiert.

spw

„Es gibt keine harmlosen Zivilisten“

(John Rambo, „First Blood“ (Rambo I), USA 1982).

**Von der optimistischen Geschichtsphilosophie zur pessimistischen Anthropologie**

1853 kommentierte Karl Marx in einem Zeitungsartikel die rücksichtslos-gewalttätige Kolonialpolitik des Empire in Indien: „Gewiß war schnödeste Eigennutz die einzige Triebfeder Englands, als es eine soziale Revolution in Indien auslöste (...). Aber nicht das ist hier die Frage. Die Frage ist, ob die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann ohne radikale Revolutionierung der sozialen Verhältnisse Asiens. Wenn nicht, so war England, welche Verbrechen es auch begangen haben mag, doch das bewußte Werkzeug der Geschichte, indem es diese Revolution zuwege brachte. Dann haben wir, so erschütternd das Schauspiel des Zerfalls einer alten Welt für unser persönliches Empfinden auch sein mag, vor der Geschichte das Recht, mit Goethe auszurufen:

*Sollte diese Qual uns quälen,  
Da sie unsre Lust vermehrt,  
Hat nicht Myriaden Seelen  
Timurs Herrschaft aufgezehrt?“*

Diese Sätze von Marx (MEW 9:133) muten die meisten heute nur noch brutal und zynisch an - die Lyrik von Goethe gar höhnisch, obwohl sie lediglich distanzier-realistisch den Standpunkt der westlichen Zivilisation repräsentieren, der auch unser Standpunkt ist. Sie formulieren den Glauben an Sinn und Gesetzmäßigkeit der Geschichte und die Erwartung der Überwindung gewalttätiger Zustände, kurz: Sie sprechen den Auftrag und das Versprechen der Aufklärung und des Humanismus aus, die Gesetze zu entschlüsseln, die der Gattung Mensch ein Leben in Humanität ermöglichen.

Sie beschreiben Grausames, waren aber nicht selbst grausam, wenn man Grausamkeit als sinnlose, pure Gewalt, Mordlust, definiert, wie es Max Horkheimer 1936 (Gesammelte Schriften Bd. 4: 104) tat: „Eine Hauptwurzel der Grausamkeit bildet die Verzweiflung an der Möglichkeit des allgemeinen Glücks. (...) Je stärker der Glaube an die Befreiung der Menschheit ist, um so geringer auch der Wunsch nach Opfern.“

Der zeitgenössische Soziologe Wolfgang Sofsky, Autor der erschütternd brillanten Studie „Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager“, schreibt 1995 in seinem „Traktat über die Gewalt“: „Dem Naturzustand folgen Herrschaft, Folter und Verfolgung, die Ordnung endet im Aufruhr, im Fest des Massakers. Die Gewalt bleibt allgegenwärtig. Sie durchherrscht die Geschichte des Gattungswesens von Anfang bis Ende. (...) Gesellschaft gründet weder auf einem unaufhaltsamen Drang zur Geselligkeit noch auf den Notwendigkeiten der Arbeit. Es ist die Erfahrung der Gewalt, welche die Menschen vereinigt.“

Zwischen allen drei Zitaten liegen jeweils Welten - Ereignisse, die die Erfahrungen prägten und die Horizonte erschütterten und verschoben. Zwischen Marx und Horkheimer liegt der erste Weltkrieg, der erste Zusammenbruch der fortgeschrittenen „westlichen Zivilisation“, die „Saugpumpe“ (wie ein deutscher General es ausdrückte) von Verdun, wo es darum ging, die existentiellen Ressourcen einer ganzen Nation auszubluten und nicht mehr „nur“ - wie im Kabinettkrieg der Vergangenheit - das gegnerische Heer zu fusillieren. Zwischen ihnen liegt

# Zivilisation und Barbarei

Der ambivalente Diskurs über Gewaltpotentiale und Zivilisierungschancen der kapitalistischen Moderne

von Frank Wilhelmy\*

die Tatsache, daß sich die nationalen Proletariate letztlich begeistert auf die Schlachtbank begaben und einander massakrierten. Auch die Kulakenvernichtung und die „Säuberungs“-Exzesse des Stalinismus liegen zwischen ihnen.

Die Vorstellung einer „Gesetzmäßigkeit“ der Geschichte zum Fortschritt, zur Humanität hin, war bei dem Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung zur bloßen Hoffnung degradiert, freilich noch nicht ganz suspendiert.

Zwischen Horkheimer des Jahres 1936 und dem Soziologen Sofsky (und uns allen) heute liegt: Der Zweite Weltkrieg, Auschwitz, der Gulag, Hiroshima. Der Kalte Krieg mit den vielen heißen Kriegen - die Wende 1989, dann Golfkrieg, Somalia, Jugoslawien, Ruanda... Sofskys düster-pessimistisches Resümee hat einen einzigen Vorzug. Von solcher Warte läßt sich Gewaltanwendung politisch nicht mehr legitimieren. Nur nützt das den Opfern nichts, wenn Gewalt zur schwarzen anthropologischen Konstante erhoben ist. Dann ist die Perspektive ihrer Überwindung, auch die ihrer bloßen Einhegung oder Zivilisierung, Ideologie, Narretei. Und in der neuen, postmodernen Welt, in der es zur Gewaltausübung gar keiner Legitimation, keiner Ideologie, manchmal keines Zweckes mehr bedarf, wäre wohl schon der Zwang zur Rechtfertigung ein Fortschritt.

Für Frieden läßt sich semantisch kaum mehr kämpfen, wohl noch für die Zivilisation bzw. die Zivilisierung barbarischer Verhältnisse. Aber die Zivilisation befindet nicht gerade auf dem Vormarsch.

**Zerfallsgeschichte der Zivilisation oder ambivalente Normalität**

Wer aktuell das Wort Frieden im Munde führt, gilt schneller als je zuvor als Träumer oder als gefährlicher Phantast. Im schlimmsten Falle wird sie oder er als feige/r LehnstuhlmoralistIn denunziert, manchmal auch als nützliche/r IdiotIn des westlich-imperialen Ethnozentrismus‘.

Für Frieden läßt sich semantisch kaum mehr kämpfen, wohl noch für die Zivilisation bzw. die Zivilisierung barbarischer Verhältnisse. Aber selbst diese Position muß einräumen, daß sich die Zivilisation nicht gerade auf dem Vormarsch befindet. Eric Hobsbawm z.B. konstatiert einen „allgemeinen Zusammenbruch der Zivilisation“, wie man ihn in großen Teilen der Welt seit den 80er Jahren feststellen könne, er beschreibt ein säkulares Wachsen der Barbarei, die für ihn zweierlei bedeutet - den Zusammenbruch moralischer Regelsysteme und die Aufgabe der Perspektive der Aufklärung.

\* Dr. Frank Wilhelmy, Bonn, Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion

*Barbarei. Ein Leitfaden: Die Rückkehr der Folterer und das Anwachsen der Gewalt* heißt sein Aufsatz zum Thema. Der Titel erlangt suggestive Aktualität - gerade haben die Zeitungen gemeldet, das oberste israelische Gericht habe die Folter in Verhören nicht verbieten wollen (ausgerechnet Israel sagen viele, die meinen, der Holocaust hätte doch die Opfer moralisch läutern müssen).

Die besondere Schwierigkeit der Linken besteht im Verlust einer konkreten Systemüberwindungsperspektive als archimedischem Punkt ihrer Friedenspolitik.

Und viele Linke werden ihm beipflichten mögen, wo es längst Tradition ist, Verfallsgeschichten zu erzählen und damit gleichwohl an alte Zeiten anknüpfen zu wollen.

Ich befürchte, eine Verfallsgeschichte der Zivilisation ist zu harmlos, um der jetzi-

gen einzigartigen Situation zu entsprechen. Die Einzigartigkeit im letzten Jahrzehnt des gewalttätigen 20. Jahrhunderts liegt, was die Gewaltfrage betrifft, in einer deprimierenden Dreifaltigkeit schrecklicher Wahrheiten:

*Erstens:* Wir befinden uns nicht auf dem absteigenden Pfad eines Kulturzerfalls, sondern inmitten der prekären Normalität dessen, was seit zwei Jahrhunderten Zivilisation genannt wird. Der Firnis der Zivilisation ist dünn. Man stecke einen beliebigen Menschen in entsprechende Umstände - das weiß man seit Milgram - und nahezu jede/r kann zum Morden, zur Grausamkeit stimuliert/manipuliert werden.

*Zweitens:* Es gibt keine denkbare<sup>1</sup> Form der Gewalt und des Terrors mehr, die nicht bereits geschehen wäre und die, schlimmer noch, nicht jederzeit sich ähnlich wieder ereignen könnte. Die meisten Gewaltformen geschehen sowieso gerade jetzt im Augenblick: der Mißbrauch, der Hunger, die Folter, die Hinrichtung, der Mord, das Massaker, der Krieg. Kein Bereich, keine Sphäre, die verschont bliebe vor dem Eindringen der Gewalttat. Die Debatte um den Mißbrauch von Kindern zeigt nur, daß selbst das Urvertrauen kindlicher Sozialisation ein, wenn nicht zufälliges, so dauernd gefährdetes Refugium eines letzten Gefühls von Sicherheit und Vertrauen in die Gesellschaft ist. Jede Steigerung der Grausamkeit ist technisch perfektioniert worden bis an die Grenze des Sinns: Wenn das Opfer tot ist, kann es nicht mehr weiter gequält werden. Der atomare Weltuntergang, die Drohung mit dem gegenseitigen Massenmord ist banal, langweilig geworden. Die Bereitschaft zum atomaren Erst- oder Zweitschlag hat lediglich die kollektiven moralischen Kategorien gründlich ruiniert.<sup>2</sup> Und wo nicht (mehr) der absolute Untergang droht, da rechnen sich Kriege für Minderheiten durchaus. Und nicht zu vergessen: Vielfach mehr als durch direkte, personale Gewalt sterben Menschen durch die Gewalt der Verhältnisse: Hunger, Seuchen, Umweltkatastrophen - in einer Welt, der wie nie zuvor aller Reichtum zur Verfügung steht, jeden einzelnen Menschen zu nähren, zu bilden und zu schützen.

*Drittens:* Die greifbar scheinende „realistische“ Perspektive auf weltweit umfassenden Frieden - im ermäßigten Sinn von Nicht-Krieg -, wie sie sowohl in den Konzeptionen der Kollektiven Sicherheit und des Neuen Denkens vor dem Epochenbruch 1989/92 vertreten wurde und danach in der Erwartung einer „Friedensdividende“ der „Neuen Weltordnung“ blamiert wurde, ist wieder zur Utopie im Wortsinne geworden („Kein Ort“), wie sie es war, als sie menscheitgeschichtlich neu nach den 100- und 30-jährigen Kriegen in Europa entstand.

### Drei Diskurse über Gewalt

Wie reagieren Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft auf diese Situation?

Das durch kommerziell vermachtete Massenmedien vermittelte *Alltagsbewußtsein*, der „öffentliche“ Diskurs schwankt zwischen der ständig wiederholten Rezeption des Schreckens (der Bilder von Krieg, Mord, Vergewaltigung), dem (empirisch schwer nachweisbaren) Eindruck einer Zunahme von Gewalt, dem Ansteigen individueller Bedrohtheitsgefühle und dem anschwellenden und manipulierten Ruf nach Sicherheit und schnellen, repressiven Lösungen. Die Frage nach Ursachen wird bestenfalls noch rhetorisch gestellt. Wo sie überhaupt beantwortet wird, heißt es, Gewalt ist einfach da, Gewalt ist die Ursache von Gewalt usw. Scheinbar ist es da naheliegend, daß nur Repression, Abwehr, Bekämpfen übrig bleibt. Der Diskurs der Ursachen ist beendet. Mitleid findet selektiv statt - z.B. nur mit „eigenen“, „deutschen“ Opfern oder wird massenhysterisch wie im Fall der „Trauer“ um Diana.

Das *politische System* inklusive der Parteiöffentlichkeiten führt ebenfalls nur noch rhetorisch die Ursachen-debatte. Keine wirklichen Analysen über inner- oder weltgesellschaftliche Problemlagen mehr. Sie würden die Legitimität der konkurrenzlosen kapitalistischen Moderne, sofern es ihrer überhaupt noch bedarf, infrage stellen. Legitimität wird allerdings andersherum erzeugt. Die nicht hinterfragte Gewalt selbst stiftet die Legitimierung sei es des Militärischen, sei es irgendeiner opportunen law-and-order-Maßnahme. Wie bei anderen Problemlagen, z.B. der Massenarbeitslosigkeit und der Armut, dreht die Chuzpe der Politik die Kausalketten um. Probleme, die vom politischen System entweder nicht analysiert, oder nicht bearbeitet, oder gar hervorgerufen bzw. verschärft werden, dienen zur Begründung beliebigen politischen outputs.

Wie jeher sitzt die *Wissenschaft* vor Wahrnehmung isoliert im elfenbeinernen Turm. Die Einladung irgendwelcher medientauglicher ProfessorInnen in Talkshows ist keine Kommunikation. Selbst die sozialen Bewegungen rezipieren nicht mehr, sondern debattieren in ihren Sektierertuben. Wenig genug hätten die Wissenschaften Friedens- und Konfliktforschung, Gesellschaftswissenschaft, Psychologie und Geschichte zu bieten. Man ist weggekommen von Konzepten wie „struktureller Gewalt“, „positiver Frieden“, deren anspruchsvolle gesellschaftstheoretischen Prämissen zugunsten einer stärker empirisch und am Einzelfall orientierten Kärnerarbeit in die Archive gelegt werden. Wo Friedenswissenschaft theoretisch wird, räsoniert sie verstärkt über Anthropologie und die Grundfrage, ob Frieden überhaupt möglich ist.

Die flüchtige Skizze der drei Diskurse bedarf freilich der Ergänzung. Es hat nämlich durchaus Fortschritte gegeben. Naturgemäß am wenigsten in der Öffentlichkeit. Hier wäre der krude Realismus zu erwähnen, der z.B. auftritt, wenn laut Shell-Studie 80% der Jugendlichen für „bestimmt“ oder „wahrscheinlich“ halten, daß gewalttätige Konflikte das Leben zunehmend unsicher machen werden. Gleichzeitig scheint aber die moralische Legitimierung von Militär und Repression keineswegs generell zu steigen. Es gibt z.B. mehr Kriegsdienstverweigerer als Rekruten.

In der Politik zeigen die Debatten um die Zukunft der Wehrpflicht, z.T. um die Zukunft der europäischen Integration, daß es durchaus Entwürfe mittlerer Reichweite gibt, daß es realiter so etwas wie Friedensdividenden ge-

ben kann. Und sogar die UNO hat zu einigen relevanten Friedenschlüssen institutionell beitragen können.

Mit dem Zivilisationsparadigma schließlich scheint wissenschaftlich ein Ansatz gefunden zu sein, wie man trotz gesellschaftstheoretischer und geschichtsphilosophischer Vorsicht empirisch gehaltvoll und potentiell praxiswirksam forschen kann.

### Statt Sozialismus oder Barbarei - Kapitalismus und Zivilisation?

Die *politische Linke* scheint von allen drei Diskursen eher die negativen Aspekte übernehmen zu wollen, von der Öffentlichkeit den Attentismus, vom politischen System die Hilflosigkeit, von der Wissenschaft die Unübersichtlichkeit.

Die besondere Schwierigkeit der Linken besteht im Verlust einer konkreten Systemüberwindungsperspektive als archimedischem Punkt ihrer Friedenspolitik. Nach manch klassischer Analyse hätte es in einem kapitalistischen Weltsystem gar keinen Sinn, Friedenspolitik zu fordern - außer dem taktischen, die Revolution vorzubereiten. Die jedoch ist unwahrscheinlich und mehr noch, unmöglich, da sie ebenso gewaltträchtig wäre wie die Zustände, die zu überwinden sind.

Mit dem Hintern in der orthodoxen Vergangenheit und dem Gemüt in einer friedlichen Zukunft läßt es sich jedoch nicht gut in der gewalttätigen Realität Politik machen. Deswegen dreschen lieber radikale Pazifisten und radikale Bellizisten aufeinander ein. Die Chance, die das Zivilisationsparadigma eröffnet, wird zumindest viel zu zögerlich akzeptiert. Merkwürdigerweise obwohl es eine Perspektive ist, die den „Klassikern“ so fremd nicht war.

Karl Marx und Friedrich Engels zeugten schon 1848 im Manifest der kommunistischen Partei von ihrer Qualität als „Zivilisationstheoretiker“: *„Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“*

Diese 150 Jahre alten Gedanken finden sich wieder in den aktuellsten Versuchen, den Zusammenhang von Kapitalismus und Gewalt einerseits und die Möglichkeit von Zivilisation trotz Kapitalismus andererseits zu klären.

Die empirische Wahrheit, daß es immer weniger Kriege innerhalb und zwischen „westlichen Demokratien“, also entwickelten kapitalistischen „Wettbewerbsstaaten“ gibt - der Kriegstypus der heutigen Zeit vielmehr der Bürgerkrieg in einem „Schwellenland“ ist, deutet darauf hin, daß, wie Siegelberg in seiner einschlägigen Studie *„Kapitalismus und Krieg“* 1994 zeigt, das Kriegsgeschehen seit der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems (ab etwa dem 16. Jahrhundert) vor allem an den Fronten der Ausbreitung des Kapitalismus zu finden ist und die wichtigsten Konfliktursachen in den Transformationskonflikten der Gesellschaften von vorkapitalistischem Zustand zum „modernen“ Typ (Säkularisation, Stratifikation, Differenzierung etc.) bestehen. Phänomene von den Gewalttaten der bereits von Marx beschriebenen ursprüng-

lichen Akkumulation bis zu neuen Identitätskonflikten und des Fundamentalismus bzw. dem „Kampf der Kulturen“ lassen sich so diskutieren.

Gleichzeitig mit der blutigen Durchsetzung des Kapitalismus entwickelt sich aber auch das, was Marx und Engels als *bourgeoise Zivilisation* bezeichneten, und wofür Norbert Elias den Theorieversuch geliefert hat.

### Der ambivalente Prozeß der Zivilisation

Norbert Elias' Hauptwerk *„Über den Prozeß der Zivilisation“* betrachtet den Zivilisationsprozeß insbesondere als die zunehmende und verfeinerte Naturbeherrschung und Selbstkontrolle des Menschen, die sich *ungeplant* durch die evolutionäre Entwicklung von immer komplexeren Verflechtungszusammenhängen der Menschen und gesteigert nach der Herausbildung von staatlichen Gewaltmonopolen herstellt.

Elias führt die Herausbildung des modernen Über-Ichs auf die Errichtung einer stabilen staatlichen Zentralgewalt mit einem dauerhaften Gewalt-Monopol zurück. Deren Formierung bildete den Auftakt für den Übergang mittelalterlicher regionaler Feudalordnungen zu zentralisierten Herrschaftsformen und letztlich zum modernen Nationalstaat. Die Leistung moderner Staaten besteht u.a. in der Schaffung intern pazifizierter Räume: Die stärkere Funktionsteilung in diesen Gesellschaften mit Gewalt-Monopol, die Verlängerung der Interdependenzketten, führt zu einer höheren Dichte von Abhängigkeiten der Menschen untereinander, der Schutz vor fremder Gewalt (die im Mittelalter alltäglich sein konnte) wird gekoppelt mit der Notwendigkeit, sich selbst stärker zu disziplinieren. Zurückhaltung der Affekte, Weiterung des Gedankenraumes, Ablösung des Handelns vom Augenblick sind die Folge - höflicher Umgang (moderne Verhaltenselemente gehen in der Tat vom „Hofe“, von höfischer Kultur aus), Planung, Wissenschaft und verfeinerte Kultur werden in einem Zivilisationsschub gefördert. Der menschliche Seelenhaushalt wird zu einer kontinuierlichen Regelung des Trieblebens umgeformt. Zwischenmenschliche Zwänge und Gewalt verschwinden zwar nicht, allerdings tritt mehr und mehr der Selbstzwang an ihre Stelle. Der Herausbildung politisch stabiler Zentralorgane ent-

Das Kriegsgeschehen ist seit der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems (ab etwa dem 16. Jahrhundert) vor allem an den Fronten der Ausbreitung des Kapitalismus zu finden.



Foto: Christian Kiel, Meerbusch

spricht die Ausbildung und Verfestigung einer psychischen Selbstzwang-Apparatur. Außenkonflikte, Zwang und Gewalt - der „Kriegsschauplatz“ wird teilweise nach innen verlegt. Soziale und psychische Wandlungsprozesse

Während der Berserker, der im Blut-  
rausch Tötende, ein Feind der Zivilisation  
ist, ist der „Grausamkeitsarbeiter“, der  
KZ-Kommandant, der seiner Familie ein  
guter spießbürgerlicher Vater ist, mit ihr  
kompatibel.

sind ein untrennbares Ge-  
flecht.

Der Friedensforscher  
Senghaas hat versucht, in einer  
Theorie des zivilisatorischen  
Hexagons, bestehend aus staatlichem  
Gewaltmonopol, Rechtsstaatlichkeit,  
Interdependenzen, Demokratie,  
sozialer Gerechtigkeit und

Konfliktkultur, das als Idealmodell der Elemente einer konvergent gedachten Zivilisierung und Pazifizierung national wie international vorgeschlagen wird, eine praxisrelevante Perspektive vorzuschlagen. Freilich ist sein optimistisches Modell lediglich naiv oder affirmativ, wenn nicht die Gefährdungen und die selbsterzeugten Konfliktlagen der Zivilisation mitbedacht werden - und vom Kapitalismus eher geschwiegen wird.

Zweifellos ist nämlich der Prozeß der Zivilisation, auf die Gewaltfrage bezogen, höchst ambivalent und prekär: Der internen Pazifizierung des Nationalstaates steht die Zentralisierung und Potenzierung der Gewalt in einem Staatensystem der anarchischen Konkurrenz gegenüber. Die Folgen eines Ausbruchs der kasernierten Gewalt sind heute infolge der mit modernen Massenvernichtungswaffen geführten „demokratisierten“ Kriege weitaus gefährlicher und todbringender (bis zum potentiellen Omnidid) als das Aufeinander schlagen „wilder“, „unzivilisierter“ Gruppen, Stämme oder Gesellschaften in prämoderner Zeit.

Es gibt eine eigentümliche Gewalt der Zivilisation, die darüber hinaus (und von Elias vernachlässigt) nicht einfach in der technischen Steigerung oder der Intensivierung unterdrückter Destruktivität aufgeht, sondern in dem liegt, was Jan Philipp Reemtsma - Alexander Mitscherlich aufgreifend - mit der Unterscheidung von (lustvoller) „heißer“ und „kalter“ Grausamkeit zeigt: „Die eine Form der Gewalt ist vorzivilisatorisch. Sie ist der (potentielle) Krieg aller gegen alle. (...) Die andere ist nicht Gewalt im Gefolge des Zusammenbruchs Gewalt monopolisierender Institutionen, sondern Gewalt durch sie: Auschwitz, der Gulag, die Folter in Militärdiktaturen.“ Während der Berserker, der im

Blutrausch Tötende, ein Feind der Zivilisation ist (die Gesellschaft trägt die Kosten entbundener Gewalt noch nachträglich, z.B. durch die Taten und Integrationsschwierigkeiten von Kriegsveteranen), ist der „Grausamkeitsarbeiter“, der KZ-Kommandant, der seiner Familie ein guter spießbürgerlicher Vater ist, mit ihr kompatibel. Hannah Arendts Rede von der Banalität des Bösen meinte ja diesen Eichmann-Typ des Grausamen.

Was z.B. Goldhagen über an Juden begangene Greuel schreibt, könnte als einzigartig gesteigerte Kombination von heißer und kalter Grausamkeit gedeutet werden. Auschwitz war Zusammenbruch und negative Steigerung der Zivilisation zugleich.

Damit wird die Ambivalenz von Zivilisation und Zivilisationsparadigma am grellsten deutlich. Dahinter führt jedoch kein Weg zurück. Die illusionszerstörende und brutale Janusköpfigkeit der Moderne spiegelt sich in ambivalenter Theorie.

Reemtsma (1996: 139) drückt es lapidar aus: „Der Mensch zählt Grausamkeit und Destruktivität zu seinen Fähigkeiten, wie er auch die Musik zu seinen Fähigkeiten zählt - that's it. Er kann, er muß nicht; er muß nicht, er kann.“

Bemerkenswert parallel argumentiert Altwater (1996: 397) bezogen auf den Kapitalismus: „Die 'Erbanlagen' des Kapitalismus enthalten auch den Hang zu Aggressionen. Damit diese aber ausbrechen und Kriege angezettelt werden, müssen bestimmte historische Konstellationen gegeben sein, deren Zustandekommen politisch verhindert werden kann. Wäre dem nicht so, gäbe es keine politischen Chancen der Kriegsverhütung und der Friedenssicherung.“

Die Ambivalenzen sind vollständig. Der Kapitalismus kann Kriege produzieren oder zivilisiert werden. Die Zivilisation kann pazifizieren, regredieren oder kalte Grausamkeit gebären. Damit gibt es nicht nur Ambivalenzen, sondern auch Alternativen. Handeln entscheidet. Wir können, wir müssen nicht, wir müssen nicht, wir können. **spw**

#### Literatur:

- Elmar Altwater: Ist der postmoderne Kapitalismus kriegerisch? In: Frieden durch Zivilisierung? Münster 1996, 396 ff.  
200 Tage und 1 Jahrhundert. Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945, Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Hamburg 1995  
Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation, 2 Bde., Frankfurt/M. 1976  
Frieden durch Zivilisierung? Probleme - Ansätze - Perspektiven, Münster 1996  
Max Miller/Hans-Georg Soeffner (Hg.): Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1996  
Eric Hobsbawm: Barbarei. Ein Leitfadens. Die Rückkehr der Folterer und das Anwachsen der Gewalt, in: Lettre International 27/1994  
Jan Philipp Reemtsma: Zur Dialektik der Zivilisation - Die Wiederkehr der Hobbes'schen Frage, in: Frieden durch Zivilisierung? Münster 1996, 136 ff.  
Dieter Senghaas: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Vogt (Hg.) 1995, 37 ff.  
Jens Siegelberg: Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster/Hamburg 1994  
Wolfgang Sofsky: Traktat über die Gewalt, Frankfurt/M. 1996  
Wolfgang R. Vogt (Hg.): Frieden als Zivilisierungsprojekt - neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 1995  
Michael Wimmer/Christoph Wulf/Bernhard Dieckmann (Hg.): Das zivilisierte Tier. Zur historischen Anthropologie der Gewalt, Frankfurt/M. 1996

- 1 Vielleicht gibt es eine Grausamkeit, die noch zu erfinden wäre: Das Ausschlachten des biotechnologischen Homunkulus, das Züchten von Humanoiden zur Organentnahme.
- 2 Das, was nun zusammenwächst, weil es zusammengehört, das deutsche Staatsvolk, war, kaum 10 Jahre ist es her, in den westöstlichen Militärdoktrinen bereit, sich auf dem Schlachtfeld Mitteleuropas nuklear in der Selbstvernichtung zu vereinigen.



Foto: Christian Kiel, Meerbusch



**W**ieder einmal ein Artikel über Gewalt gegen Frauen. Sind dazu nicht schon alle Statistiken etliche Male aufgelistet worden, diverse Strafrechtsänderungen eingefordert und die finanzielle Not der Frauenhäuser oder Mädchentreffs ausführlich beklagt und beschrieben worden?

Dennoch hat sich grundsätzlich sehr wenig getan. Zwar gibt es dann und wann einen kleinen oder größeren Erfolg zu verzeichnen. Wie auch jetzt mit der längst überfälligen Reform des Vergewaltigungsstrafrecht, bei der nun die Vergewaltigung auch innerhalb einer Ehe strafbar wird. Doch die Debatten um das Widerspruchsrecht der Ehefrau haben wieder einmal gezeigt, wie schmal der Grad zwischen einer juristischen Verbesserung der Situation und völliger Augenwischerei ist. Nur auf großen Einspruch von verschiedenen Feminismus-unverdächtigen Frauenverbänden hin konnte verhindert werden, daß die Frau nach einer angezeigten Vergewaltigung erneut unter den Druck ihres gewalttätigen Ehemanns gerät. In der Regierungsvorlage (zu Beginn von Claudia Nolte unterstützt) war vorgesehen, daß die Frau die Anzeige zurückziehen kann und damit jegliche Strafverfolgung des Delikts unmöglich werden sollte. Eine sehr ungewöhnliche Rechtskonstruktion, die laut ihrer InitiatorInnen den Schutz der Ehe zum Ziel hatte, was offensichtlich wichtiger ist als die körperliche Integrität der Frauen.

### Gewalt als Grundpfeiler der Zivilisation

Aber bei aller Freude über diesen Erfolg, es stellt sich trotzdem die Frage, ob sich nun real etwas an dem Geschehen in Deutschlands Ehebetten verändert. Denn dieser Aufsatz möchte die These belegen, daß es sich bei Vergewaltigungen oder auch sexuellem Mißbrauch nicht um unerklärliche „Ausrutscher“ einzelner Männer handelt, sondern um die Grundstruktur unserer Gesellschaft. Die permanente Gewalt gegen Frauen ist Grundpfeiler unserer Zivilisation. Diese These ist nicht neu, scheint aber bei der medialen Vermarktung einzelner „Monsterr Männer“ völlig in den Hintergrund getreten zu sein. Ziel dieses Textes ist es, den theoretischen Hintergrund von Gewalt gegen Frauen zu beleuchten. Dabei geht es auch um die Verknüpfung von offener und struktureller Gewalt.

Dies soll geleistet werden, indem Kritische Theorie und feministische Ansätze gegenübergestellt werden. In der kritischen Theorie wurde gerade ein 50. Geburtstag gefeiert und so liegt es nahe, die Dialektik der Aufklärung<sup>1</sup> auf diese Fragestellung hin zu untersuchen.

### Dialektik der Aufklärung

Aufklärung gilt Adorno und Horkheimer als geschichtlicher (Denk-) Prozeß. Aufklärung steht für die fortschreitende Organisation des gesellschaftlichen Lebens nach Gesichtspunkten seiner Berechenbarkeit durch die menschliche Rationalität. Sie soll das bisher Unbekannte, Unbegriffene greifbar machen, die Welt „entzaubern“. Doch die Folgen der Aufklärung sind alles andere als positiv. Horkheimer und Adorno sind der Meinung, daß sich Aufklärung in der Gegenwart zu einem totalen Betrug der Massen umwandelt. So kommen sie zu ihren zentralen Thesen: Schon der Mythos ist Aufklärung und die Aufklärung schlägt in Mythologie zurück. Gerade letzteres wird klarer, wenn ein anderer Gesichtspunkt hinzugenommen wird: In der DdA findet sich das Modell der dialektischen Verschränkung von Subjektivität und Selbstdestruktion. Die Grundannahme der beiden Autoren lautet: Der Fortschritt menschlicher Selbstbehauptung

# Gewalt gegen Frauen – die Perspektive des weiblichen Körpers

von Kristina Augst\*

Produziert durch immer aufgeklärtere Formen der Herrschaft über die sowohl innere wie auch äußere Natur zugleich einen Fortschritt menschlicher Selbstverleugnung und Selbstverstümmelung durch diese Herrschaftsformen. „Was die Menschen von der Natur lernen wollen ist, sie anzuwenden, um sie und die Menschen vollends zu beherrschen. (...) Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur um so tiefer in den Naturzwang hinein.“ (DdA, S. 26 und 35)

Das eigentliche Motiv, was den Menschen bewegt, sein Handeln dieser Dialektik entsprechend einzurichten, ist sein Wille zur totalen Herrschaft über die Natur. Da der Mensch aber Naturwesen und nicht bloß Produkt einer Zivilisation oder nur Geistwesen ist, wird das Schicksal der Natur (nämlich beherrscht zu werden) zu seinem eigenen. Dieser Prozeß läßt sich - stark gerafft - wie folgt skizzieren: Die Selbsterhaltung des Menschen ist gleich mit der Emanzipation des Subjekts von der Natur. Der Mensch will sich von den Mächten der Natur befreien, indem er die Herrschaft über die Natur anstrebt. Die Herrschaft über die Natur wird durch die Produktivkräfte geleistet. Schließlich richten sich die von den Menschen hervorgebrachten Ordnungen und Mechanismen gegen die Menschen selber. Die von den Menschen geschaffene, aufgeklärte „rationale“ Gesellschaft wird dem Menschen zur unbeherrschbaren Natur, der er ausgeliefert ist.

Da sich der menschliche Wille zu Herrschaft über die Natur sowohl auf die äußere (also den Menschen umgebende) wie auch die innere Natur bezieht, richtet sich dieses Streben auch gegen den Menschen selber. „Nicht bloß mit der Entfremdung der Menschen von den beherrschten Objekten wird für die Herrschaft bezahlt: mit der Versachlichung des Geistes wurden die Beziehungen der Menschen selber verhext, auch die jedes einzelnen zu sich.“ (DdA S., 50f.) Oder um es noch einmal im Duktus der DdA zu formulieren: „Das von der Zivilisation vollends erfaßte Selbst löst sich auf in ein Element jener Unmenschlichkeit, der Zivilisation von Anbeginn zu entrichten trachtete.“ (DdA, S. 53f.)

Was Horkheimer und Adorno leider nur ansatzweise und nicht ausreichend betrachten, ist, daß dieser Wille zur Naturbeherrschung für Frauen und Männer ganz unterschiedliche Konsequenzen hat. Die unterschiedlichen Funktionen, die Männer und Frauen in den westlichen Gesellschaften haben, führen auch zu unterschiedlichen Positionen in diesem oben beschriebenen Prozeß.

Die Rollenaufteilung zwischen Männern und Frauen beschreiben Adorno und Horkheimer so: „Der Mann

\* Kristina Augst, Marburg, Theologin, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, Arbeitsgebiet: Frauenpolitik

muß hinaus ins feindliche Leben, muß wirken und streben. Die Frau ist nicht Subjekt. Sie produziert nicht, sondern pflegt die Produzierenden, ein lebendiges Denkmal längst entschwundener Zeiten der geschlossenen Hauswirtschaft. Ihr war die vom Mann erzwungene Arbeitsteilung wenig günstig. Sie wurde zur Verkörperung der biologischen Funktion, zum Bild der Natur, in deren Unterdrückung der Ruhmestitel dieser Zivilisation bestand. (...) Wo Beherrschung der

In der Unterdrückung der Frau wird zugleich die menschliche Körperlichkeit bekämpft und unterdrückt. Das Streben nach der totalen Herrschaft über die Natur führt zum Streben nach der Herrschaft über die Frau.

Natur das wahre Ziel ist, bleibt biologische Unterlegenheit das Stigma schlechthin, die von der Natur geprägte Schwäche zur Gewalttat herausforderndes Mal." (DdA, S. 280, Hervorh. d. d. Verf.)

#### Die Frau als Projektionsfläche der unterdrückten Natur

Einmal abgesehen von der behaupteten biologischen Unterlegenheit der Frau enthält dieser Abschnitt sehr viel bedenkenswertes und wahres. Die Frau repräsentiert in der westlichen Kultur die Natur, die Leiblichkeit und Triebhaftigkeit des Menschen, während der Mann mit Verstand, Kultur, Geist und Zivilisation gleichgesetzt wurde. Die Frau wird - wie Adorno/Horkheimer formulieren - zum Bild der Natur. Sie steht für die Natur. In der Unterdrückung der Frau wird zugleich die menschliche Körperlichkeit bekämpft und unterdrückt. Das Streben nach der totalen Herrschaft über die Natur führt zum Streben nach der Herrschaft über die Frau.

Und dies geht noch einen Schritt weiter. Indem der Mann seine eigene Leiblichkeit verleugnet und zu einem rein rationalen Geistwesen mutiert und der Frau die Aufgabe der Körperlichkeit, Sexualität, Triebhaftigkeit (in der christlichen Theologie damit gleichbedeutend die Sünde) zuweist, bekämpft er in der Frau seine eigene Natur. Die Frau gilt als Verführerin, der der Mann in einer „schwachen“ Stunde unterliegt. Das traditionelle „Sie hat es ja gewollt und mich verführt!“ der Vergewaltiger zeigt genau diese Verschiebung an. Der Mann projiziert seine „Lust“ und Gefühle auf die Frau, sie wird zur Trägerin der körperlichen Triebe, die ihn dann „übermannen“. Gleichzeitig geht es um einen Akt der Beherrschung der Natur.

Indem Frauen die Natur zugewiesen wird, kann der Mann sich - wenn er die Frau bewußt oder unbewußt offen oder implizit bekämpft oder abwertet - sich selbst ganz der Geist-Seite zurechnen. Der Geist ist der Natur überlegen, je weniger „körperlich“ oder „emotional“ man ist, desto geistiger, vernünftiger, rationaler kann man sein. Daher ist es auch gar kein Widerspruch, daß Topmanager oder Wissenschaftler im Angesicht einer zu wechselnden Windel kapitulieren, sondern dies entspricht einer tieferen Logik. Je weniger der Mensch mit seiner eigenen Natürlichkeit/Körperlichkeit/Reproduktion zu tun hat, desto besser kann er die Natur/seine Umwelt/sich selber (gedanklich) beherrschen.

Dies alles bedeutet, daß diese Aufteilung natürlich für Männer nicht folgenlos bleibt. Auch sie tun sich Gewalt an, indem sie ihre Körperlichkeit/Gefühle/Triebe verleugnen bzw. auf die Frau projizieren. Dies wiederum heißt nicht, daß Frauen und Männer in der gleichen Situation sind. Frauen werden doppelt unterdrückt. Zum einen unterliegen sie (wie Männer auch) einer Beschränkung auf nur einen Bereich der menschlichen Existenz, zum anderen wird in ihnen die Natur insgesamt bekämpft, während der von den Männern repräsentierte Bereich aufgewertet wird.

Um den bisherigen Gedanken noch einmal zusammen zu fassen: Daß die Aufklärung vorantreibende Motiv, ist der Wille der Menschen/Männer zur Beherrschung der Natur. Da der Mensch aber selber Teil der Natur ist, bleibt dies auch für sein Selbstverhältnis nicht folgenlos. Um diesen Konflikt zu lösen, werden die Frauen mit der Natur gleichgesetzt, die menschliche Körperlichkeit insgesamt abgewertet und bekämpft. Die Frau wird bekämpft, weil sie genau für diese Körperlichkeit steht. Die Reduktion der Frau auf ihren Körper ist zugleich Anlaß als auch Ziel der Unterdrückung.

Mit diesen Bemerkungen soll der Bereich der kritischen Theorie fürs erste verlassen werden und feministische Ansätze zu Rate gezogen werden. Aus dem bisher gesagten ergibt sich, daß der Körper der Frau ein strategisch entscheidender Kampfplatz unseres gesellschaftlichen Systems ist. Aber schon bei der Frage, ob daher der (weibliche) Körper in den Blickpunkt der Analysen gerückt werden soll, unterscheiden sich die feministischen Geister. Meines Erachtens ist die Körperlichkeit des Menschen (nicht nur der Frau) ein bisher in der gesamten Wissenschaft und Politik völlig unterbewertetes Faktum.

In der feministischen Bewegung galt dem weiblichen Körper immer schon ein besonderes Augenmerk („Mein Bauch gehört mir!“), aber wie gesagt, die Bewertung der Leiblichkeit und deren strategischer Stellenwert war umstritten.

#### Die Perspektive des weiblichen Körpers

Die Verbindung oder Gleichung von Frau und Natur und Mann und Geist ist in der feministischen Theorie altbekannt und schon in so ziemlich jedem wichtigen Werk westlicher Denker nachgewiesen worden. Daher will ich auf diesen Zusammenhang nicht noch einmal eingehen. Hier soll vielmehr die Frage von Gewalt gegen Frauen aus der Perspektive des weiblichen Körpers beleuchtet werden. (Kleine Bemerkung am Rande: Ich halte es für alles anderes als zufällig, daß die meisten feministischen Ansätze beim Subjekt einsetzen und weniger bei der Makroebene. Vielleicht verbirgt sich dahinter die Tatsache, daß Frauen jahrhundertlang jeder Subjekt-Status aberkannt wurde.)



Foto: Christian Kiel, Meerbusch

Wo auch immer in der feministischen Theorie über den weiblichen Körper geredet oder geschrieben wird, geht es sehr schnell auch um Gewalterfahrungen von Frauen bzw. die Unterdrückungszusammenhänge, in denen Frauen leben. „Mit anderen Worten: Es wird beschrieben, wie es kommt, daß ganz normale Frauen mit ihren ganz normalen Körpern gravierende Probleme haben.“<sup>2</sup>

Gabriele Freytag vertritt in ihrem Aufsatz die These, daß es Parallelen zwischen der kollektiven Unterdrückungsgeschichte von Frauen und unserem individuellen Verhältnis zu unseren Körpern gibt. „Wir tragen die Spuren dieser Geschichte an unserem Leib. (...) Vieles deutet darauf hin, daß wir letztendlich nicht besser dran sind als unsere Mütter, Großmütter und Urgroßmütter, daß vielmehr der Körper der Frau in den westlichen Industrienationen am Ende dieses Jahrtausends zu einem entscheidenden Kampfplatz geworden ist, auf dem das zunehmende weibliche Selbstbewußtsein zurückgeschlagen werden soll: Schlankheits- und Jugendlichkeitswahn, die Expansion der sog. Schönheitschirurgie sowie Pornographie und Pornographisierung des Alltags sind Motor und Ausdruck dieser Entwicklung. Damit diese Strategien wirksam sind, muß der weibliche Körper für die Frauen zu einem Ort der Selbstunterdrückung werden. Frauen lernen, ihren realen Körper abzulehnen, besonders das, was an ihm weiblich ist. Sie sollen sich und ihresgleichen niemals liebevoll annehmen, sondern konkurrieren und verwundbar sein.“ (S. 73)

Die Unterdrückung der Frau geschieht über/durch die Unterdrückung ihres Körpers. An diesem Prozeß sind Frauen aktiv beteiligt. Die Abwertung des weiblichen Körpers geschieht nicht nur durch Männer, sie wird auch von Frauen vollzogen, sei es am eigenen Leib oder in Konkurrenz zu anderen Frauen. Wie bei Horkheimer und Adorno gezeigt ist die Unterdrückung der Frauen Wesensmerkmal unserer gesamten Gesellschaft. Dies bedeutet: Nicht nur Männer, auch Frauen haben einen tiefen Frauenhaß in sich, den sie gegen sich und ihren Körper richten. Dies ist m. E. die perfideste Form von Gewalt gegen Frauen, die Aggressionen, die Frauen und Mädchen gegen sich selber ausüben. (Leider ist gerade diese Form ausgesprochen verbreitet.) Dies kann von dem Nicht-Wahrnehmen der eigenen Bedürfnisse, über die zügige Diät, bis hin zu Freß- oder Magersucht reichen. Und bedauerlicherweise schützt selbst ein sonst vorhandenes feministisches Bewußtsein nicht vor dem internalisierten Frauenhaß.

### Körperkonzepte von Frauen

Die gesellschaftliche Situation, in der Mädchen und Frauen leben, führt zu zwei unterschiedlichen Körperkonzepten bei Frauen. (Diese führen dann noch zu ganz unterschiedlichen Typenbildungen, der Einfachheit halber sei aber hier nur auf die Grundunterscheidung hingewiesen.)<sup>3</sup>

In dem ersten Körperkonzept ist der eigene Körper ein Instrument, das dem Menschen seine materielle Basis bietet und „funktionieren“ soll. Der Körper hat keinen besonderen Eigenwert, sondern das, was frau mit ihm erleben und erreichen kann, steht im Vordergrund. Der weibliche Zyklus wird oftmals als Hemmnis erlebt, medizinische „Körpertechnologien“ werden verwendet, um die Zwänge der Natur zu überwinden.

Das zweite Körperverständnis versteht nun den eigenen Körper als Ort der wahren und eigentlichen Gefühle und Bedürfnisse und die Gesellschaft als Ort des Zwangs. Hier wird ein „sich anvertrauen an die natürlichen Abläu-

fe“ wie Menstruation angestrebt. Hier wird gesehen, daß das Patriarchat auch unter die Haut geht, und Frauen versuchen sich auf ihren Körper und ihre (oftmals als unverfälscht gedachten) Empfindungen zurückzuziehen.

Einmal wird der Körper als Ort des Zwangs und die Gesellschaft/das Außen als Ort des möglichen Freiheitszugewinns betrachtet und das zweite Mal genau umgekehrt. Die beiden Positionen lassen sich gut anhand eines Beispiels - der Empfängnisverhütung mittels der Pille - verdeutlichen. Während die eine Frau sich durch die Einnahme endlich frei und unabhängig fühlt und ihre Sexualität dadurch sorglos zu genießen meint, lehnt die andere Frau die Pille als chemisch-technischen Eingriff in ihren Körper ab und sieht damit nur ihre sexuelle Verfügbarkeit komplettiert.

Ich denke, daß beide Körperkonzepte durch die Gewalterfahrungen von Frauen geprägt und geformt sind. Dies macht ein erneuter Blick auf die Argumentation der DdA deutlich. Die Abwertung der Natur und der Versuch ihrer Beherrschung ist das grundlegende Motiv unserer Gesellschaft und führt schlußendlich auch zu einem gestörten Verhältnis der Menschen zu sich selber. Ein rein technisches Verständnis des menschlichen Körpers wiederholt daher nur die in unserer Gesellschaft zugrunde gelegte Abwertung und Ablehnung alles Körperlichen. Auf der anderen Seite ist auch der Körper kein herrschaftsfreier Raum und auch die menschlichen Gefühle sind durch das Unterdrückungsverhältnis deformiert.

Daher macht es meiner Meinung nach keinen Sinn Geist und Körper (oder Zivilisation und Natur) gegen einander auszuspielen. Nur ein wahrhaft dialektisches Miteinander kann zu befreienden Handlungsstrategien führen.

Für den politischen Raum heißt dies: Da hier bisher alles Körperliche so gut wie gar nicht existent war, gibt es einen großen Nachholbedarf in Sachen Wahrnehmung der eigenen Körperlichkeit. Dies heißt zum Beispiel begreifen, daß auch viele (feministische) Frauen ein un gutes Verhältnis zu ihrem eigenen Körper haben. Die richtige politische „Haltung“ zieht nicht automatisch ein verändertes Handeln nach sich. Dieses muß erst eingeübt werden.

Es tut mir leid, daß ich in diesem Aufsatz wenig über mögliche Veränderungsperspektiven und politische Forderungen schreiben konnte. Mir war es wichtiger noch einmal die tiefe Verstrickung unserer Kultur und der Gewalt gegen Frauen auf allen Ebenen aufzuzeigen. Dies schließt ein deformiertes Verhältnis der Frauen zu ihren eigenen Körpern ein. Unsere Gesellschaft baut auf der Abwertung der Natur/der Frauen auf.

Das Patriarchat reicht bis unter die Haut - Frauen wie Männern.

spw

Nicht nur Männer, auch Frauen haben einen tiefen Frauenhaß in sich, den sie gegen sich und ihren Körper richten. Dies ist die perfideste Form von Gewalt gegen Frauen, die Aggressionen, die Frauen und Mädchen gegen sich selber ausüben.

- 1 Die Seitenangaben und Zitate beziehen sich auf folgende Ausgabe: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften Bd. 5: Dialektik der Aufklärung und Schriften 1940-1950, Frankfurt am Main 1987.
- 2 Gabriele Freytag, Der weibliche Körper, in: Helga Bilden (Hg.), Das Frauentherapie Handbuch, 1992, S. 72-79, hier S. 72.
- 3 Vgl. hierzu: Cornelia Helfferich, Die Austreibung des „Patriarchats unter der Haut“. Feministische Körperkonzepte und Aneignungsstrategien, in: Margit Brückner u.a. (Hg.), Die sichtbare Frau, Freiburg 1994, S. 118-148. Helfferich differenziert in mehrere Körpertypen, doch hinter diesen steht das oben beschriebene Modell. Auch das Beispiel weiter unten stammt von ihr.

# Allgemeine Wehrpflicht und Gewaltsozialisation

von Ingo Siebert und Holger Thärichen\*

## Ende der Wehrpflichtarmeen

Das Zeitalter der Wehrpflichtarmeen neigt sich in Europa dem Ende entgegen. 200 Jahre nach der "levée en masse" 1793, mit der die Epoche der auf der Wehrpflicht beruhenden Massenheere eingeleitet wurde, hat die Französische Nationalversammlung 1997 die Aufgabe des Prinzips der Allgemeinen Wehrpflicht beschlossen. Bereits 1994 hatte Belgien die Wehrpflicht abgeschafft, die Niederlande folgten zwei Jahre später. In Spanien, Portugal und Rußland ist die Aufgabe der Wehrpflicht zur Jahrtausendwende geplant. In Deutschland ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis sich dieser europäische Trend auch hierzulande durchsetzt - und sei es aus finanziellen Gründen.

Die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht ist aus unterschiedlichen Gründen längst überfällig. Die Wehrpflicht stellt einen staatlichen Zwangsdienst dar, für den es keinerlei Rechtfertigung mehr gibt. Zudem kann die von der Verfassung verlangte Wehrgerechtigkeit nicht mehr garantiert werden. Dienten in den beiden deutschen Armeen 1989 zusammengenommen noch rund 315.000 Wehrpflichtige, so werden in der auf 340.000

Der Disziplinierung und patriarchalen Zurichtung des männlichen Bevölkerungsteils durch die Sozialisationsinstanz Militär sind die entwickelten Ansprüche von Jugendlichen an ein selbstbestimmtes und sinnhaftes Leben entgegenzustellen.

reduzierten gesamtdeutschen Bundeswehr nur noch etwa 135.000 Wehrpflichtige benötigt. Da jedoch um das Jahr 2000 rund 420.000 Wehrpflichtige pro Jahrgang zur Verfügung stehen, kann faktisch nur noch ein Drittel eines Jahrgangs Wehrdienst leisten. Von einer *Allgemeinen* Wehrpflicht kann also keine Rede mehr sein. Bei Be-

behaltung der Wehrpflicht sind weitere Abrüstungsschritte kaum durchsetzbar, da mit jeder weiteren Personalreduzierung das Problem fehlender Wehrgerechtigkeit verschärft würde.

Es geht bei der Aufgabe der Wehrpflicht jedoch auch darum, die Militarisierung der Gesellschaft an einem zentralen Punkt zurückzunehmen. Der Disziplinierung und patriarchalen Zurichtung des männlichen Bevölkerungsteils durch die Sozialisationsinstanz Militär sind die entwickelten Ansprüche von Jugendlichen an ein selbstbestimmtes und sinnhaftes Leben entgegenzustellen. Gewaltsozialisation und Männlichkeitskonstruktion sind wesentliche Elemente militärischer Zurichtung, die in der eingeübten Bereitschaft zur Verletzung des Tötungs-Tabus kulminiert; denn: "Letztlich kommt es darauf an, den Soldaten die Hemmung vor dem Töten zu nehmen" (so Oberleutnant Goelz bei einem Bundeswehrmanöver, FOCUS 38/1996, S. 116).

Im folgenden wollen wir Gründe für die Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen und die Folgen des Wehrdienstes für den Sozialisationsprozeß von Jugendlichen darstellen.

Die Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen ist dabei zunächst ein Produkt der vom Militär angebotenen Möglichkeit, im zivilen Leben unerfüllt gebliebene Wünsche wie zum Beispiel sinnliche körperliche Erfahrungen, Abenteuer und „Solidarität“ zu kompensieren. Erwartet wird vom Militär eine Art Gegenwelt zu den Erfahrungen der Entfremdung, Vereinzelung und fehlenden Selbstentfaltung. Die Langeweile und die Ohnmachtsgefühle im zivilen Alltag sollen durch als abenteuerlich und spannend erwartete Manöver abgelöst werden. Wehrdienstbereitschaft ist ein „Resultat eines Identitätsbildungsprozesses, den die Individuen als schmerzhaft, als Machtverlust, als Vereinzelung, als unbefriedigende Behinderung ihrer Entfaltungschancen erleben“ (Birkenbach 1987).

Der Wehrdienst als Kompensationsort bietet sich vor allem deshalb an, weil er einen „Schutz“ oder anders ausgedrückt eine zeitweise „Befreiung“ von den Zwängen des zivilen Lebens bietet. Er unterbricht die zivile Biographie der Jugendlichen und stellt sie unter den „Schutz“ des Militärs. Den Preis, den die Jugendlichen zahlen müssen, ist allerdings der Verstoß gegen das Gewaltverbot der zivilen Gesellschaft und gegen die eigene zivile Orientierung. Entscheidend für die Gesellschaft ist, daß die kompensierten Wünsche und Gefühlslagen in überwachbare Bahnen gelenkt werden. Damit werden die vorhandenen Protest- und Widerstandspotentiale, die gegebenenfalls die herrschende gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen könnten, neutralisiert. Die Frage, die sich hier anschließt, ist: Welchen Einfluß hat die Wehrpflicht auf die Identität und die Bewußtseinsbildung der jungen Männer?

## Die Wehrpflicht behindert die Entwicklung zu einer selbstbestimmten und selbstbewußten Persönlichkeit

Für das Militär spielen die genannten Wünsche und Gefühlslagen allenfalls für die Werbung eine Rolle. In Zeitungsanzeigen versucht die Bundeswehr, mit den Ansätzen „Abenteuer“ und „Technik“ Wehrpflichtige zu werben. Die Bundeswehr ist für die Entwicklung einer starken und ausgewogenen Ich-Identität der Jugendlichen der denkbar ungeeignetste Ort. Die Struktur der Institution Militär erfüllt nicht die Kriterien, die zur Herausbildung einer starken Ich-Identität notwendig sind wie z.B. demokratische Strukturen, Freiwilligkeit, Selbstbestimmung etc. Vielmehr ist das Militär das genaue Gegenteil.

Die Jugendlichen werden aus den gewohnten sozialen Zusammenhängen gerissen, um für ca. ein Jahr, in einer für die soziale Entwicklung hoch sensiblen Phase ihrer Sozialisation, einer Institution anzugehören, die alle Lebensbereiche des Jugendlichen erfaßt. Diese Lebenswelt ist geprägt von klaren Hierarchien, Isolierung, Kontrolle, Gehorsam, Unterwerfung und Ritualisierungen, und wird deshalb als „totale Institution“ bezeichnet. Diese Strukturen entmündigen den Jugendlichen, der in seiner bisherigen Entwicklung dazu angeleitet wurde, sich möglichst eigenverantwortlich zu verhalten. Sie wirken regressiv. Das Militär ist von einer unüberschaubaren Zahl von Normen und Verordnungen durchdrungen. Gerade am Anfang der Militärausbildung wird dem Jugendlichen deren Zweckmäßigkeit oft verborgen bleiben. Darüberhinaus führen Befehl und Drill zu einem Abbau der

\* Ingo Siebert, Student der Sozialwissenschaften, Juso-Landesverband Berlin; Holger Thärichen, Rechtsreferendar, Juso-Landesverband Berlin

Ich-Funktion, d. h. dem Jugendlichen ist quasi das Werkzeug zur Realitätsprüfung genommen. Die Verantwortlichkeit für das Handeln des einzelnen Soldaten ist zum Befehlshaber delegiert. Gelingt die Durchsetzung militärischer Ordnungen einmal nicht, so kann auf ein weitgefächertes Repressionsinstrumentarium zurückgegriffen werden, vor allem auf die Angst als Disziplinierungsmittel.

Das Erziehungsziel im Militär heißt Selbstüberwindung und Übernehmen der militärischen Tugenden der Selbstunterdrückung von Gefühlen, Bedürfnissen etc. Mit dem Freud'schen Instanzenmodell kann die militärische Ausbildung so erklärt werden (hier nur in Kurzform, siehe Hoffmann in Vogt (Hrsg.) "Militär als Lebenswelt" 1987):

Infolge eines rigiden Regelsystems, dem Prinzip von Befehl und Gehorsam, der Hierarchie etc., kommt es zu einer starken Ausbildung des „Über-Ich“, der Instanz, die gegebene Normen, Werte und Regeln vermittelt. Gleichzeitig wird durch die Verdrängung von Trieben, Wünschen, Gefühlen die Es-Instanz unterdrückt. Damit verbunden ist die Schwächung der Ich-Instanz, die eigentlich zwischen dem Über-Ich und dem Es vermitteln sollte. Für das Militär ist diese Tatsache allerdings auch ein Problem, denn mit der Unterdrückung der Es-Instanz fehlt es bei vielen Wehrpflichtigen an Antriebskräften und Motivation. Zum anderen werden die unterdrückten Potentiale zu großen Teilen in aggressivem Verhalten kompensiert. Dieses kann sich zum Beispiel gegen die eigenen Kameraden, Unterlegene, Fremde, Frauen und Minderheiten richten. Dieses aggressive Verhalten korrespondiert mit den Inhalten, die durch die Ausbildung im Militärdienst vermittelt werden.

#### **Mit der Wehrpflicht wird ein patriarchalisches Männerbild vermittelt**

Der einzelne junge Mann wird beim Eintritt in die Lebenswelt des Militärs uniformiert und damit nicht nur symbolisch entindividualisiert. Er befindet sich zum ersten Mal in einer Welt nur von Männern, in der er sich nur durch körperliche Merkmale von den anderen Soldaten unterscheidet. Der Jugendliche findet sich in einer ungewohnt intimen und entprivatisierten Welt wieder. Hier werden homosexuelle Wünsche aktiviert, aber natürlich massiv tabuisiert und unterdrückt. „Als Ziel gilt die 'Korrektur' androgyner und femininer 'Fehl'-Entwicklungen in Richtung auf die traditionelle Geschlechterrolle...“ (Haubel in Vogt (Hg.) "Militär als Lebenswelt" 1987). Gleichzeitig leiden die jungen Rekruten zum Teil an einer „Verweiblichungsangst“, weil sie gezwungen sind, ständig Tätigkeiten auszuüben, die im traditionellen Rollenverständnis feminin codiert sind. Gerade diese Tätigkeiten werden im militärischen Alltag überstrapaziert. Als Beispiel seien die zwanghaften Sauberkeits- und Ordnungsnormen genannt. „In diesem Prozeß erscheinen die militärischen Vorgesetzten als sichtbare Inkarnation ungebrochener (väterlicher) Männlichkeit“ (Haubel 1987). Dies ist der Anfang einer Identifikation mit dem Aggressor (Vorgesetzten), die dem jungen Soldaten Angst und Repression erspart. Der „Staatsbürger in Uniform“ ist auf eine Kurzformel gebracht nichts anderes als ein „Über-Ich in Uniform“.

Natürlich vollziehen sich diese Entwicklungen nicht bruchlos oder unwidersprochen. So kann es z.B. durch Wochenendurlaub zu Grenzerfahrungen kommen. Auch kommt es darauf an, wie die Sozialisation bisher im zivi-

len Leben verlaufen ist, wie ein Wehrdienstleistender auf die militärische Lebenswelt reagiert. Zusammengefaßt kann die Wehrpflicht als „Schule der Nation“ für den Mann bezeichnet werden, deren Zweck die Anpassung und die Eingliederung in die patriarchalen Strukturen ist. Durch die beschriebenen Prozesse wird ein politisches Bild vermittelt und psychisch verankert, daß die traditionellen Rollenzuweisungen von Männern und Frauen manifestiert. Die Wehrpflichtigen sollen sich im Militär einen Standpunkt aneignen, wie Herrschaft „männlich“ ertragbar wird.

Diese patriarchalische Rollenzuweisung wird zu einem Zeitpunkt vermittelt, zu dem Jugendliche ihre Geschlechteridentität noch sehr unzureichend ausgebildet haben. Durch spezielle Männlichkeitsangebote (Kameradschaft, Technikfaszination etc.) in Verbindung mit dem Gewaltmonopol werden die patriarchalischen Strukturen weiter aufrechterhalten.

Deutlich werden die vorgestellten Strukturen vor allem in der Soldatensprache. Diese Sprache ist eine Mischung aus „frauenfeindlicher Sexualisierung und Selbstentwertung“ (Haubel). In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der Zivildienst als Angriff auf das Männlichkeitsbild verstanden werden kann. Üben doch die „Zivis“ alle Tätigkeiten aus, die als weiblich bezeichnet werden.

#### **Wehrpflichtige und internationale Bundeswehreinätze**

Aktuell wird die Bundeswehr in Hauptverteidigungsstreitkräfte und in Krisenreaktionskräfte aufgeteilt, wobei die letztgenannten 50.000 Soldaten umfassen werden. Hier zeichnet sich die Entstehung einer „Zweiklassenarmee“ ab. Denn während sich die Krisenreaktionskräfte zu 80 Prozent aus gut ausgebildeten und ausgerüsteten Berufs- und Zeitsoldaten zusammensetzen werden, werden die Hauptverteidigungsverbände vornehmlich aus Wehrpflichtigen gebildet. Reguläre Wehrpflichtige werden an den Krisenreaktionskräften nicht beteiligt sein. Vielmehr handelt es sich um freiwillig längerdienende Wehrpflichtige, die zusätzlich bezahlt werden und insofern einen Zwischenstatus zwischen Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten einnehmen.

Da in den Krisenreaktionskräften nur 10.000 Dienstposten für Wehrpflichtige zur Verfügung stehen und ein gestaffeltes Befragungsverfahren dem Einsatz in den KRK vorausgeht, liegt es auf der Hand, daß sich hier insbesondere solche Wehrdienstleistenden zur Verfügung stellen, die eine besondere Affinität zu militärischer Gewaltausübung aufweisen. Nach einer Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage vom 21.8.1996 erklären knapp 10% der befragten Wehrpflichtigen vor Dienstantritt ihre Bereitschaft zur Teilnahme an besonderen Auslandsverwendungen. Hier findet eine "negative Auslese" gerade solcher Jugendlicher statt, die im Zuge der einsatzbezogenen Ausbildung ihre Gewaltphantasien ausleben und insofern das Militär als Freiraum von zivilen Konventionen nutzen können. Es ist daher auch kein Wunder, daß z.B. an dem fremdenfeindlichen Anschlag in Detmold im März 1997 Wehrpflichtige beteiligt waren, die sich für den SFOR-Einsatz der Bundeswehr gemeldet hatten. Entgegen den allge-

Gewaltsozialisation und Männlichkeitskonstruktion sind wesentliche Elemente militärischer Zurichtung, die in der eingeübten Bereitschaft zur Verletzung des Tötungs-Tabus kulminiert.

meinen Vorstellungen dürften gerade in den KRK-Kontingenten eher die Wehrpflichtigen als die Berufs- und Zeitsoldaten das demokratiefeindliche und rassistische Potential darstellen. Die verzweifelte Suche von Bundesverteidigungsministerium und Bundeswehrführung nach entsprechenden Einstellungsbarrieren verweist auf die eigentümliche Disfunktionalität, die die Eigendynamik militärischer Handlungsweisen für eine sich als "friedensbewahrend" profilierende Außenpolitik erlangen kann.

spw

## Literatur

- Bald, Detlef: Sechs Legenden über Wehrpflicht und Demokratie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1997, S. 731 ff.  
 Birkenbach, Hanne-Margret: „Mit schlechtem Gewissen - Wehrdienstbereitschaft bei Jugendlichen“, Baden-Baden: 1987.  
 Opel, Manfred: Höchste Zeit für eine grundlegende Reform, in: Das Parlament Nr. 36-37, 1/8.9.1995.  
 Opitz, Eckardt/Rödiger, Frank S. (Hrsg.): „Allgemeine Wehrpflicht, Geschichte - Probleme - Perspektiven, Bremen 1995.“  
 SPD-Bundestagsfraktion: "Wehrpflicht - oder was sonst?", Sachverständigenanhörung durch die SPD-Bundestagsfraktion am 13.5.1993, Dokumentation.  
 Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): „Militär als Lebenswelt“, Opladen 1987.

# Sicherheitspolitik und die Stärke des Rechts

Von der Jahrhundertchance zur verpaßten Chance?

von Dieter S. Lutz\*

*„Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlußakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“*

*Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntlang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder...*

*Das nun ungeteilte und freie Europa fordert einen Neubeginn. Wir rufen unsere Völker dazu auf, sich diesem großen Vorhaben anzuschließen“.*

*„Charta von Paris“, Erklärung der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten vom 21. November 1990 in Paris<sup>1</sup>*

## Die (verpaßte) Jahrhundertchance

In den Jahren nach 1989/90 bestand die Jahrhundertchance, eine stabile und dauerhafte Friedens- und Sicherheitsordnung in und für Europa zu schaffen. Gemeint ist ein regionales System Kollektiver Sicherheit, wie es Kapitel VIII der UN-Charta, aber auch Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vorsieht. Diese Chance wurde (bislang) nicht genutzt. Die Euphorie der Pariser Charta von 1990 fand keine Umsetzung in die Realität.

Auch nach dem Ende des Abschreckungssystems und nach der Auflösung des Warschauer Paktes sind für Europa so wichtige Staaten wie insbesondere Großbritannien und die USA weit davon entfernt, Souveränitätsabstriche zugunsten einer effektiven und funktionierenden Sicherheitsordnung hinzunehmen. „Jugoslawien“ ist eine der Folgen, nicht die Ursache dieser Realität.

1990 noch haben die damaligen Außenminister Eduard Schewardnadse und Jiri Dienstbier vorgeschlagen, die KSZE zu einem System kollektiver Sicherheit auszubauen.

Die Eigendynamik der Tagespolitik und die Selbsterhaltungskraft insbesondere der militärischen Bürokratien, Apparate und Organisationen des Westens waren stärker. Flankiert wurden sie - und mag es noch so zynisch klingen - durch das barbarische Morden im vormaligen Jugoslawien. Dieses beendete sowohl die Phase der Suche nach neuen Funktionen für die NATO nach der Auflösung des Warschauer Paktes als auch die „Weinerlichkeit“ der orientierungslosen deutschen Bundeswehr nach dem „Verlust des Feindes“ im Osten. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina dagegen fand erst ein Ende, als die Kriegstreiber ihre Kriegsziele mehr oder weniger erreicht hatten.

Heute, nur wenige Jahre nach der Pariser Charta, steht auf der sicherheitspolitischen Tagesordnung - gleichwohl oder je nach Perspektive: gerade deshalb - die Fortführung der NATO. Mehr noch: Angeführt wird die Tagesordnung in Ost und West von den Versprechungen und Erwartungen der NATO-Osterweiterung (amerikanisch; NATO-Expansion).

Gemessen an der Jahrhundertchance nach dem Epochenbruch von 1989/90 ist die Fortführung der NATO ein grundlegender Fehler. Diese Feststellung muß umso mehr für die Ausweitung der NATO nach Osten gelten. Militärbündnisse wie die Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) oder die Westeuropäische Union (WEU) umschließen - mit oder ohne Osterweiterung - immer nur einen Teil des europäischen Kontinents. Sie führen die Spaltung Europas in sichere und unsichere, stabile und instabile Zonen fort. Konflikte außerhalb ihrer Grenzen können sie nicht präventiv bearbeiten, wie das Beispiel des vormaligen Jugoslawien zeigt. Aber selbst Probleme zwischen den Partnern sind von Militärbündnissen kaum in den Griff zu bekommen, wie der jüngste Ägäis-Konflikt zwischen Türkei und Griechenland oder der seit Jahrzehnten fortdauernde Zypern-Konflikt illustrieren. Militärbündnisse sind dafür weder geschaffen noch ausgelegt. Darüber hinaus sind sie selbst ein latenter Faktor für Isolierungs- oder gar Bedrohungswahrnehmungen der von der Mitgliedschaft ausgeschlossenen Staaten. Gegen-Bündnisse, Rüstungseskalationen und Abschreckungsdenken können die Folge sein.

George F. Kennan, ehemaliger US-Diplomat und vormaliger Inspirator der amerikanischen „Eindämmungspolitik“, schreibt hierzu in der „International Herald Tribune“ vom 6. Februar 1997 bzw. in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 14. Februar 1997: „Die Ausweitung der NATO wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg. Solch eine Entscheidung, so steht zu erwarten, wird die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der öffentlichen Meinung Rußlands anheizen; sie wird sich nachteilig auf die Entwicklung der russischen Demokratie

\* Dieter S. Lutz, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

auswirken; sie wird in den Ost-West-Beziehungen die Atmosphäre des Kalten Krieges wiederbeleben."<sup>2</sup>

Ist es also wirklich so erstaunlich, wenn russische Politiker und Politikerinnen immer wieder eindringlich an die Zusagen des Westens erinnern: In allen Gesprächen und Verhandlungen in den ersten Jahren nach 1989, zum Beispiel in den Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands, haben führende westliche Politiker zugesichert, daß es eine Ausdehnung der NATO nach Osten nicht geben werde. Ist es also verwunderlich, wenn selbst der sogenannte „kleine Mann“ auf den Straßen Moskaus fragt: Was haben wir dem Westen getan, daß er seinen Militärpakt bis an unsere Grenzen ausdehnt?

Fehler hin oder her: Spätesten seit dem Madrider NATO-Gipfel vom 7. und 8. Juli 1997 muß die NATO-Osterweiterung als beschlossene Sache angesehen werden. Die amerikanischen Waffenverkäufer, aber auch die französischen, britischen und schwedischen sind darüber hinaus schon längst in den Hauptstädten der NATO-Beitrittskandidaten unterwegs. Die Kandidaten selbst haben den Beitritt in ihren jeweiligen Ländern zur patriotischen Sache erklärt. Insbesondere die Deutschen können und sollten angesichts ihrer geschichtlichen Vergangenheit nicht dagegen votieren.

Allerdings ist die NATO-Osterweiterung noch nicht vollzogen. Die ersten drei Beitrittskandidaten – Polen, Ungarn, Tschechien – sollen vielmehr erst zum 50. Jahrestag des Washingtoner Abkommens im April 1999 aufgenommen werden. Noch also können die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der NATO-Osterweiterung diskutiert und gegebenenfalls ergänzt oder verfeinert werden. Noch besteht die Möglichkeit, potentiellen Gefahren die Spitze zu nehmen und auch die Interessen derjenigen Staaten, die der NATO nicht beitreten dürfen oder können, zu berücksichtigen. Vielleicht kann sogar die NATO-Osterweiterung als Vehikel genutzt werden, die Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre verpaßte Chance der friedens- und sicherheitspolitischen Neuordnung Europas nochmals zu ergreifen. In jedem Fall gilt: Auch und gerade nach dem Madrider NATO-Gipfel vom Juli 1997 „bleibt noch viel an konzeptioneller Arbeit zu leisten“, wie der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bereits im OSZE-Jahrbuch 1996 schrieb: „Die bisherige Konzentration auf die sogenannte NATO-Erweiterung hat hierzu wenig beigetragen ... Gefordert ist deshalb ein neues Gesamtkonzept, das im Sinne eines Harmel-II-Berichts den Weg zu einer tragfähigen Sicherheits- und Stabilitätsordnung von Vancouver bis Wladiwostok weist.“<sup>3</sup>

Ob es über Einzelschritte im Sinne eines konzeptionellen Inkrementalismus hinaus tatsächlich zu einem solchen Gesamtkonzept im engeren wissenschaftlichen Sinne kommt, scheint mir nach den bisherigen Erfahrungen seit der Zeitenwende von 1989/90 allerdings eher unwahrscheinlich. Gleichwohl – oder gerade deshalb – ist es dringend erforderlich, der als Realität mißverstandenen Tagespolitik immer wieder aufs Neue konzeptionelle Wegweiser zumindest anzubieten. Wie ein solcher Wegweiser, d.h. ein Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, aussehen könnte, hat das Hamburger Friedensforschungsinstitut (IFSH) in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert. Seine Grundlagen finden sich in der Charta der Vereinten Nationen.

#### Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts

Spätestens seit Gründung der Vereinten Nationen 1945 ist Gewalt als Mittel der internationalen Politik mit weni-

gen Ausnahmen verboten, ist insbesondere die Führung von Kriegen untersagt. Stellvertretend für dieses Gewaltverbot nenne ich die Präambel und Artikel 2 Ziffer 4 der Charta der Vereinten Nationen von 1945 sowie – für Europa besonders bedeutsam, wenn auch ohne Rechtscharakter im engen Sinne – Punkt II des Prinzipienkatalogs der KSZE-Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975.

Andererseits fehlen auch fünfzig Jahre nach Unterzeichnung der UN-Charta noch immer die institutionellen Konsequenzen, die erst das Gewaltverbot ermöglichen, notfalls erzwingen. Gemeint sind obligatorische Regelungen der friedlichen Streitbeilegung einerseits und automatische Maßnahmen des kollektiven Beistandes andererseits. Dies gilt auch und gerade für den institutionellen Dreh- und Angelpunkt jeglicher zivilisierter Konfliktlösung: die Forderung nach einer effektiven (obligatorischen) internationalen Gerichts- bzw. Schiedsgerichtsbarkeit. Nach wie vor existiert eine solche effektive Gerichtsbarkeit als Korrelat des Gewaltverbotes nicht. Eine der Hauptaufgaben der gegenwärtigen Sicherheitspolitik müßte es deshalb nach meiner Auffassung sein, einen entsprechenden Gerichtshof zu schaffen, seinen Zugang für alle Streitparteien obligatorisch zu gestalten, ggf. aber auch die Beachtung seiner Entscheidungen zu erzwingen.<sup>4</sup>

Von der Politik verlangt werden muß die Schaffung eines Systems Kollektiver Sicherheit in und für Europa auf der Basis einer Rechtsordnung mit völkerrechtlich überprüfbaren und sanktionierbaren Grundlagen. M.a.W.: Die gegenwärtige defizitäre und fragmentierte und über-rüstete Sicherheitsarchitektur Europas ist in eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft auf der Basis einer Rechtsordnung zu überführen, in der Streitkräfte zu Sanktionsinstrumenten gegen den Rechtsbruch werden. An die Stelle von Intervention tritt Ordnungsrecht, an die Stelle des Rechts des Stärkeren tritt die Stärke des Rechts. Wie

Gemessen an der Jahrhundertchance nach dem Epochenbruch von 1989/90 ist die Fortführung der NATO ein grundlegender Fehler. Diese Feststellung muß umso mehr für die Ausweitung der NATO nach Osten gelten.



Foto: Christian Kiel, Meerbusch

eine solche alternative Sicherheitsarchitektur aussehen könnte, hat das Hamburger Friedensforschungsinstitut (IFSH) intensiv als „Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert“ diskutiert.<sup>5</sup>

### Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) am Beispiel des Konflikts um die Ägäis-Insel Imia (Kardak)

Naturgemäß kann ein knapper Aufsatz einem Buch nicht bis ins Detail gerecht werden. Ich will deshalb nochmals an einem Beispiel illustrieren, wie eine funktionierende Kriegsverhütungspolitik im Rahmen einer ESG aussehen könnte.

Nehmen wir als Beispiel den Ägäis-Konflikt der Griechen und Türken Ende Januar 1996. Für ihn scheint der Stoßseufzer Kants mehr als angemessen: „Aus so krummen Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.“<sup>6</sup>

Zur Erinnerung: Laut griechischer Heldensage durchbohren Odysseus und seine Kumpane mit einem glühenden Pfahl das einzige Auge des menschenfressenden Zy-

An die Stelle der Intervention tritt Ordnungsrecht, an die Stelle des Rechts des Stärkeren tritt die Stärke des Rechts.

klopen Polyphemos. Voller Wut und Schmerz wirft der blinde Riese dem fliehenden Odysseus und seiner Mannschaft gewaltige Felsbrocken hinterher, die heute noch aus der Ägäis ragen.<sup>7</sup> Jahrtausende später - Ende Januar/Anfang Februar 1996 - streiten sich die Türkei und Griechenland um einen dieser Felsbrocken, eine kleine, nur 400 Quadratmeter große unwirtliche Insel namens Imia (türkisch Kardak).

Der Konflikt war ausgebrochen, nachdem ein kleines türkisches Schiff, die „Sigen Akad“, während eines Gewitters auf dem unbewohnten Felseneiland gestrandet war. Die griechische Küstenwache eilte dem Schiff zu Hilfe. Mit dem Argument, die Insel sei türkisches Territorium, lehnte der türkische Kapitän der „Sigen Akad“ aber die Hilfe der Griechen ab. Der Vorfall alarmierte die Einwohner der benachbarten griechischen Insel Kalymnos. Der Bürgermeister von Kalymnos hißte am 25. Januar auf Imia die griechische Flagge. Zwei Tage später landete mit einem Helikopter ein Reporterteam der türkischen Tageszeitung Hürriyet auf dem Felseneiland. Die türkischen Journalisten holten die griechische Flagge ein und hißten die türkische Flagge. Am 29. Januar ersetzte dann die griechische Marine die türkische Flagge wieder durch die griechische. Mittlerweile hatten beide Seiten, die Türkei und Griechenland, jeweils zehn Kriegsschiffe in das Krisengebiet geführt. Mit Raketen bewaffnete Flugzeuge überflogen die See. Nur mit Mühe kann durch Anrufe des amerikanischen Präsidenten der Abzug der Kriegsschiffe und Landungstruppen am 31. Januar herbeigeführt werden. Im Verlauf des Abzugs stürzt ein griechischer Marinehubschrauber beim Erkundungsflug ins Meer. Drei Soldaten werden vermißt.<sup>8</sup>

Trotz Abzugs der Kriegsschiffe kommt es zu keiner wirklichen Beilegung des Konfliktes. Die Gefahr des Wiederaufflammens des Konfliktes bleibt bestehen, obwohl allen Seiten klar ist, wie schnell der Konflikt in einen heißen Krieg umschlagen kann. Folgt man dem US-Vermittler Richard Holbrooke, so hat es sich bei den Drohungen der Türkei und Griechenlands nicht nur um hohle Phrasen gehandelt: „Wenn die USA nicht interveniert hätten, dann hätte die Türkei die Insel besetzt. Ein Krieg wäre vermutlich die Folge gewesen.“<sup>9</sup> Auch der grie-

chische Verteidigungsminister Gerassimos Arsenis bestätigte diese Einschätzung: „Die Feuerkraft in der Gegend war immens, und jeder Zwischenfall hätte zu einem richtigen Krieg führen können.“<sup>10</sup>

Von Bedeutung ist an diesem Beispiel nicht so sehr der Konflikt als solcher, sondern sein Verlauf und seine Beilegung bzw. Nicht-Beilegung. Obwohl beide Kontrahenten Mitglieder der NATO sind, gibt es keine zwingenden regionalen Regeln, wie der Konflikt beigelegt werden muß. Es gibt keine europäische Institution, welcher der Konflikt vorgetragen werden muß und die für eine Lösung verantwortlich ist - und zwar obligatorisch und rechtlich verbindlich. Es gibt auch keine europäische Person oder Institution, die von sich aus, quasi automatisch, tätig wird. Es lag vielmehr im politischen Belieben, nicht in der Pflicht des amerikanischen Präsidenten, sich einzuschalten. Was, wenn Clinton zufällig keine Zeit oder keine Lust gehabt hätte, zu müde oder mit der Abwehr innenpolitischer Angriffe, wie z.B. gegenwärtig gegen seine Frau, beschäftigt gewesen wäre? Hat US-Vermittler Richard Holbrooke also recht, wenn er Europa wegen der „offenkundigen Unfähigkeit“ rügt, „den Konflikt zwischen Griechenland und Türkei allein beizulegen“?<sup>11</sup>

Würde ein regionales System Kollektiver Sicherheit in und für Europa - eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) - bereits bestehen, so wäre der skizzierte Ägäis-Konflikt nicht nur schon längst beigelegt worden, sondern hätte vermutlich auch einen anderen Verlauf genommen, wäre möglicherweise erst gar nicht entstanden:

1. Anders als die NATO, die als System Kollektiver Verteidigung nur gegen einen Feind von außen gerichtet ist, also nicht für Streitigkeiten der NATO-Mitglieder Griechenland und Türkei vorgesehen ist, wäre ein System kollektiver Sicherheit wie die ESG auch und gerade für Konflikte im Inneren des Systems zuständig. An die Stelle von Beliebigkeit und Zufälligkeit würden also Zuständigkeit und Automatik treten.
2. Innerhalb der ESG gibt es Institutionen, Regeln, Mechanismen, die je nach Konfliktstand greifen, und zwar im Sinne der friedlichen Streitbeilegung. Türkei und Griechenland könnten z.B. den Europäischen Sicherheitsrat anrufen, oder den Generalsekretär um Vermittlung bitten oder den Streit dem ESG-Gerichtshof vorlegen. Letztlich ist der Gerichtshof/bzw. Schiedsgerichtshof sogar obligatorisch und rechtsverbindlich nach dem Grundsatz „Aggressor ist, wer sich dem Gerichtshof entzieht“.
3. Sind die beiden Streitparteien nicht bereit, die Regeln der ESG zu achten, die Entscheidungen der zuständigen Institutionen zu respektieren oder vor dem Gerichtshof zu ziehen, so können diese Maßnahmen durch die ESG auch selbst - notfalls militärisch - erzwungen werden.
4. Eskaliert der Konfliktfall, sind z.B. schon Kriegsschiffe in der Adria aufgezogen, so kann der ESG-Generalsekretär eigene Verfügungskräfte, also Militär, quasi als Puffer zwischen die Streithähne setzen.
5. Kommt es gleichwohl zum Krieg, so muß die ESG dem Angegriffenen gegenüber dem Aggressor auch militärisch Beistand leisten. Nochmals: Aggressor ist, wer sich letztlich dem Gerichtshof entzieht oder sich dem Gerichtsspruch nicht beugt.
6. Im Optimalfall, der sicherlich noch nicht in der nahen Zukunft eintritt, wird es im Rahmen der ESG keine rein nationalen Streitkräfte mehr geben. Neben den bereits



erwähnten Verfügungskräften werden Krisenreaktionskräfte existieren, die entweder supranationaler oder multinationaler Verantwortung unterstehen und entsprechend strukturiert sind. Krieg im Rahmen der ESG wird dann kaum noch stattfinden können. Es ist jedenfalls kaum vorstellbar, daß eine multinationale Schiffsmannschaft auf eine andere multinationale Schiffsmannschaft schießt, selbst wenn der (zufällig) türkische oder der (zufällig) griechische Kapitän im unwahrscheinlichen Fall den Befehl dazu geben sollte.

**Internationale Gemeinschaft, Partikularinteressen, Visionen**

Folgt man Bundespräsident Roman Herzog, so ist „für den Eintritt einer Utopie ... niemand verantwortlich, weil sie gar nicht eintreten kann, für die Erfüllung von Visionen sind wir es selbst.“ Visionen aber - so der Bundespräsident - „braucht der Mensch, wenn er menschenwürdig und verantwortlich leben will, und solche Visionen brauchen auch Völker und Staaten. Die Hoffnung, ja die Entschlossenheit, den Bereich von Frieden, Freiheit und Wohlstand zu erweitern, ist keine Utopie und sie ist nicht die schlechteste Vision, die Europa sich wählen kann.“<sup>12</sup>

Zweifelsohne ist ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, eine ESG, derzeit noch eine Vision - eine Vision allerdings, die nicht nur von der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 24 Absatz 2 GG geteilt wird, deren Realisierung vielmehr bereits in den fünfziger Jahren von Sozialdemokraten gefordert wurde.

Im übrigen war es schon immer die Sozialdemokratie, die es verstand, Visionen über den Tag hinaus zu entwickeln und zugleich mit dem politischen Tagesgeschäft zu verbinden. Namen wie Willy Brandt, Egon Bahr oder Olof Palme stehen für den Mut zur Zukunft ohne Vernachlässigung der Alltagsnöte. Ohne Entspannungspolitik kein Ende des Ost-West-Konfliktes. Ohne „Wandel durch Annäherung“ keine deutsche Einheit. Ohne „Gemeinsame Sicherheit“ kein Gorbatschow. Ohne „Strukturelle Angriffsunfähigkeit“ kein Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE).

Wie bereits diese wenigen Stichworte illustrieren, liegt in der Logik der sozialdemokratischen Programmatik der vergangenen Jahrzehnte die Vision eines Europäischen Systems Kollektiver Sicherheit. Ähnliches gilt im übrigen auch für die Forderung nach einer Sicherheitsordnung auf der Basis einer Rechtsordnung. Bereits im Godesberger Programm der SPD von 1959 heißt es unter anderem: „Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein“. (Hervorhebung - DSL).

Die Zeit um 1989/90 war reif, der geschichtliche Augenblick da, die Wegweisung des Grundgesetzes und zugleich Vision der Sozialdemokratie neu zu beleben. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes bestand die Jahrhundertchance, aus der Vision Realität werden zu lassen. Ist diese Chance bereits verpaßt?

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist mehr als Skepsis angebracht. „Natürlich“ - so schreibt z.B. Curt Gasteyer vom Genfer Institut universitaire de hautes études internationales im jüngsten OSZE-Jahrbuch 1997 - „wird jeder Staat, jede einsichtige Regierung (...) verkünden, daß alle Anspruch auf 'Sicherheit' haben und deswegen 'Sicherheit' ein von allen gleichermaßen geteiltes Gut sei. Was das aber in der täglichen Praxis heißt, ist etwas ganz anderes.“<sup>13</sup> Und der ehemalige Amsterdamer Bür-

germeister Ed van Thijn ergänzt aus seinen Kenntnissen als Koordinator für die internationale Beobachtung der Wahlen in Bosnien-Herzegowina:

„Die internationale Gemeinschaft gibt es nicht (...) Es ist eine Summe von Ländern, die alle ihre eigene Agenda haben, kurzfristige Agenden (...) Es ist prachtvoll, für die internationale Gemeinschaft zu arbeiten, aber es ist auch ein dörfliches Gehebe. Das Häuflein 'Internationals', das hier beieinandersitzt, unterscheidet sich kaum von einem beliebigen Herrenclub in einer Provinzstadt.“<sup>14</sup> „Partikularinteressen einzelner Staaten“ - so auch Walter Jürgen Schmid und Michael Klepsch vom Auswärtigen Amt - werden „zunehmend vor das gemeinsame Interesse der OSZE-Staatengemeinschaft gestellt.“<sup>15</sup>

Letzteres - so hat man den Eindruck - gilt auch und vor allen Dingen für die USA, die - obgleich ein nicht-europäischer Staat - für die Sicherheit Europas nach wie vor unverzichtbar scheinen. Probleme bei der Etablierung der Schiedsgerichtsbarkeit, der Fortführung der Rüstungskontrolle, der Diskussion einer Verrechtlichung der OSZE und andere mehr, darunter immer wieder auch Aspekte der Bewältigung des Bosnien-Konfliktes, belegen diese Aussage.<sup>16</sup> Folgt man ferner dem vormaligen US-Botschafter Jonathan Dean, so ist „für die USA die bevorzugte Organisation, die Priorität genießt, natürlich die NATO“<sup>17</sup>.

Also nochmals: Skepsis ist mehr als angebracht. Eine internationale Gemeinschaft, die auf die Stärke des Rechts baut, ist zweifelsohne eine realisierbare Vision. Keiner der nationalen und internationalen Akteure scheint derzeit aber fähig oder auch nur bereit, mit visionärer Kraft über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus sicherheitspolitisch im diskutierten Sinne gestaltend zu wirken. Dies trifft auch auf die Bundesrepublik Deutschland zu.

Zur besonderen Tragik der friedens- und sicherheitspolitischen Entwicklung nach 1989/90 gehört es, daß auch die gegenwärtige Sozialdemokratie sich weder auf ihre eigenen Wurzeln noch auf ihre eigenen Visionen besinnt.

spw

- 1 Charta von Paris für ein neues Europa, Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin 137/1990, S. 1409.
- 2 Kennan, George F., Ein Fehler mit schlimmen Folgen. Die NATO-Erweiterung ist überflüssig und wird Rußland verbittern, in: Die Zeit vom 14. Februar 1997.
- 3 Genscher, Hans-Dietrich, Die OSZE stärken - unverzichtbare Voraussetzung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996, Baden-Baden 1996, S. 54.
- 4 Vgl.: Lutz, Dieter S., Der OSZE-Gerichtshof, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 241-253.
- 5 Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995; Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH), The European Security Community (ESC). The Security Model for the Twenty-First Century, Baden-Baden 1996.
- 6 Kant, Immanuel, Ideen einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Werke in sechs Bänden, herausgegeben von Toman, Rolf, Köln 1985, Band 6, S. 151.

- 7 Homer, Ilias und Odyssee. In der Übersetzung von Johann Heinrich Voss, Gütersloh o.J., hier: Neunter Gesang, S. 493-506.
- 8 Vgl. stellvertretend: Die Neue Zürcher Zeitung vom 31. Januar 1996; Süddeutsche Zeitung vom 31. Januar 1996.
- 9 Süddeutsche Zeitung vom 1. Februar 1996.
- 10 Ebd.
- 11 Frankfurter Rundschau vom 10. Februar 1996, S. 2.
- 12 Herzog, Roman, Demokratie als Friedensstrategie. Reden und Beiträge des Bundespräsidenten, herausgegeben von Dieter S. Lutz, Baden-Baden 1997, S. 99, 40; vgl. auch: S. 67.
- 13 Gasteyer, Curt, Die OSZE im neuen Umfeld, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden 1997, S. S. 37f.
- 14 Vgl. ebd.: Vvan Thijn, Ed, Stimmungen in Sarajewo. Auszüge aus dem Tagebuch eines Beobachters, S. 189; vgl. auch S. 176, 191.
- 15 Vgl. ebenda: Schmid, Walter Jürgen/Klepsch, Michael, Auf dem Weg zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur - Der Beitrag des Forums für Sicherheitskooperation, S. 317ff.; vgl. ebenda auch Honsowitz, Herbert, Die Wiener Überprüfungskonferenz und der Lissabonner Gipfel vom 2. und 3. Dezember 1996, S. 322.
- 16 Vgl. ebenda: Caffisch, Lucius/Cuny, Laurence, Der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE: Aktuelle Probleme, S. 382; Schmid, Walter Jürgen/ Klepsch, Michael, ebenda, S. 321; Wenig, Marcus, Der völkerrechtliche Status der OSZE - Gegenwärtiger Stand und Perspektiven, ebenda, S. 399, 400; Calic, Marie-Janine, Der Beitrag der OSZE zur Demokratisierung Bosnien-Herzegowinas, ebenda, insbes. S. 147, 156; Van Thijn, Ed, ebenda, S. 160, 162, 170, 172.
- 17 Vgl. ebenda: Dean, Jonathan, Die USA und die OSZE: Noch immer eine morgantische Beziehung, S. 40.

## Afghanistan - das Debakel eines vergessenen Staates

von Wahid Samimy\*

**D**aß sich Afghanistan seit etwa 20 Jahren in einem brutalen Zersetzungsprozeß befindet, ist die logische Konsequenz des Zusammenwirkens externer und interner Faktoren, die das Schicksal dieses zentralasiatischen Landes seit Jahrhunderten bestimmen. In diesem Prozeß sind die heterogenen gesellschaftspolitischen Strukturen nicht allein für die historischen Entwicklungszyklen ausschlaggebend - wenn sie auch von großer Relevanz sind - sondern der geostrategische Standort ist ebenso von großer Bedeutung. Ohne Einbeziehung aller Faktoren läßt sich für den Außenstehenden weder die afghanische Gesellschaft noch der bis jetzt andauernde Krieg begreifen.

Die Wechselwirkung zwischen inneren und äußeren Einflüssen läßt sich während der sowjetischen Invasion genauso demonstrieren, wie in der darauf folgenden Ära (ab 1992) der Islamisten. Hat sich der Zerfleischungsprozeß unter den gemäßigten Islamisten, dem Staatspräsidenten Burhanuddin Rabbani, fortgesetzt, so bekam diese Entwicklung unter der Herrschaft der radikalislamistischen Taleban eine neue obskure und noch grausamere Dimension.

### Ein Land am Kreuzweg der Kulturen

Der afghanische Raum lag seit jeher am Kreuzweg der Kulturen, wirtschaftlich, religiös und nicht zuletzt militärisch. Ökonomisch stellte dieser Raum, gerade auch durch die durch Afghanistan laufende Seidenstraße einen Knotenpunkt zwischen dem europäisch-afrikanischen Mittelmeerraum und dem chinesischen Weltreich einerseits und den mittelasiatischen Steppen (Mongolei, Kasakistan, Tadschikistan) und dem indischen Subkonti-

nent andererseits dar. Durch diese jahrhundertelange Wechselwirkung von ökonomischem Austausch, religiöser Einflußnahme und militärischen Eroberungszügen ist in diesem geographischen Raum eine sehr differenzierte Gesellschaftsform entstanden, die durch verschiedene religiöse Hintergründe, ethnische Strukturen und sprachliche Zugehörigkeiten charakterisiert ist. Es gibt über dreißig verschiedene Volkszugehörigkeiten im heutigen Afghanistan.

Auch im 19. Jh. bestand diese Wechselwirkung fort, was sich an den Konflikten zwischen den imperialistischen Großmächten England und Rußland zeigte. Rußland lieferte sich mit den aus Indien kommenden Engländern erbitterte Kämpfe um den Hegemonialanspruch, ohne daß jedoch eine Seite einen Machtzuwachs hätte verbuchen können. Nachdem die Engländer 1947 Indien verließen, traten die Amerikaner an deren Stelle. Der Kalte Krieg hinterließ auch in Afghanistan seine Spuren. Die Sowjets verstärkten ihr Engagement zunehmend. Es wurden Entwicklungshilfekredite zu besonders günstigen Konditionen vergeben. Die afghanische Armee wurde mit Waffen beliefert, nicht ohne die dazugehörigen „Militärberater“ mitzuschicken. Ganze Generationen von afghanischen Ingenieuren und akademischen Fachkräften erhielten in Moskau ihre Ausbildung, wozu natürlich auch die ideologische Schulung im Sinne der KPdSU gehörte. Im Zuge dieser Maßnahmen wurde in Afghanistan eine kommunistische Kaderpartei installiert, die DVPA (Demokratische Volkspartei Afghanistans), die dann 1978 putschte und sich so an die Macht setzte. Das Spektrum der Moskauer Strategie, die im Staatsstreich 1978 kulminierte, reichte von militärischer Infiltrierung über kulturelle Beeinflussung bis hin zur ökonomischen Unterwanderung.

Der Putsch hatte zwei Tatsachen manifestiert. Zum einen war der sowjetisch-amerikanische Dualismus zugunsten der Sowjetunion entschieden worden. Zum anderen war die Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion endgültig besiegelt. Fast der gesamte Außenhandel wurde mit den Sowjets bestritten. Die Armee wurde vereinnahmt, indem 4000 „Militärberater“ nach Afghanistan geschickt wurden. Innerhalb der ersten drei Monate nach dem Putsch wurden 30 Verträge mit dem kommunistischen „Bruderstaat“ geschlossen. Tausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Regimegegnern wurden umgebracht.

Da aber diese neue Regierung keinen Rückhalt in der Bevölkerung hatte, demnach sich auf Dauer nicht hätte halten können, wurde der damalige Staatschef Amin umgebracht, und die Sowjetmacht marschierte am 27.

\* Wahid Samimy ist kooptiertes Bezirksvorstandsmitglied der Jusos Mittelrhein. Seine Familie und er mußten nach dem Putsch der DVPA wegen politischer Verfolgung aus Afghanistan fliehen.

Dezember 1979 mit 120.000 Soldaten und ihrer geballten Kriegsmaschinerie in Afghanistan ein. Die damalige Planung sah vor, innerhalb eines halben Jahr das gesamte Land unter Kontrolle gebracht zu haben, was bekanntermaßen nicht gelang. Von 1979 bis 1989 tobte der Kampf der sogenannten Mudjaheddin gegen die Invasion. Da die Sowjets ihr „Vietnam“ in Afghanistan sahen, weil man nicht in der Lage war, einen entscheidenden militärischen Vorsprung zu erkämpfen, zog die Armee wieder ab.

Man schätzt, daß in diesem Krieg etwa 1 Million Afghanen umgekommen sind, etwa eine halbe Million Menschen, besonders Kinder, von den sowjetischen Minen zerfetzt wurden und sechs Millionen Menschen in alle Welt geflüchtet sind. Zum Vergleich: Die Bevölkerungszahl vor dem Krieg betrug etwa 15 Millionen Menschen. Die offiziellen Angaben der sowjetischen Stellen sprachen von 14.000 toten Soldaten. Die westliche Militärunterstützung, besonders der Amerikaner, betrug sechs Milliarden Dollar. Damit fand in Afghanistan einer der letzten großen Stellvertreterkriege vor dem Ende des Kalten Krieges statt.

Innerhalb der deutschen Linken gab es über die Einschätzung des Afghanistankonflikts keinen Konsens. Die Positionen reichten von Gruppierungen, die im Einmarsch einen weiteren Beweis für den hegemonialen und sozialimperialistischen Expansionsdrang der Sowjetunion sahen, bis hin zu Positionen, z.B. der DKP, die den Einmarsch als eine „militärische Hilfe“ bezeichnete, der „auf der Basis gültiger Verträge und Normen“ zustande gekommen sei und nichts anderes darstelle als die Wahrnehmung der „internationalistischen Pflichten“ durch die Sowjetunion.

#### Der Status Quo

Nach 14 Jahren erbitterten Widerstand kamen afghanische Islamisten am 28. April 1992 an die Macht. Afghanistan kam nicht zur Ruhe, sondern stürzte in eine neue Dimension der politischen Zerreißprobe. Die Hintergründe dieser Tragödie, die selbst Insider überraschte, sind vielfältig.

Der Islam, der in den Jahren des Widerstandes gegen die Übermacht der Sowjets eine große Mobilisierungskraft besessen hatte und die gegensätzlichen Positionen integrieren konnte, konnte nun die heterogen geprägten ethnisch und kulturell bedingten Gegensätze der afghanischen Gesellschaft nicht mehr länger vertuschen. Der als gemäßigt apostrophierte Staatspräsident Rabbani wurde von seinen ehemaligen Kampfgenossen, unter anderem von dem Radikalislamisten Gulbuddin Hekmatyar abgelehnt, nicht aufgrund seiner religiös-politischen Vorstellungen, sondern aus einfachem machtpolitischen Kalkül, das zunehmend ethnisch geprägt war.

Der Tadschike Rabbani, der eine gut organisierte Partei (Dschamiate Islami - Islamische Gesellschaft) und eine starke militärische Hausmacht besaß, hatte mit seiner Machtübernahme die Kontinuität der 250 Jahre dauernden politischen Vorherrschaft der Paschtunen gebrochen. Hekmatyar wurde wegen seiner Zugehörigkeit zu den paschtunischen Volksstämmen im Kampf gegen seinen Ziehvater Rabbani unmittelbar unterstützt und von anderen Paschtunen toleriert. In diesem ethnisch geprägten Streit wollten aber ebenso andere Volksstämme Afghanistans, unter anderem Usbeken, Hasaras, die aus dem Widerstand sehr stark und selbstbewußt hervorgingen, ihr politisches Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Diese ethnische Diversität, die im krassen Gegensatz zur despotischen Herrschaft der Islamisten stand, brachte entsprechende parteipolitische Organisationen hervor, deren in patriarchalischen Gedankengut behafteten Führer diesen Gegensatz zur Durchsetzung ihrer Machtbesessenheit zu instrumentalisieren versuchten. Letzten Endes kämpfte jeder gegen jeden, indem die einzelnen Gruppierungen Zweckbündnisse eingingen, um sie anschließend wieder zu verlassen.

Die anarchischen Verhältnisse, die nicht militärisch aufgelöst werden konnten, riefen die ohnehin auf der politischen Bühne anwesenden Anrainerstaaten zum noch stärkeren Engagement hervor. Betrachtete die iranische Führung den Tadschiken Rabbani als legitimen Machthaber in Afghanistan, kämpfte dagegen Pakistan in Allianz mit Saudi-Arabien, indem sie immer noch den in die Ecke gedrängten Hekmatyar unterstützten.

Die drei aus der Auflösung der Sowjetunion hervorgegangenen Anrainerstaaten Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan befanden sich in einer widersprüchlichen Situation. Um sich von der nunmehr russischen Abhängigkeit zu befreien und eine eigene gesellschaftspolitische Entwicklung voranzutreiben, benötigten sie den Zugang zu den internationalen Märkten, die in ihrer Perspektive am Besten durch Afghanistan und in Zusammenarbeit mit internationalen Konzernen wie Unucal (amerikanische Ölgesellschaft), die saudische Deltaoil und den argentinischen Ölkonzern Bridas zu gewährleisten war. *Damit bekommt der Afghanistankonflikt gleichzeitig eine internationale Dimension, die vorerst durch regionale Interessenkonstellationen zum Tragen kommt.* Die Etablierung einer fundamentalistischen Regierung in Afghanistan bedeutet aber gleichzeitig eine eklatante Gefahr für die aus der kommunistischen Nomenklatura hervorgegangene neue politische Elite, die sich mit islamischen Widerstand im eigenen Land konfrontiert sieht.

Die Entstehung der Taleban als „Ordnungsmacht“ hat zu einer neuen und verstärkten Polarisierung der segmentären Gesellschaft Afghanistans geführt.



Foto: Christian Kiel, Meerbusch

### Das Pilotprojekt Taleban als Ordnungsmacht

Tahrir-e Islami Taleban - Islamische Bewegung der Taliban, so der Name dieser scheinbar aus dem Nichts erschienenen sogenannten Gotteskrieger. Die in den pakistanischen Koranschulen, den „Madrassahs“ ausgebildeten jungen Krieger marschierten zum erstenmal im Oktober 1994 auf die ehemals zweitgrößte Stadt Afghanistans, Kandahar, zu. Die meist jungen Männer stammten zum größten Teil aus den Flüchtlingslagern in Pakistan. Hier wurden sie in unmittelbarem Zusammenwirken von fundamentalistischen Kreisen Pakistans, finanziert von erzkonservativen arabischen Kreisen, in den Koranschulen zu einem diffusen mittelalterlichen Islamverständnis erzogen und anschließend mit Waffen ausgestattet. Zu diesem Kern an Taleban-Kämpfern kamen nach und nach „traditionelle“ Mujaheddin hinzu.

Enttäuscht von den erbitterten Machtkämpfen in Kabul versuchte die pakistanische Regierung, diese Gruppe der Taleban an strategisch wichtigen Knotenpunkten im

Der Krieg in Afghanistan stellt einen typischen Konflikt eines Landes der Dritten Welt dar, bei dem die Vielfalt der ethnischen, kulturellen und religiösen Strukturen innerhalb des Staatsgebildes mit kontrovers gelagerten Interessenkonstellationen der Anrainerstaaten verflochten ist.

Süden als Ordnungsmacht zu instrumentalisieren, um die Transitstrecke nach Turkmenistan zum Zwecke der Öl- und Gasbeförderung sicherzustellen. Selbst zur Überraschung des pakistanischen Innenministerium ging dieses Vorhaben auf, weil die ansässigen Lokalmatadoren hoffnungslos zerstritten waren. Die entschlossenen Talebankämpfer wurden nach

und nach durch professionelle Kräfte der ehemaligen afghanischen Kommunisten, die sich seit langem in der Obhut der pakistanischen Regierung befanden, und durch Kräfte des pakistanischen Innenministeriums verstärkt und ausgebildet.

Das Versprechen Pakistans, durch die Taleban-Milizen auch den illegalen Opiumanbau und Handel unterbinden zu wollen, erbrachte seitens der Amerikaner eine gewisse Toleranz, zumal die amerikanischen Interessen mit denen der Pakistaner im Hinblick auf den Bau der Öl- und Gaspipeline und der Unterbindung des Opiumhandels korrespondierten. Zur Enttäuschung der Amerikaner florierte der Opiumhandel allerdings verstärkt unter den Taleban. Auch das Anliegen, die Pipeline zu bauen, konnte nicht begonnen werden, da die Taleban trotz der Einnahme der Hauptstadt Kabul im Herbst 1996 nicht das gesamte Land unter ihre Kontrolle bringen konnten. In Kabul wurde wie auch in anderen Städten ein sechsköpfiger Schora-Rat gebildet, der als ein Provisorium die Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen sollte. Was dies konkret hieß, zeigte sich dann ein wenig später.

Als erstes wurden die ohnehin schon eingeschränkten Rechte der Frauen auf ein Minimum reduziert. Es wurde ein Arbeitsverbot verhängt, womit den Frauen jede ökonomische Basis entzogen wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren 70% des lehrenden Personals Frauen. Weiterhin lebten 35.000 Witwen, die meist nur durch ihre Arbeit das Überleben der Familie sicherstellen konnten, in Kabul. Sämtliche Ausbildungsstätten für junge Mädchen wurden sofort geschlossen und die Schleierpflicht wurde rigoros durchgesetzt. Musikanten mußten ihre Instrumente als „Werkzeuge des Teufels“ zerstören. Dies ging einher mit Bücherverbrennungen, dem symbolischen Hängen von Fernsehern und der Unterdrückung

jeder künstlerischen Aktivität. Natürlich blieben auch Verhaftungen und Hinrichtungen nicht aus.

Damit wurde Kabul innerhalb weniger Tage in ein Trauerhaus verwandelt, in dem das Wort Menschenrechte keinerlei Bedeutung mehr fand. Die Taleban haben sich durch ihr mittelalterliches und obskures Islamverständnis zumindest moralisch ins Abseits begeben. Doch nicht minder schuldig sind die von außen wirkenden Kräfte, die das Machtgefüge in Afghanistan zu verändern suchten und suchen. Erst diese Kräfte haben das Entstehen der Taleban in der jetzigen Form möglich gemacht.

### Zukünftige Perspektive

Der Krieg in Afghanistan stellt einen typischen Konflikt eines Landes der Dritten Welt dar, bei dem die Vielfalt der ethnischen, kulturellen und religiösen Strukturen innerhalb des immer noch nicht ausgeprägten Staatsgebildes mit kontrovers gelagerten Interessenkonstellationen der Anrainerstaaten verflochten ist. Die Tiefe dieses Konflikts, dessen Ausgang schwer vorhersehbar ist, wird um so deutlicher, je mehr man die Rolle der multinationalen Konzerne betrachtet.

Je stärker ein derartiger Konflikt regionalisiert und durch die Einflußnahme der Multis quasi „privatisiert“ wird, desto schwieriger wird es sein, eine gerechte und friedliche Lösung zu finden. Eine Strategie der militärischen Lösung würde die Gegensätze allenfalls unterdrücken. Das Potential dieses Konflikts in Afghanistan wird weiter bestehen bleiben und damit eine weitere Runde der bewaffneten Auseinandersetzung einleiten. Bezogen auf den Afghanistankonflikt kann darauf geschlossen werden, daß eine Lösung nur unter Beteiligung aller relevanten Parteien gefunden werden kann. Hierbei müssen sich die Anrainerstaaten wie Pakistan und der Iran ebenso auf einen Konsens einlassen. Die Öl-Multis wären auch gut beraten, sich so weit wie möglich aus dem Konflikt herauszuhalten und ihre finanziellen Interessen nicht auf Kosten der Menschenrechte um jeden Preis durchsetzen zu wollen.

Die Entstehung der Taleban als „Ordnungsmacht“ hat zu einer neuen und verstärkten Polarisierung der segmentären Gesellschaft Afghanistans geführt. Den Talebanmilizen, die aus den paschtunischen Volksstämmen rekrutiert und von ihnen vorbehaltlos unterstützt werden, stehen andere afghanische Volksstämme gegenüber: Tadschiken, Usbeken und Hazaras. Diese Stämme haben eine Zweckallianz unter dem Namen „Islamische Einheitsfront zur Rettung Afghanistans“ gebildet.

Die Taleban gehen davon aus, daß sie trotz ihrer wiederholten Niederlagen das ganze Land befrieden können. Diese Militärstrategie wird sich als Illusion erweisen, zumal die anderen Kräfte in Afghanistan nicht die Vorherrschaft einer bestimmten Gruppe akzeptieren werden. Sie kämpfen für demokratische Selbstbestimmung, die durch politische Partizipation an der Zentralmacht gewährleistet werden kann. Darüber hinaus werden sich die Talebangeegner für einen gemäßigten islamischen Staat, in dem allgemeine Menschenrechte geachtet werden, zumindest verbal einsetzen. Trotz des Mangels einer demokratischen Bewegung, die nach westlichem Muster politische Partizipation und Humanität einfordert, wird der Aufbau einer föderalen Struktur, unter Berücksichtigung der ethnischen und kulturellen Begebenheiten des Landes als erster Ansatz zu einem politischen Neuanfang bewertet werden können.

spw

Mit drei weiteren Artikeln setzen wir unsere Debatte zu „Europa und die Linke“ fort. Heiko Thomas stellt Eckpunkte eines linken Europa-Projektes aus grüner Sicht vor. Horst Arenz und Uwe Hirsch befassen sich mit der Euro-Debatte der SPD. Ralf Hansen widerspricht - maßgeblich gestützt auf völkerrechtliche Überlegungen - den in der spw 3/97 abgedruckten Thesen der spw-Autorinnengruppe. Alle drei Artikel sind aus Platzgründen und zur Vermeidung der Wiederholung bereits vorgetragener Argumente gegenüber den ursprünglichen Texten wesentlich gekürzt.

Die spw-Redaktion

Das Neue in der Europadebatte ist, daß die Akteure ernsthafter als bisher nach einer eigenen Wahrnehmung und Strategie über und für die Europäische Integration und den hierzu einzuschlagenden Weg suchen. Hier soll versucht werden, einige wenige Grundprobleme zu skizzieren, die m.E. für die Formulierung und Umsetzung eines "linken Europa-Projektes" von Bedeutung sind. Ein "linkes Europa-Projekt" muß die Voraussetzungen für ein ziviles, ökologisches und soziales Reformprojekt für Gesamteuropa herauskristallisieren:

#### Internationalisierung nüchtern analysieren

1) Der Mythos, der während der Standort-Debatte um die Globalisierung aufgebaut worden ist, muß durch eine Debatte um die wirklichen realen Entwicklungen der weltwirtschaftlichen Interdependenzen und Abhängigkeiten ersetzt werden. Die Definitionsmacht, die die Konservativen in der Debatte um die Auswirkungen der Internationalisierung der Wirtschaft auf die Bundesrepublik gewonnen haben, muß hierzu überwunden werden.

Es geht nicht um ein Leugnen der realen Prozesse; es muß sich aber die nüchterne Erkenntnis durchsetzen, daß die sog. "Globalisierung" nicht vom Himmel gefallen ist wie eine Naturkatastrophe und sich deshalb auch mit Instrumenten wie der Kapitalertragssteuer Tobin-Tax, einer ökologischen Steuerreform und anderem gestalten läßt. Das neoliberale Projekt muß beendet werden, wenn die EU zu einer Vorreiterin für eine europäische und internationale Politik werden soll, deren Leitbilder nachhaltige Entwicklung, Einhaltung der Menschenrechte, sowie gerechte Umverteilung sind.

#### Westfixierung überdenken

2) Die Tradition der Westfixierung ist zu überdenken und neu zu gestalten. Beabsichtigt ist ausdrücklich nicht der Abbruch oder auch nur eine Einschränkung der besonderen Beziehungen zur USA und anderen

befreundeten Staaten, denn das würde nur zu einer Stärkung negativer deutscher Interessenpolitik führen. Allerdings überschüttet die "Transatlantische Fixierung" bei einigen Linken jedwedes kreatives Denken. Es kommt darauf an, sich überall dort von der angeblichen Realpolitik der G7 und anderer elitärer Organisationen zu verabschieden.

Das alte Verständnis von internationaler Politik, in dem die Fixierung auf die USA eine Grundkonstante darstellt, hat z. B. dazu geführt, daß bei vielen Sozialdemokraten (bei Bündnis 90/Die Grünen hat sich nur noch niemand getraut, es laut zu sagen) ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat als sinnvoller Schritt angesehen wird, ohne sich Gedanken darüber zu machen, welche verstaubte Konzeption damit weiter entwickelt werden soll. Der Gegenvorschlag eines Europäischen Sitzes wird von sich zum linken Spektrum zählenden Autoren mit dem Hinweis auf eine neue Dimension, die damit geschaffen würde, abgelehnt. So unkreativ ist überhaupt kein Projekt, ob links oder rechts, möglich. Ähnliches gilt für die Neugestaltung der Europäischen Sicherheitsordnung, wie sie euphemistisch genannt wird.

#### Die europäische Integration neu gestalten

3) Die Integration Europas ist kein Selbstzweck. Deshalb muß jeder Integrationssschritt auf seine Zukunftstauglichkeit überprüft werden. Nach 40 Jahren reicht die friedensfördernde Dimension der EU alleine nicht mehr aus, um jedwede Integration zu legitimieren. Weitere Integrationssschritte sollten genau so wie die Politik des Rates der Europäischen Union, die Einführung des Euro und die Regierungskonferenz daran gemessen werden, ob sie mögliche zukünftige Reformen verbauen oder in die Richtung "Zivilmacht Europa" weisen. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß die EU nicht mehr ständig von ihrem Ende oder ihrem Anfang her beurteilt werden darf, sondern eine Analyse der einzelnen Politikfelder von Nöten ist.

## Eckpunkte eines linken Europa-Projektes

von Heiko Thomas\*

4) Der Einigungsprozeß bedarf einer neuen demokratischen Legitimation und Wirklichkeit. Will man die Integration auf ein tragfähiges Fundament bauen, bedarf es in Deutschland und in allen anderen - alten, wie zukünftigen - Staaten der EU einer breiten Verfassungsdiskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Union. Der Bundesregierung geht es in der Regierungsverhandlung eindeutig um die Effizienzsteigerung und nicht um die mindestens gleichberechtigte Forderung nach mehr Demokratie. Selbst das von ihr favorisierte Subsidiaritätsprinzip ist im letzten nur ein Instrument zur Aufgabenteilung und eignet sich nicht zum Verfassungsprinzip einer Union. Die Maastricht II Konferenz zeigt an einigen Punkten deutlich, wie sich Frankreich, Großbritannien, aber auch Deutschland eine zukünftige Kompetenzverteilung vorstellen: Supranationalität mit intergouvernementaler Zusammenarbeit, ohne adäquate Kontrolle, geschweige denn einer Legislative und Judikative, die ihren Namen zu Recht trägt.

Kommen wir nun zu den Akteuren und der Strategie die zur Umsetzung der gerade skizzierten Forderungen notwendig sind. Notwendig hierfür ist ein breites Bündnis von Kräften aus Parteien, Gewerkschaften und sonstiger Zivilgesellschaft. Erinnerung sei an den Alternativgipfel gegen Maastricht, aber durchaus auch an die Erfurter Erklärung. Ob ein solches Bündnis für die nächste

*Solange es nur dagegen oder dafür gibt, wird Europa nicht zu einem linken Projekt für das nächste Jahrhundert werden können.*

\* Heiko Thomas ist Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden, Europa und Außenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen in NRW. Grundlage des Textes ist ein Referat auf der spw-Frühjahrstagung 97.

Bundestagswahl und darüber hinaus zustande zu bringen ist, ist reine Spekulation.

Wenn aber, dann müßte dieses Bündnis probieren, eine Atmosphäre in Deutschland zu schaffen, in der eine Ablehnung eines Teilschrittes zur Integration nicht als Ablehnung der Integration insgesamt mißverstanden wird.

Daraus folgt die Notwendigkeit einer verstärkten Debatte um Europa und seine einzelnen Politikfelder. Die politische Stimmung ist z.Z. gut, mit dieser Strategie zu beginnen. Die Menschen verstehen, daß die EU mittlerweile an einem Punkt angelangt ist, an dem nicht mehr das Ziel alleine wichtig ist, zumal dieses niemand zu konkretisieren vermag,

sondern daß es ähnlich wie in der deutschen Politik zu Bündnissen bei bestimmten Fragen kommen muß. Vielleicht ist dieses sogar eine Chance auf die notwendige Europäisierung der Debatte. Solange es aber nur dagegen oder dafür gibt, wird Europa nicht zu einem linken Projekt für das nächste Jahrhundert werden können. spw

## Die SPD darf dem Stabilitätspakt nicht zustimmen!

von Horst Arenz und Uwe Hixsch\*

1. Deutschland und Europa brauchen den Euro. Die explosionsartige Ausdehnung der internationalen Finanzmärkte, die wachsende Ausrichtung der Wirtschaft an den Renditeansprüchen der institutionellen Anleger (Pensionsfonds, Shareholder Value), die gestiegene Bedeutung der rein spekulativ motivierten Anlagestrategien haben zu erheblichen Verschiebungen in den Währungsrelationen und zu zunehmenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten geführt. Wir brauchen neue Regulierungsinstrumente, um das auf den Finanzmärkten herrschende „Faustrecht wie im Mittelalter“ (Hankel) einzudämmen. Über die Abschaffung der Spekulation zwischen den nationalen Währungen der Mitgliedsländer der EU hinaus schafft die einheitliche Währung die Möglichkeit einer stärkeren Kontrolle der Finanzaktivitäten der Banken und Kreditinstitute, z.B. durch per europäischer Gesetzgebung durchgesetzter verstärkter Bankenaufsicht insbesondere bei Devisenoperationen, und einer Abschaffung des Steuerdumpings zwischen den Mitgliedsländern. Wir brauchen über Europa hinaus Instrumente zur Koordinierung der Finanz- und Währungsaktivitäten der führenden Industrieländer. An der Re-Regulierung der internationalen

Finanzmärkte führt kein Weg vorbei - wir brauchen zudem eine größere Unabhängigkeit Europas vom US-Dollar. Der Euro ist der monetäre Hebel (unter etlichen anderen Hebeln), damit Europa sein gewaltiges Gewicht auf den Weltmärkten in diese Richtung zur Geltung bringen kann.<sup>1</sup>

### Gegen monetaristische Positionen zum Euro

2. Allerdings kann das nicht der von monetaristischer und neo-liberaler Ideologie beherrschte Euro sein, wie er sich in der Konzeption der Bundesregierung darstellt. Konsolidierung durch Sparpolitik in Zeiten der Rezession vertieft nur die Krise der Staatsfinanzen. Einer solchen Währungsunion kann und darf die SPD nicht ihr Placet geben. Ohne ein „Gleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Währungspolitik“ (Delors) würde die Währungsunion nur die Massenarbeitslosigkeit und Sparpolitik verschärfen und die Spaltung Europas zwischen den Kernländern einer kleinen Währungsunion und den außen vor bleibenden Mitgliedsländern vertiefen.

3. Eine Verschiebung der Währungsunion ist abzulehnen. Sie verlängert die deflationäre Politik in der EU und führt zu einem erneuten Aufwertungsschub für die DM und einer neuen Spekulationswelle auf den Finanzmärkten.

4. Die französische Regierung hat durch die beschlossenen Steuererhöhungen für Unternehmen und Ausgabenkürzungen zulasten des Verteidigungshaushalts deutlich gemacht, daß auch andere Wege als Sozialabbau zur Reduzierung des Haushaltsdefizit existieren. Dennoch werden diese Maßnahmen nach Einschätzung der Regierung das 3,0-Kriterium verfehlen. Eine Währungsunion ohne Frankreich macht aber keinen Sinn. D.h. Waigels (und Tietmeyers) anhaltendes Beharren auf der 3,0-Eintrittsschwelle hat sich

heute schon erledigt und wird bereits von Schäuble, Lamers und Teilen der FDP abgelehnt.

### Beschäftigungspolitisch nutzbare Spielräume betonen

5. Die SPD muß ihre unter ganz anderen Bedingungen erfolgte Zustimmung zur in der Entschließung des Bundestages vom Dezember 1992 geforderten „engen und strikten Einhaltung der Kriterien“ überwinden. Sie muß sich unmißverständlich von dem „Geschwätz von Leuten, die vom Maastricht-Vertrag nichts verstanden haben“ (Helmuth Schmidt), über das 3,0- oder 3,00-Kriterium distanzieren und klar machen, daß dies nichts mit einer „Aufweichung“ der Kriterien oder des Euro zu tun hat. Der behauptete Zusammenhang von erhöhter Neu- und Staatsverschuldung, höherer Inflation und höheren Zinsen ist nicht allgemeingültig. Trotz massiv erhöhter Staatsschulden und Haushaltsdefiziten bewegen sich in Deutschland Zinsen und Inflationsrate auf einem Nachkriegsrekordtiefstand. Daß heute Ökonomen wie Paul Krugman, Thurow u.a. über den Tod der Inflation schreiben, daß in allen führenden Industrieländern seit nunmehr 6, 7 Jahren eine anhaltende Entwicklung fallender Inflationsraten stattfindet - die im Kern nicht auf die Währungsunion, sondern auf die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zurückgeht -, ficht unsere Stabilitätsfetischisten nicht an. Die Fiskalkriterien des Maastricht-Vertrages sind ökonomisch unsinnig, viel wichtiger wäre z.B. die Sparquote. Die Konzentration der Debatte auf das Haushaltsdefizit zeigt nur die Borniertheit ihrer Anhänger. Die SPD-Bundestagsfraktion muß sich in der Frage der beschäftigungspolitisch nutzbaren Spielräume der Fiskalkriterien profilieren. Dies bedeutet mitnichten, das Haushalts-Desaster dieser Regierung zu legitimieren.

*Die SPD darf der „Entschließung über den Stabilitäts- und Wachstumspakt“ nicht zustimmen. Die SPD muß auch ihre Zustimmung zum Amsterdamer Vertrag von den Ergebnissen des Beschäftigungsgipfels in Luxemburg abhängig machen*

\* Horst Arenz ist wissenschaftlicher Abgeordneten-Mitarbeiter bei der SPD-Bundestagsfraktion, Uwe Hixsch ist Mitglied des Deutschen Bundestages.

6. Die SPD muß, nachdem auf dem Amsterdamer Gipfel der Stabilitätspakt beschlossen worden ist, deutlich machen, daß ein Kernelement dieses Pakts für sie nicht akzeptabel ist. Die darin enthaltenen Aussagen über das „übermäßige Defizit“, das den Interventionsmechanismus bis hin zu finanziellen Sanktionen auslöst, beziehen sich auf den Referenzwert 3,0% des Haushaltsdefizit. Die bei übermäßigem Defizit zu zahlende Einlage setzt sich zusammen aus einem Grundbetrag von 0,2% des BIP und einer variablen Größe von einem Zehntel des über den Referenzwert hinausgehenden Haushaltsfehlbetrages. Dieser Referenzwert kann dann aber nicht 3,9% sein, sondern nur 3,0%. Die Sanktionskriterien des Stabilitätspakts schreiben damit faktisch den Referenzwert auf 3,0 % fest. Der in den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates verabschiedeten „Entschließung über den Stabilitäts- und Wachstumspakt“ darf daher von der SPD nicht zugestimmt werden. Die SPD muß auch ihre Zustimmung zum Amsterdamer Vertrag von den Ergebnissen des Beschäftigungsgipfels in Luxemburg abhängig machen. Das Gleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Währungspolitik, das Bedingung der Zustimmung sein muß, ist mit Amsterdam nicht erreicht.

**Gegen neue Gräben in Europa**

7. Die Neu-Positionierung der SPD in der Euro-Debatte muß auch das komplette Schweigen in der Partei zur Frage der Aufnahme Italiens, Spaniens und Portugals in die erste Gruppe der EWU-Mitgliedsländer beenden. Eine verschobene Aufnahme Italiens würde gefährliche Folgen für die finanzielle und wirtschaftliche Situation des Landes

nach sich ziehen und zu einem Wiederaufleben der nationalistischen und separatistischen Tendenzen führen.

Die SPD muß schleunigst eine Debatte nicht nur darüber beginnen, wer auf jeden Fall zur ersten Gruppe gehören soll, sondern auch, wie mit dem Problem der Nicht-EWU-Mitgliedsländer, der „pré-ins“ umzugehen ist. Die auf dem ECO-FIN-Treffen im April letzten Jahres in Verona gefassten Beschlüsse zum EWS II laufen auf eine Konzentration von Machtbefugnissen der „ins“ zu Lasten der „pré-ins“ hinaus. Diesen soll die Möglichkeit der Währungsparitätsänderung genommen werden, zugleich sollen sie aber die Hauptlast der Devisenmarktinterventionen tragen.<sup>2</sup> Eine solche Konzeption muß zwangsläufig die Gräben zwischen den Mitgliedsländern der EWU und den Aspiranten vertiefen.

8. Die SPD muß deutlich machen, daß Deutschland eine Vorreiterrolle gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau spielen muß. Als die Nation mit der größten Wirtschaftskraft in der EU und als die Nation, die am meisten von der EWU profitieren wird, muß es seine Position in diese Richtung zur Geltung bringen.

**Für Beschäftigungspolitik mobilisieren**

9. Den Ängsten der Bevölkerung um ihre – im übrigen extrem ungleich verteilten – Vermögensguthaben kann primär durch eine sozial gerechte Steuerreform begegnet werden – dies wäre ein zukunftsfähiger Beitrag zur Entwicklung von Stabilitätsbewußtsein. Damit sind jedoch ganz grundsätzlich die erheblichen konzeptionellen Defizite der Partei im Blick auf die Umsetzung der politischen Programmatik auf die Ebene

des Alltagsbewußtseins der Bevölkerung berührt, Defizite, ohne deren Aufarbeitung dem plattesten Populismus in der Partei Tür und Tor geöffnet wird. Angesichts der immer dramatischeren Defizite der Partei mit Blick auf die Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft und vor allem der Unterschichten kann es sich die SPD nicht mehr leisten, diese Chance zu versäumen.

10. Fazit: Der Euro schafft wichtige Voraussetzungen, um die gegenwärtige Dominanz der Finanzmärkte und Renditeinteressen der Vermögenseitel über die realwirtschaftlichen Investitions- und Beschäftigungsanforderungen und die in der EU vorherrschende Steuerdumpingpolitik zugunsten der Kapitaleseite zurückzudrängen und die internationale Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der wichtigsten Industrieländer auszubauen. Der Euro schafft aber nur Voraussetzungen, deren Durchsetzung von der Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse abhängt. Die SPD muß die neue Qualität, die mit dem Sieg von Labour und PS in Europa erreicht ist, politisch umsetzen. Die Euro-Debatte kann auf dieser neuen Basis zum Instrument einer politischen Mobilisierung für eine Beschäftigungsoffensive in Europa werden. spw

*Die SPD muß die neue Qualität, die mit dem Sieg von Labour und PS in Europa erreicht ist, politisch umsetzen. Die Euro-Debatte kann auf dieser neuen Basis zum Instrument einer politischen Mobilisierung für eine Beschäftigungsoffensive in Europa werden.*

- 1 Die gegenüber der Forderung nach mehr internationaler Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte von der Regierungskoalition, aber auch von namhaften Sozialdemokraten vorgebrachte Kritik der idealistischen Spinnerlei ist völlig unangebracht. Vgl. H. Pfeiffer, Reregulation der Finanzmärkte? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/97: "Aufsicht, Kontrolle und Regelwerk sind die heimlichen Wunschbilder von vielen Bankern und Politikern."
- 2 Zu recht formuliert daher das Ifo-Institut, daß „Rechte und Pflichten asymmetrisch zwischen den 'ins' und den 'outs' verteilt sind.“ (ifo-Schnelldienst 12/96)

*Eine Replik zu: Krämer, Ralf u.a.: Raus aus der Sackgasse - Kurskorrektur für Europa, in: spw 03/97, S. 29*

**Zwischen politischer Union und nationalistischem Separatismus**

Auseinandersetzung um die Zukunft der EU wird immer mehr auf eine Diskussion "Ja" oder "Nein" zum Euro konzentriert, obwohl die politische Strukturierung der europäischen Gesellschaften selbst das Zentrum der politischen Auseinandersetzung ist<sup>1</sup>. Die Auto-

ren von "Raus aus der Sackgasse" wollen die Verengung der Diskussion zwischen "Euro oder Nationalstaaterie" durch eine linke Negation des Euro überwinden<sup>2</sup>. Die Autorengruppe begibt sich damit in das Fahrwasser einer Richtung der linken - proeuropäischen - EU - Kritik in Frankreich, jenseits der amtierenden französischen Regierungskoalition<sup>3</sup>, die für den Euro ist<sup>4</sup>.

Die These, die ich gegen die Autoren hier vertreten werde, lautet: Der Weg zu einer demokratisch und

# Aus der einen Sackgasse in das nächste Dead-End?

von Ralf Hansen\*

\* Ralf Hansen, Düsseldorf, studiert Jura mit Schwerpunkt Europarecht an der Universität Köln, Mitglied der SPD

rechtsförmig strukturierten EU führt nach Ingangsetzung des euroinstallierenden Vertragsmechanismus des Art. 109 j EGV nur noch über umfassende Politisierungen der Notwendigkeit politischer Regulationen auf europäischer Ebene im Hinblick auf erneute vertragsändernde Regierungskonferenzen nach Einführung des Euro. Der Abbruch des Projektes von Maastricht, der die Folge der Realisierung dieses Programmes wäre, würde ein Scheitern des Projektes einer Politischen Union wenigstens riskieren. Die Konzentration der Diskussion auf die Einführung oder Nichteinführung des Euro führt in die Irre und erfolgt zeitlich zu spät.

#### Normative Grenzen einer politischen Umsteuerung

Bei der Diskussion um den "Euro" wird nicht selten übersehen, daß der Maastrichter Vertrag einen rechtlichen Automatismus in Gang gesetzt hat, der selbst bei anderen aktuellen Mehrheitsverhältnissen in den Mitgliedsstaaten nach abschließender Ratifizierung des Vertrages von Maastricht nur noch schwer zu stoppen ist. Die normativen Strukturen des Maastrichter Vertrages werden von der Autorengruppe jedoch in keiner Weise berücksichtigt.

Art. 109 j Abs.2 und 3 EGV normieren einen Stufenplan für die Einführung der dritten Stufe der EWU, der letztlich zu einem Beschluß des Europäischen Rats in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs im Frühjahr 1998 führen wird, für den die in Art. 109 j Abs.1 S.3 EGV genannten Kriterien lediglich "Maßstäbe" bilden. Angesichts zahlreicher Interpretationsspielräume der in den Protokollen Nr. 5 und 6 zum EUV näher präzisierten Konvergenzkriterien, entpuppt sich der Streit um "Dreikommanull" immer mehr als ein Streit um des Kaisers Bart, der selbst von neoliberaler Seite nicht ernstgenommen wird<sup>5</sup>. Von neokonservativer Seite wird ohnehin kein substantielles "Nein" zum "Euro" vorgetragen, sondern nur eine Verschiebung gefordert, bis alle Konvergenzkriterien "buchstabengetreu" erfüllt sind. Gleichzeitig wird am Einführungsstermin 2002 bei Verkürzung der Einführungsphase auf ein Jahr durchaus festgehalten, sofern nur der Stabilitätspakt von Dublin, der in Nachahmung US-amerikanischer Vorbilder in Richtung 0,0% geht eingehalten wird<sup>6</sup>. Das eigentliche Anliegen der

Neoliberalen ist der Stabilitätspakt von Dublin. Ein resolutes rechtes "Nein" zum Euro erfolgte bisher nur innerhalb des neurechten Diskurses, allerdings aus Gründen, die mit Euro und Binnenmarkt selbst nichts zu tun haben, sondern sich gegen die EU in jeder Form, als "Zerstörer" der "ethnischen Volksnationen" richten<sup>7</sup>.

Der Zeitpunkt des Eintritts in die dritte Stufe wurde auf der Tagung des Europäischen Rates vom Dublin im Dezember 1996 ausdrücklich auf den 01.01.1999 festgelegt. Übrig bleibt daher nur noch der Anfang 1998 zu erwartende Beschluß über den unwiderruflichen Eintritt in die dritte Stufe der EWU. Dies bedeutet, daß alle im Beschluß genannten Länder, die zum 01.01.1998 die Kriterien erfüllen, an der EWU teilnehmen müssen, sofern sie keinen Vorbehalt gezeichnet haben (United Kingdom, Dänemark)<sup>8</sup>. Es ist angesichts von Art. 109 j Abs.4 EGV auch keineswegs abwegig, daß die EG sich bei nicht termingerechter Einführung des Euro trotz Erfüllung der Kriterien, unter Umständen horrender Schadensersatzansprüche aufgrund Verletzung von Primärrecht ausgesetzt sehen würde. Es dürfte durchaus diskussionsfähig sein, daß sich - auch angesichts der bereits erlassenen EG-Verordnungen - diesbezüglich subjektive Rechte herleiten lassen<sup>9</sup>.

Auf eine Ablehnung im Rahmen der Entschließungen von Bundestag und Bundesrat zu hoffen, die europarechtlich keine Funktion haben, sondern erst in einer zweifelhaften deutschrechtlichen Auslegung durch das BVerfG in den Vertrag hineingelesen wurden<sup>10</sup>, dürfte angesichts der breiten Zustimmung - aus durchaus unterschiedlichen Gründen - in fast allen Parteien illusorisch sein. Die einzige Hoffnung - auch der linken - Euro-Gegner hängt daher im Prinzip daran, daß die Kriterien des Art. 109 j Abs.2 EGV nicht erfüllt werden und dies zu einem Negativentscheid entweder der deutschen Institutionen oder des Europäischen Rates führt - ein nicht mit letzter Sicherheit ausschließbares Szenario<sup>11</sup>.

Eine Stützung derartiger Aussagen würde auch eine klare Analyse voraussetzen, daß die von der Konzeption her ordoliberalen Konvergenzkriterien, die auf der Basis durchaus fraglicher Daten gesetzt worden sind, insgesamt dysfunktional sind. Dagegen ist einzuwenden, daß der Anreiz zu einer konsequen-

ten Haushaltsdisziplin die Funktion des Staates grundsätzlich eher stärkt als schwächt und angesichts der durch die amtierende Regierungskoalition herbeigeführten Lage auf nationaler Ebene zunächst unausweichlich sein wird. Hohe Verschuldensquoten des Staates führen unter geltenden Bedingungen zu einer Erhöhung der Abhängigkeit vom Kapitalmarkt<sup>12</sup>. Haushaltsdisziplin schließt angemessene Regulation des Wirtschaftssystems und des Arbeitsmarktes keineswegs aus.

#### Sozialdemokratische Europapolitik nach Einführung des "Euro"

Es ist illusorisch anzunehmen, der Euro ließe sich zwar nicht verhindern, aber noch vor dem 01.01.1999 unter anderen Bedingungen als den gegebenen einführen oder aber verhindern, um damit die Voraussetzungen für eine bessere politische Union zu schaffen. Die Einführung des Euro wird nicht zum Untergang der europäischen Idee führen. Ohnehin muß diese Idee immer im Kampf mit dem institutionalisierten Diskurs von Herrschaftswissen ausgefochten werden. Um die Folgen der Globalisierung in Europa angemessen zu verarbeiten, bedarf es einer regulierenden Wirtschafts- und Sozialunion, die in Amsterdam noch nicht durchgesetzt werden konnte<sup>13</sup>, deren Durchsetzung aber bei künftigen Regierungskonferenzen keineswegs auszuschließen ist. Jenseits eines "Ja" oder "Nein" zum "Euro" eröffnet sich daher die Perspektive, die - völlig kontingente - Konstruktion von Maastricht evolutionär durch eine neue Konstruktion zu ersetzen. spw

- 1 Krämer, Ralf/Kremer, Uwe/Möbbeck, Susi/Schuster, Joachim/Wehr, Andreas/Westphal, Thomas: Raus aus der Sackgasse - Kurskorrektur für Europa, in: spw 03/97, S. 29f., Abschnitt 01.
- 2 Insoweit bestehen einige sachliche Übereinstimmungen zu Positionen der PDS, s. Gysi, Gregor: "Wir kriegen Tausende Gauweilers": Die Linke und Europa (2): Maastricht befördert den Nationalismus, den es angeblich überwinden helfen soll, in: die tageszeitung v. 26./27.07.1997, S. 10, und der KPF, s. Todd, E.: "Maastricht - das ist der Abgrund", in: taz v. 13.05.1997, S. 10.
- 3 Etwa, Cassen, Bernard: Gewaltmarsch zur Einheitswährung, in: Le Monde diplomatique, dt. Ausgabe, 11/96, S. 18f.; Ders.: Der französische Weg zum Konvergenzdiktat, ebd., 05/07, S. 12f.; Ramonet, I.: Europas Bundesbank, ebd., 07/97, S. 1.
- 4 Kahn - Strauss, Dominique: "Je eher der Euro kommt, desto besser, in: Die Zeit, Nr. 31, 25.07.1997, S. 11.
- 5 S. etwa die Ausführungen von Norbert Walter in: Blätter für deutsche und inter-

*Der Weg zu einer demokratisch und rechtsförmig strukturierten EU führt nur noch über umfassende Politisierungen der Notwendigkeit politischer Regulationen auf europäischer Ebene im Hinblick auf erneute vertragsändernde Regierungskonferenzen nach Einführung des Euro.*



6 nationale Politik 09/97, S. 800ff.  
 Prieue, Jan: Am Ende soll 0,0 stehen. Euro - Die Zugangskriterien zur EWU bestimmen die Schlagzeilen. Dahinter lautet weitgehend unbeachtet der Stabilitätspakt, der die Euro Teilnehmer auf Dauer in ein neoliberales Korsett zwingen soll, in: Freitag v. 29.08.1997, S. 6.  
 7 S. etwa Brunner, Manfred.: Europa und Nation, in: Schwilk/Schacht, Ralf Hanse: Die selbstbewußte Nation, 3. Aufl., Berlin., 1995, S. 381ff.

8 Einzelheiten etwa bei König/Pechstein: Die Europäische Union, Tübingen, 1995, S. 130ff. (Kap. 7, Rn. 12ff.).  
 9 Grundlegend bisher: EuGH, verb. Rechtssache C - 46/93 und C - 48/93. Neue juristische Wochenschrift (NJW), Heft 19, 1996, S. 1267ff., (Brasserie de Pecheur/Factortame). Eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes ist zu erwarten.  
 10 S. BVerfGE 89, 155, 203 ("Maastricht").  
 11 Zu den einzelnen Szenarien, ausf.: Mül-

ler, H.: Zur politischen Ökonomie der Auswahl der EWU - Teilnehmer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 06/97, S. 704ff.  
 12 Huffscheid, Jörg: Ursachen, Funktionen und Nutznießer der Staatsverschuldung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 04/97, S. 454ff.  
 13 S. Europäischer Rat, Tagung am 16. und 17. Juni, 1997. Schlußfolgerungen des Vorsitzes (Vorläufige Fassung), Brüssel/Bonn, 1997, S. 6ff.

In der beschäftigungspolitischen Diskussion wird in der letzten Zeit immer häufiger vom sogenannten holländischen Modell gesprochen. Die im Vergleich zu Deutschland günstige Lage sei das Ergebnis einer zwar nicht immer populären, aber letztlich doch sachlich erfolgreichen Politik. Zur Erläuterung der vermeintlich günstigen Stellung der Niederlande wird auf verschiedene Indikatoren verwiesen. An erster Stelle wird zumeist der in den letzten Jahren kontinuierliche Anstieg der Beschäftigtenzahl, der sich auch in einer Reduzierung der Arbeitslosenquote niederschlägt genannt. So beträgt die Arbeitslosenrate 1996 'nur noch' 6,7%, wobei in den nächsten Jahren eine weitere Abnahme prognostiziert wird. Auch im langfristigen Vergleich seit 1983 sei der Beschäftigungsanstieg mit insgesamt 1,5% in den Niederlanden höher als etwa in der Bundesrepublik mit 0,4%.

Die günstigen Arbeitsmarktzahlen werden zumeist in einem Atemzug mit den angeblich günstigen Rahmenbedingungen in den Niederlanden genannt. So sei die Kostenstruktur bei wesentlichen Kostenfaktoren (Lohnstückkosten, Energiekosten, Kosten für Telekommunikation etc.) im Vergleich mit Deutschland merklich günstiger. (Vgl. HAZ vom 29.3.1997) In Verbindung mit dem nunmehr schon über mehrere Jahre über dem europäischen Durchschnitt liegenden Wirtschaftswachstum hat sich mittlerweile auch die Haushaltslage der Niederlande erheblich verbessert. Die günstige Einnahmesituation veranlaßte die Regierung im Frühjahr 1997, kurzfristig Steuererleichterungen zur Förderung von Kaufkraft und Beschäftigung zu beschließen. "Damit wird jedoch nicht der Haushalt belastet, sondern ein durch Steuererleichterungen sowie Minderausgaben im Sozialbudget überraschend entstandener Finanzierungsspielraum ge-

nutzt." (Handelsblatt vom 23.4.1997) Immerhin geht es dabei um ein Entlastungsvolumen von über drei Mrd. Gulden, dies entspricht etwa drei Mrd. DM.

Besonders interessant an der niederländischen Entwicklung ist die Rolle, die den Tarifparteien allgemein zugeschrieben wird. So hebt der Präsident des niederländischen Metallarbeitgeberverbandes in einem Interview mit dem Handelsblatt hervor, "daß die Reformen vor allem durch ein Konsensmodell hätten durchgesetzt werden können, das in den Niederlanden eine besondere Tradition habe. Das System des 'permanenten sozialen Dialogs', der auch zwischen Politik und Sozialpartnern institutionalisiert sei, habe sich bewährt." (Handelsblatt vom 2./3.5.1997)

Faßt man die gängige Diskussion zusammen, wird folgende Konstellation als holländisches Modell bezeichnet: Umverteilung von unten nach oben durch Lohnzurückhaltung, Sozialabbau und Steuersenkungen sowie eine umfassende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Diese Politik wird dabei im wesentlichen sozialpartnerschaftlich zwischen der Regierung, den Unternehmern und den Gewerkschaften ausgehandelt und letztlich gemeinsam getragen. Als Erfolg des 'Modells' sinken die Arbeitslosenzahlen, die wirtschaftliche Entwicklung verläuft überdurchschnittlich gut und die Staatsfinanzen können durch konjunkturbedingte Mehreinnahmen konsolidiert werden.

In der Diskussion wird suggeriert, daß eine neoliberale Politik gepaart mit einem bestimmten Verhalten der Tarifpartner maßgeblich die vermeintlichen beschäftigungspolitischen Erfolge der Niederlande begründen und die letztlich nicht geleugneten Nachteile dieser Politik kompensieren. Betrachtet man aber die in der Diskussion unterstellten Erfolgsfaktoren genauer, ergeben

## Vorbild oder Propaganda?

Anmerkungen zum sogenannten holländischen Modell

Joachim Schuster\*

sich erhebliche Zweifel an der obigen Argumentation.

### Erfolgsfaktoren im einzelnen

a) Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist maßgeblich einer offensiven Exportorientierung geschuldet, die auf einer realen Unterbewertung des Gulden durch die Koppelung der Wechselkursentwicklung an die DM in Verbindung mit einer moderaten Lohnentwicklung basiert. Abgesehen davon, daß eine solche Strategie grundsätzlich nicht für alle Staaten erfolversprechend sein kann, weil nicht alle Staaten mehr exportieren als importieren können, verbietet sich eine solche Strategie eigentlich vollkommen für die Bundesrepublik als dominanter Ökonomie in Westeuropa. Schon die heutige extreme, mit einer strikten Stabilitätspolitik gekoppelte Exportorientierung Deutschlands erweist sich als Hemmschuh für die westeuropäische Entwicklung, da durch das egoistische Verhalten der Bundesrepublik letztlich die wirtschaftliche Entwicklung in den anderen Staaten eher behindert wird. Eine solche wirtschaftspolitische Strategie ist zudem immer dem Risi-

*Hauptverantwortlich für die positive Beschäftigungsbilanz der Niederlande ist die deutliche, im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Ausweitung der Teilzeitarbeit.*

\* Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft (ispw) in Bremen, Mitglied der spw-Redaktion.

*In völligem Kontrast zur Argumentation der Propagandisten des 'Modells Holland' ist es die hohe Zahl (über 10% der niederländischen Beschäftigten) der durch die Invaliditätsversicherung finanzierten Erwerbsunfähigen, die den Arbeitsmarkt spürbar entlastet.*

ko ausländischer Gegenmaßnahmen ausgesetzt bzw. vom ausländischen Konjunkturverlauf abhängig. Die Exportorientierung ist für ein kleines Land eine rationale politische Orientierung und kann unter bestimmten Bedingungen recht erfolgreich sein. Eine dominante Ökonomie sollte jedoch neben der eigene Entwicklung immer auch die Verhältnisse in den anderen Ländern im Blick haben und in der eigenen strategischen Ausrichtung berücksichtigen.

b) Die gelobte Haushaltskonsolidierung über den Sozialabbau kann keine Begründung für die im Vergleich relativ gute beschäftigungspolitische Entwicklung darstellen. Zwar hat es in den letzten Jahren erhebliche Einschnitte in das soziale Netz gegeben, bis heute haben die Sozialausgaben jedoch im Vergleich zu Deutschland immer noch ein höheres Niveau. Zudem schreitet der Sozialabbau auch in der Bundesrepublik rapide voran.

Der Sozialstaat ist aber in einer anderen Perspektive eine Ursache für die gute Arbeitsmarktbilanz, die allerdings in einem vollständigen Kontrast zur Argumentation der Propagandisten des 'Modells Holland' steht. Die hohe Zahl (über 10% der niederländischen Beschäftigten) der durch die Invaliditätsversicherung finanzierten Erwerbsunfähigen entlastet den Arbeitsmarkt spürbar. Es zeigt sich, daß Sozialpolitik durchaus auch arbeitsmarktpoliti-

deutliche, im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Ausweitung der Teilzeitarbeit. Auch hierdurch werden die neoliberalen Propagandisten des Modells Lügen gestraft. Die Beschäftigungserfolge beruhen nicht auf besonders günstigen Rahmenbedingungen, sondern schlicht auf der Umverteilung vorhandener Arbeit, allerdings in einer Form, in der die Kosten der Arbeitszeitverkürzung fast vollständig auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt werden. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß die Teilzeitarbeit in den Niederlanden sozial- und arbeitsrechtlich Vollzeittätigkeiten gleichgestellt ist. Dennoch ist die in den Niederlanden gängige Praxis von Teilzeitarbeit sozialpolitisch nicht unproblematisch, weil mit dieser Tätigkeit für einen erheblichen Teil der Teilzeitbeschäftigten keine eigenständige Lebensführung gewährleistet ist.

d) Die Kompromißorientierung der Tarifpartner in den Niederlanden scheint ebenfalls kein außergewöhnlicher Faktor zu sein. Der niederländische Korporatismus weist in vielerlei Hinsicht ähnliche Züge auf wie der deutsche, wobei der Grad der Institutionalisierung und die Einbeziehung des Staates sicherlich ausgeprägter ist. Allerdings war die Kampfkraft der Gewerkschaften in den Niederlanden zu Beginn der 80er Jahre nicht ausreichend, um Angriffe auf soziale Errungenschaften seitens der Regierung und der Unternehmen abzuwehren. Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit waren sie gezwungen, erhebliche Zugeständnisse zu machen, haben aber gleichzeitig versucht, aus dieser Lage das Beste zu machen. Dies hat im Ergebnis zur tariflichen Reglementierung auch von prekären Arbeitsverhältnissen oder der Teilzeitbeschäftigung geführt.

e) Ein wesentlicher Unterschied besteht dagegen beim Verhalten der Arbeitgeber. In Deutschland ist bei den Arbeitgeberverbänden eine immer größere Distanz und Abkehr von dem sozialpartnerschaftlichen Kompromiß der Nachkriegszeit zu verzeichnen, während die niederlän-

dischen Arbeitgeber dazu bereit zu sein scheinen, diesen Kompromiß auch auf Basis neuer ökonomischer Entwicklungen zu erneuern.

### Modell für Deutschland?

Eingangs erwähnte euphorische Stimmen entlarven sich angesichts der realen Entwicklung und deren Ursachen mehr als neoliberale Propaganda denn als richtige Einschätzung der Vorgänge im Nachbarland. In oberflächlicher Manier werden Einzelaspekte der Entwicklung hervorgehoben, um damit wirtschaftspolitische Rezepte anzupreisen, deren Wirkung höchst umstritten ist. Es hat mit seriöser Auseinandersetzung nichts zu tun, wenn der Verweis auf das angebliche 'Vorbild Niederlande' nur dazu führt, den Gewerkschaften einreden zu wollen, daß sie nur im Konsens weitere Lohnkürzungen, Sozialabbau und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hinnehmen sollten, und schon würde die Beschäftigung steigen.

Zwei Elemente der niederländischen Politik sind aber meines Erachtens durchaus auch für die Bundesrepublik von großem Interesse und können unter Umständen vorbildhaft für die deutsche Entwicklung werden:

1. Wenn auch mehr aufgrund ungünstiger gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse erzwungen, sind ein erheblicher Teil der arbeitsrechtlichen Flexibilisierungsmaßnahmen von Abkommen zwischen den Tarifpartnern begleitet worden. Es bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten, ob die dort gefundenen Regelungen wirklich ein gewisses Schutzniveau für die Beschäftigten festschreiben. Dabei wäre zu prüfen, welche Regelungen sich auch in anderen Ländern als sinnvoll erweisen könnten, zumal die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in allen hochentwickelten Ländern in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet wurde.

2. Der Anteil von Teilzeitarbeit an den Beschäftigungsverhältnissen hat in der Bundesrepublik noch keineswegs seinen Höhepunkt erreicht. Viele Beschäftigte sind durchaus bereit, weniger zu arbeiten, auch wenn dies mit entsprechenden Einkommensverlusten verbunden ist. Es gibt eine relativ große Gruppe von Beschäftigten, die von ihrem Einkommensniveau her in der Lage und willens ist, auf Einkommen zu verzichten, um dadurch mehr Zeit für

Angaben für 1996 in Prozent	D	NL
Öffentliche Verschuldung in % des Bruttoinlandsprodukts	59,0	78,0
Wirtschaftswachstum	1,4	2,7
Staatsquote	50,6	55,2
Inflationsrate	1,5	2,1
Arbeitslosenquote	10,3	6,6
Anstieg der Bruttolöhne	0,7	1,6
Anstieg der Produktivität	2,5	0,6
Spitzensteuersatz	53,0	60,0
Lohnnebenkostenanteil an den Lohnkosten	40,6	50,0

sche Effekte aufweist. Inwieweit eine derartige Reduzierung der Arbeitslosenzahlen auf Dauer finanzierbar ist, bzw. inwieweit diese Art der Arbeitsmarktpolitik von den Betroffenen positiv aufgenommen wird, sei dahingestellt. Fakt ist jedoch, daß die offizielle Arbeitslosenstatistik davon erheblich profitiert hat.

c) Hauptverantwortlich für die positive Beschäftigungsbilanz ist die

andere Aktivitäten zu erhalten. Zeitsouveränität wird heutzutage zu einem durchaus angestrebten Ziel. Insbesondere für Männer werden aber zur Zeit in Deutschland kaum Teilzeitarbeitsplätze angeboten. Hier könnte eine Teilzeitorientierung ansetzen. Allerdings sollte davon nicht die vollständige Lösung der Beschäftigungsprobleme in der Bundesrepublik erwartet werden. "Mehr Beschäftigung durch einen Teilzeitboom würde (...) nicht notwendigerweise zu einem gleich großen Abbau der Arbeitslosigkeit führen, weil gleichzeitig eine - sozialpolitisch durchaus erwünschte - Mobilisierung der sogenannten 'Stillen Reserve' zu erwarten wäre. Eine arbeitsmarktpolitische Förderung der Teil-

zeitbeschäftigung stößt (darüber hinaus, J.S.) auf Grenzen, weil die Akzeptanz dieser Beschäftigungsform in hohem Maße von der 'Flexibilität in den Köpfen' der beteiligten Arbeitsmarktakteure abhängig zu sein scheint." (Walwei 1997, S. 175)

Solche 'mentalen Hindernisse' sind sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie auch der abhängig Beschäftigten durchaus vorhanden und können nur relativ langsam überwunden werden. Und eine politische Teilzeitorientierung wird nur dann keine sozialpolitisch negativen Folgen aufweisen, wenn sie auf freiwilligen Entscheidungen für eine reduzierte Arbeitszeit und die damit verbundenen Einkommenseinbuße beruht.

spw

Luftverunreinigungen, atomare GAUs, das Ozonloch und der Treibhauseffekt kennen keine nationalstaatlichen Grenzen. Umweltkatastrophen oder schlicht die Folgen politischer (Fehl-) Entscheidungen im Umweltbereich betreffen Millionen Menschen über alle Grenzen hinweg.

Das Versprechen der Europäischen Union auf dem Weltumweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro, die CO<sub>2</sub> Emissionen erheblich zu verringern, wartet noch auf seine Einlösung. Dem Ratsbeschluss vom 3. März 1997, den CO<sub>2</sub> Ausstoß bis zum Jahr 2010 um 15%, bezogen auf den Stand von 1990, zu verringern, müssen Taten folgen.

Der europäische Elektrizitätsbinnenmarkt ist der wirtschaftliche Teil einer richtigen Antwort auf die Zeichen der Zeit. Vorbei die Zeiten, in denen Ressourcenpolitik und Versorgungssicherheit auf nationalstaatlicher Ebene gedacht werden konnten, vorbei die Zeiten, in denen Energiepolitik unter rein versorgungstechnischen Maßgaben ohne Rücksicht auf ökologische Risiken oder nachkommende Generationen gedacht wurde: Hier muß europäisch gedacht werden, um angemessene Maßnahmen treffen zu können. Die Europäische Union muß jetzt als politischer Akteur 'die entscheidenden energiepolitischen Weichen stellen, will sie nicht den technologischen, industriellen und ökologischen Entwicklungen Japans und

Amerikas im Energiebereich hinterher hinken. Mit einer konsequenten Energiepolitik gibt sich die EU die Möglichkeit, ihre energiepolitischen Versprechen in die Tat umzusetzen und den technologischen und industriellen Sprung ins 21. Jahrhundert zu vollziehen.

#### **Eine Strategie für die Zukunft: Erneuerbare Energien in die EU!**

Energiepolitik kann nicht für sich allein betrachtet, sondern muß im Zusammenhang mit einer Reihe komplexer Faktoren diskutiert werden. Dadurch können energiepolitische Zielsetzungen nur im abgestimmten Zusammenspiel von Entwicklungsmaßnahmen für Energietechnologien und landwirtschaftlichen Maßnahmen in bezug auf die Nutzung von Biomasse Maßnahmen aus den Bereichen der Verkehrs- und Finanzpolitik, sowie der Forst- und Agrarpolitik erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Mit dem Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie muß daher ein Aktionspaket verabschiedet werden, das sowohl einen detaillierten Umsetzungsplan für die vorgeschlagenen Maßnahmen enthält als auch konkrete Hinweise auf Finanzierungsmöglichkeiten. Unterteilt in bindende und unterstützende Unionsmaßnahmen muß eine kohärente europäische Strategie zur konsequenten Förderung erneuerbarer Energiequellen folgende Elemente im einzelnen beinhalten:

#### **Literatur**

- DIW (1997): Die Niederlande - Beschäftigungspolitische Vorbild?, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 16  
 ifo-Institut (1997): Niederlande, in: ifo-schnelldienst, Nr. 9  
 OECD (1997): Wirtschaftsausblick, Juni, Paris  
 Schmid, Günther (1997): Jobwunder Niederlande - Eine moderne Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: WZB-Mitteilungen 76, Juni  
 Slomp H. / Kurt P. Tudyka (1993): Niederlande, in: Bispinck, Reinhard/ Wolfgang Lecher (Hrsg.) Tarifpolitik und Tarifsysteme in Europa - ein Handbuch über 14 europäische Länder, Bund-Verlag, Köln  
 Walwei, Ulrich (1997): Mehr Teilzeitbeschäftigung durch flexiblere Arbeitszeitarangements? - Eine Analyse auf der Basis eines internationalen Vergleichs, in: Dieter Sadowski/ Kerstin Pull: Vorschläge jenseits der Lohnpolitik - Optionen für mehr Beschäftigung II, Campus, Frankfurt

## Perspektiven Erneuerbarer Energien in der Europäischen Union

von Mechthild Rothe\*

#### **Bindende Unionsmaßnahmen oder: Ordnungspolitische Rahmenmaßnahmen in Zeiten vorschreitender Liberalisierung**

Der Energiebinnenmarkt muß durch eine Reihe ordnungspolitischer Maßnahmen begleitet und sein weiteres Vorschreiten sorgfältig beobachtet werden. Die systematische Einführung erneuerbarer Energien und entsprechender Technologien darf nicht behindert werden. Erneuerbare Energieformen müssen einen fairen Marktzugang erhalten: Das Bemühen um Markteinführung und Marktdurchdringung für die regenerativen Energien darf nicht Sache des privaten Engagements bleiben; sie ist vor allem eine staatliche Aufgabe, der

*Vorbei die Zeiten, in denen Ressourcenpolitik und Versorgungssicherheit auf nationalstaatlicher Ebene gedacht werden konnten oder Energiepolitik ohne Rücksicht auf ökologische Risiken oder nachkommende Generationen gedacht wurde.*

\* Mechthild Rothe ist Mitglied im Ausschuß für Forschung, technologische Entwicklung und Energie und stellv. Vorsitzende der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, sie lebt in Bad Lippspringe.

„Die PROKLA ist eine der um Längen besseren Zeitschriften in dem ohnehin dünnen Marktsegment 'kritische Sozialwissenschaft' ..., viele ihrer Beiträge ersetzen so manches Buch.“

(Ingwer Schwensen/ Mittelweg 36)



## Landwirtschaft

Mit Beiträgen u.a. von

RAMCHANDRA GUHA/JUAN MARTINEZ-ALIER

Die Vermarktung der Artenvielfalt

VATHSALA AITHAL

Ein feministischer Blick auf Wasser. Das Beispiel Indien

TANJA RAUCH

Schutz der Umwelt durch Abbau des Agrarprotektionismus der EU?

RALF CLASEN

Die Transformation der Landwirtschaft in Ostdeutschland und ihre Folgen für die Agrarpolitik und die berufsständische Interessenvertretung

KURT JACOBS

Landwirtschaft und Ökologie im «Kapital»

Abo-Bestellformulare erhalten Sie direkt beim Verlag:

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT** 

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020  
e-mail: dampfboot@login1.com  
http://www.login1.com/dampfboot

sich sowohl die regionalen, nationalen als auch der europäischen Gesetzgeber stellen müssen.

Im Gegensatz zu konventionellen Energien können regenerierbare Energien einen positiven Gesamteinfluß auf Gesellschaft und Umwelt haben. Momentan reflektieren die Preise aus nuklearen oder fossilen Brennstoffträgern hergestellter Energie nicht die realen Kosten, die zur Herstellung dieser Energie benötigt werden. Weder die sozialen Kosten noch die ökologischen Kosten (Braunkohleabbau über Tage, Zwischen- oder Endlagerung von nuklearen Brennstäben) werden gegenwärtig in die Kostenkalkulation für Energiepreise mit einbezogen. Für diese Kosten muß - nolen volens - die Gesamtgesellschaft aufkommen, ohne daß ihr tragfähige energiepolitische Alternativen geboten würden. Das Argument der hohen Kosten für die Nutzung erneuerbarer Energien erfährt somit eine erhebliche Relativierung. Ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einer kohärenten Gemeinschaftspolitik im Bereich der erneuerbaren Energien ist daher die Internalisierung der externen Kosten der Energieherstellung.

### Einführung einer Energiesteuer

Die Einbeziehung der sozialen und ökologischen Kosten durch eine Besteuerung von konventioneller Primärenergie ist längst überfällig. Eine Steigerung der Energiepreise muß daher spürbar erfolgen. Eine stufenweise und mit Steuersenkungen in anderen Bereichen flankierte Politik führt auch nicht zu einer Gefährdung der Wirtschaft, der Exportchancen der Industrie oder zu sozialen Nebeneffekten zu Lasten der schwächeren Bevölkerungsteile.

### Einspeiseregulierung

Unabhängig von einer solchen Steuerreform ist der faire Zugang zum Markt für erneuerbare Energietechnologien sicherzustellen. Im Strommarkt ist eine gemeinschaftsweite Einführung einer Einspeiseregulierung gefordert. Vorarbeiten gibt es hier bereits aus einer Reihe von Initiativen zur Förderung der erneuerbaren Energien, hier sei insbesondere auf den Entwurf einer Richtlinie für ein Europäisches Einspeisegesetz von Eurosol hingewiesen.

### Energierahmenprogramm

Aus grundsätzlichen energiepolitischen Überlegungen heraus ist ein Energierahmenprogramm sinnvoll.

Das Europäische Parlament hat die Kommission aufgefordert, ein solches vorzulegen, und erwartet eine gesonderte Haushaltszeile für regenerative Energiequellen.

Mittelfristig ist die Verabschiedung eines Europäischen Vertrages zur Förderung solarer Energien anzustreben. In einem solchen Vertrag müßten Ziele, Programme, und finanzielle Vorkehrungen zugunsten erneuerbarer Energien festgelegt werden. Gleichzeitig könnten mit einem solchem Vertrag die entsprechenden juristischen Grundlagen für eine Reihe der unten angesprochenen Fördermaßnahmen und Hilfen geschaffen werden.

### Eine Konzertierte Aktion zur Förderung erneuerbarer Energien

#### Markteinführungshilfen

Der Energiemarkt in seiner jetzigen Form ist nicht gottgegeben, sondern das Resultat von jahrzehntelanger Struktur- und Industriepolitik zugunsten der Kernenergie. Deshalb werden die erneuerbaren Energien den liberalisierten europäischen Energiemarkt nicht ohne Starthilfe erobern können. Während in Japan und den USA die industriepolitische Bedeutung der erneuerbaren Energien längst erkannt ist, zögert die EU aus kurzfristigen vermeintlich wettbewerbsspolitischen Erwägungen heraus noch mit der Förderung der Solarenergien. Um den erneuerbaren Energien eine faire Einstiegschance auf dem liberalisierten Binnenmarkt zu geben, ist ein zeitlich begrenztes Aktionspaket vonnöten (z. B. strategische Marktstudien wie in Großbritannien). Experten gehen davon aus, daß z.B. die skandinavischen Länder einen großen potentiellen Markt für den Absatz von Photovoltaik-Anlagen darstellen, etwa für die Stromversorgung der Sommerhäuser in abgelegenen Gegenden.

Zur Förderung des Außenhandels in diesem Bereich müssen Exportanreize geschaffen werden. Renewable Energy Trade Events, die mit Regierungsmitteln der USA in Ländern Lateinamerikas mit großem Erfolg durchgeführt werden, ließen sich sicherlich auch auf die EU und ihre Nachbarregionen in Form von gesamteuropäischen und mediterranen Messen für erneuerbare Energien anwenden.

Wichtige Hilfen für Kleinerzeugern von Strom aus erneuerbaren Energiequellen sind Krediterleichterungen.

rungen: Gegenwärtig sind nur wenige Banken bereit, Hypotheken, die im Rahmen eines Hauskaufs oder Hausbaus aufgenommen werden, auf Photovoltaikanlagen, die Bauherren installieren möchten, auszuweiten. Statt Abschreckung potentieller KleinerzeugerInnen sind hier Anregungen und Initiativen gefragt, die es Bauherren ermöglichen, die Kosten der Anlagen über einen Zeitraum von 20 Jahren gemeinsam mit den Hauskosten abzuzahlen.

Bereits aufgrund der Zielgruppen (Bauherren, kleinere und mittlere Firmen) solcher Programme wird deutlich, daß die EU nur Anregungen geben und den finanziellen Rahmen setzen kann. Um die Programme bürgernah und möglichst unbürokratisch zu gestalten, ist die hier eine enge Zusammenarbeit der EU mit den Mitgliedstaaten und den Regionen gefordert.

**Forschung und Entwicklung**

Während in der Europäischen Union die erneuerbaren Energien vorwiegend aus umweltpolitischen Gesichtspunkten gefördert werden, wird sowohl in Japan als auch in den USA die strategische Rolle der Solartechnologien für die Industrie immer mehr erkannt. Den Solartechniken wird dabei ein zukünftiger Stellenwert zugerechnet, der den industriellen Marktperspektiven der Informationstechnologien im 21. Jahrhundert entspricht oder über diese hinausgeht. Neben effektiven Programmen zur Markteinführung bedarf es daher eines umfassenden Forschungsprogramms. Während die Technologien in einigen Bereichen (Windenergie, Photovoltaik) längst marktreif ist, gibt es in anderen Bereich noch Forschungsbedarf. Diese Bereiche sind im Einzelnen: Wellenenergie, Katalyse, Pyrolyse, Biomasse, und Energie aus Methanol. Weitere Beispiele für marktorientierten Forschungsbedarf sind Projekte zur Verbesserung der derzeitigen Leistungs- und Lärmstandards z.B. bei der Windenergie und der Verbesserung der Produktqualität der Photovoltaik-Anlagen.

Der Forschung zugunsten Erneuerbarer Energien muß daher im Fünften Forschungsrahmenprogramm eine besondere Rolle zugewiesen werden. Fördermittel in mindestens der gleichen Höhe wie die heute noch vorgesehenen Förderausgaben für Kernfusionsforschung müssen für Forschungsvorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien zur Verfügung gestellt werden. Ebenfalls muß

der Austausch zwischen Expertinnen und Experten aus dem Forschungsbetrieb der erneuerbaren Energien auf europäischer Ebene ermutigt und gefördert werden.

**Bildung und Ausbildung**

Dies hat zudem positive Auswirkungen auf den Bildungs- und Ausbildungsbereich. Nach Möglichkeit sollten Aspekte des Energiesparens, der Gewinnung und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen in relevante Ausbildungs- und Studiengänge (z.B. ElektroinstallateurInnen, Architekturstudiengänge) integriert werden. Mit EU-Forschungsgeldern können zusätzlich neue Studiengänge, die der Interdisziplinarität internationaler Umwelt- und Energiepolitik Rechnung tragen, geschaffen und europäische Forschungszentren finanziert werden. Für bereits Berufstätige in relevanten Branchen sollten entsprechende berufliche Qualifikationsmöglichkeiten, am besten in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern angeboten werden.

**Erneuerbare Energien in den Außenbeziehungen der EU**

Berücksichtigt man die Energiesituation in den angrenzenden Regionen der EU, so wird die Bedeutung der erneuerbaren Energien für die Außenwirtschaftsbeziehungen der EU, aber auch für ihre Außenpolitik deutlich. Durch den konsequenten Einsatz erneuerbarer Energien wird sich die Importabhängigkeit der EU von Öl aus Drittstaaten verringern. Die Gewinnung von Primärenergie aus Kohle geht aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten in den osteuropäischen Staaten bei einem leicht steigenden Energiebedarf zurück. Gleichfalls ist anzunehmen, daß die Staaten der ehemaligen Sowjetunion weiterhin auf Erdgas setzen werden und ihre Primärenergieerzeugung zu Beginn des nächsten Jahrtausend wieder den Stand der Energieerzeugung der Sowjetunion erreichen wird. Experten gehen davon aus, daß die CO2 Emission weiterhin im Anstieg begriffen sind, aber wahrscheinlich niedriger als zu SU-Zeiten sein werden. Daher ergibt sich auch hier sowohl aus ökologischen als auch wirtschaftlichen Überlegungen heraus ein dringender Kooperationsbedarf in Fragen der Energiepolitik

Eine ausreichende Energieversorgung ist weiterhin ein Schlüsselbereich in der Entwicklungshilfe. Expertenberechnungen haben ergeben,

daß bei einem umfassenden Einsatz erneuerbarer Energien rund 700 Mio. Menschen in Entwicklungsländern bis zum Jahre 2010 zum ersten Mal Zugang zur Stromversorgung haben könnten. Berücksichtigt man, daß es sich um Energieanlagen handelt, die vor Ort installiert und die mit örtlichem Potential arbeiten werden; kann man sich leicht die sozial-, struktur- und entwicklungspolitischen Nebeneffekte für die betreffenden Regionen und Länder vorstellen. Um so überraschender ist es, daß erneuerbare Energiequellen bislang eine unzureichende Rolle bei den Entwicklungsprogrammen spielen.

**Spezifische EU-Programme zur Förderung Erneuerbarer Energien**

Darüber hinaus müssen spezifische EU-Programme zur Förderung Erneuerbarer Energien geschaffen werden, die als Anstoß oder Demonstrationsprojekte dienen können. So ist die Wiederauflage des ALTENER Programmes dringend geboten: Es gelang ALTENER I in Ansätzen, die Aktionen von Mitgliedsstaaten zu unterstützen und für eine gemeinschaftliche Zielsetzung im Bereich der erneuerbaren Energieträger zu werben. Ein besser ausgestattetes ALTENER II muß diese Arbeit aufgreifen und vertiefen. Weitere notwendige Programme sind Pilotprojekte wie ein 1 Mio. Dächer- und Fassaden- Programm für Photovoltaikanlagen, ein Programm zur Förderung der Energieproduktion aus Biomasse sowie ein Programm zur Förderung von offshore Windanlagen in der Europäischen Union. Das Klassenziel einer nachhaltigen Energiepolitik für die Zukunft kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, erneuerbare Energien nach dem Ablauf der Pilotprojekte zum wirtschaftlichen Selbstläufer zu machen.

Die Förderung regenerativer Energieträger darf nicht nur Objekt zeitlich begrenzter spezifischer Pilotprogramme bleiben, sondern muß zur Querschnittsaufgabe ausgebaut werden.

**Die Rolle der Landwirtschaft**

Biomasse ist ein vielversprechender alternativer Brennstoffträger. Gegenwärtig sind in der EU etwa 5 Mio. ha Land stillgelegt. Mit Blick auf die anstehende Erweiterung der europäischen Union und der notwendigen Reform der Agrarpolitik sollten daher Möglichkeiten des gezielten Anbaus von Energienutzpflanzen auf eventu-

*Im Gegensatz zu konventionellen Energien können regenerierbare Energien einen positiven Gesamteinfluß auf Gesellschaft und Umwelt haben.*

*Während in Japan und den USA die industriepolitische Bedeutung der erneuerbaren Energien längst erkannt ist, zögert die EU aus kurzfristigen vermeintlich wettbewerbspolitischen Erwägungen heraus noch mit der Förderung der Solarenergien.*

*Eine ausreichende Energieversorgung ist ein Schlüsselbereich in der Entwicklungshilfe. Um so überraschender ist es, daß erneuerbare Energiequellen bislang eine unzureichende Rolle bei den Entwicklungsprogrammen spielen.*

ell sogar größeren Flächen geprüft werden. Gleichzeitig müssen jedoch gesetzliche Regelungen geschaffen werden, um Monokulturen von Energienutzpflanzen zu verhindern. Da es sich bei potentiellen Energienutzpflanzen um anspruchslose befall-resistente Pflanzen handelt, die wenig Wasser benötigen, kann auf den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln nahezu verzichtet werden. Um negative Umwelteffekte zu vermeiden, sollte dies ebenfalls in einer verbindlichen Regelung niedergelegt werden. Ideale Energienutzpflanzen sind stark zellulosehaltige Pflanzen wie etwa Zuckerhirse.

#### **Standardisierung und Normierung**

Es ist an der Zeit, europäische Minimalanforderungen an Technologie-Normen im Bereich der erneuerbaren Energien zu setzen. Europäische Normenstandards sind nicht nur notwendige vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber den europäischen VerbraucherInnen in einem noch jungen und mit dem Ruch des Experimentellen behafteten Energiesektor, sondern ein entscheidendes Element zur Erleichterung der Einführung erneuerbarer Energien auf dem Europäischen Binnenmarkt. Weiterhin kann davon ausgegangen werden, daß die europäische Forschung durch die Standardisierung von Normen einen Schub erhalten wird, da der Transfer kompatibler Technologien erheblich erleichtert werden dürfte.

#### **Konzierte Aktion mit Mitgliedstaaten und ihren Regionen**

Sollen die EU Programme zur Förderung erneuerbarer Energien kein Tropfen auf dem heißen Stein bleiben, so ist eine konzierte Aktion der EU, der Mitgliedstaaten und der Regionen das Gebot der Stunde. Um zu einem wirklichen Sonnenaufgang für die Photovoltaik zu kommen, müssen sich die Mitgliedstaaten zusätzlich zu den EU-Maßnahmen auf eine Reihe von Maßnahmen einigen und sich auf eine rasche Umsetzung verpflichten. PartnerInnen aus dem öffentlichen wie privaten Sektor der EU müssen einen *Pakt für erneuerbare Energien* schließen und gemeinsam ein jeweils auf die Region abgestimmtes Förderprogramm entwickeln.

Energiesparmaßnahmen sind unverzichtbar und nur dann effektiv, wenn sie lokal initiiert und durchgeführt werden. Wichtig ist hier das En-

gagement der lokalen und nationalen Behörden, die mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Dies gilt insbesondere für leicht umsetzbare Maßnahmen wie verbesserte Wärmeschutzverordnungen bei Neubauten, Fensterdichtungen und verbesserte Isolierung von öffentlichen Gebäuden. Die lokalen Bebauungsvorschriften sollten zugunsten Erneuerbarer Energien geändert werden. Dies gilt für Privatbauten, aber um so mehr für öffentliche Gebäude: Es muß bindende Vorschriften für die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern und an Fassaden öffentlicher Gebäude geben. Öffentliche Schwimmbäder sind ebenfalls je nach örtlichen Gegebenheiten aus Quellen erneuerbarer Energien zu betreiben. Schlüsselrolle muß dabei der konsequente Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, ausgerüstet mit modernen Gas-, Elektro- und Solartechniken auf Kosten des Auto-Individualverkehrs, vor allem in den Städten und innerhalb der Regionen, haben.

#### **Beschäftigungsperspektiven und erneuerbare Energien**

Die konsequente Förderung erneuerbarer Energiequellen in einer Region ist gleichzeitig auch Industrie- und Strukturpolitik: Es ist anzunehmen, daß sich durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien neue Berufsfelder und Perspektiven vor allem in ländlichen Gegenden (Biomasse, Windenergie) ergeben werden. Aber auch in städtischen Regionen ist mit zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen: Vor allem im Bereich Handel und Installation von Photovoltaikanlagen werden neue Beschäftigungsverhältnisse insbesondere in mittelständischen Firmen entstehen. Sich hier auf verbindliche Zahlen für neue Arbeitsplätze auf Unionsebene festzulegen, wäre sicherlich abenteuerlich, da die Expertenschätzungen allein für die Bundesrepublik zwischen 5.000 und 13.000 schwanken und darüber hinaus von einer Vielzahl unbekannter Faktoren (Umfang und Erfolg der Programme, Marktentwicklung nach Ende der Pilotprogramme, Einstieg der großen Betriebe in die Produktion) abhängig sind. Ungeachtet dieser Unwägbarkeiten gehen Expertenschätzungen jedoch davon aus, daß bei einer optimalen Nutzung des Potentials der Erneuerbaren Energien bis zu 1 Mio. Arbeitsplätze auf EU-Ebene entstehen können.

#### **KMU als Hoffnungsträger der Energiepolitik**

Die Erfahrungen sowohl mit breit angelegten Forschungsprogrammen als auch regionalen Initiativen haben gezeigt, daß die großen Energieversorgungsunternehmen nur zögerlich in den heimischen Markt der erneuerbaren Energien einsteigen. In einigen Fällen sind sogar Abwanderungen entsprechender Großbetriebe in die USA bekannt (RWE). Die kleinen und mittleren Unternehmen hingegen zeigen Mut und Bereitschaft, sich dieser neuen Herausforderung zu stellen. Daher muß den spezifischen Bedürfnissen der KMU bei der Konzipierung und Durchführung neuer Programme besonders Rechnung getragen werden (Krediterleichterungen, Investitionshilfen etc.).

Fazit: An Ideen für Programme, Projekte und Pilotversuche besteht kein Mangel. Jetzt ist der politische Wille der beteiligten Akteure auf europäischer Ebene gefordert, ernst zu machen mit den Absichtserklärungen: Es gilt, einen europäischen Aktionsplan vorzulegen und in die Tat umzusetzen, damit die erneuerbaren Energien in der Europäischen Union eine wirkliche Perspektive haben. spw

#### **Literatur**

- Bröer, Guido: Umweltinformation: Sonnenaufgang für die Photovoltaik; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/97; S. 498-502
- Europäische Kommission (Hrsg.): Energy in Europe - die Energie in Europa bis zum Jahre 2020... Ein Szenarien Ansatz; Brüssel 1996
- Europäische Kommission: Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energiequellen. Grünbuch für eine Gemeinschaftsstrategie KOM (96) 576; Brüssel, 1996
- Europäisches Parlament: Entwurf eines Berichts über die Mitteilung der Kommission über Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energiequellen - Grünbuch für eine Gemeinschaftsstrategie. Ausschuß für Forschung, technologische Entwicklung und Energie; Berichterstatterin M. Rothe
- Mehr Druck: Hohe Energiekosten und Umweltschutz sorgen für neue Produkte und damit für Wirtschaftswachstum; Ohne Autorenanzeige; in: Vorwärts 4/97; Seite 10
- Schaub, Andrea: Europäische Energiebinnenmarktpolitik und Umweltpolitik in der Reihe Frankfurter Schriften zum Umweltrecht, Frankfurt 1996

**Otto Bauer ist an allem schuld!**

**A**ls Otto Bauer mit 57 Jahren am 4. Juli 1938 im Exil in Paris starb, da schien alles zerstört und verloren, wofür er gekämpft hatte: die sozialistische Arbeiterbewegung in Österreich, ihre weltweit bewunderten Aufbauleistungen im Roten Wien, die Demokratie und zuletzt auch die Unabhängigkeit der Republik Deutsch-österreich, die wenige Monate zuvor dem „Anschluß“ zum Opfer gefallen war. Den Kommunisten galt er als Verräter, den Konservativen und Kleinkräften als heimlicher Bolschewist. Otto Bauer ist zu Lebzeiten und auch später für viele Niederlagen und Fehlentwicklungen der österreichischen und der europäischen Arbeiterbewegung haftbar gemacht worden. Bis heute steht eine seltsame Einheitsfront der linken und rechten Kritiker des Austromarxismus (von Lenin bis Leser, s. Literaturangaben), seines Dritten Weges und Otto Bauers im besonderen. Die Abneigung der Anti- und „wahren“ Marxisten aller Couleur gilt einem Mann, der wie kaum ein anderer die theoretische und politische Alternative des demokratischen Sozialismus zum Kommunismus und Reformismus verkörpert hat. Die kurzlebige Wiederentdeckung des Austromarxismus und Otto Bauers im besonderen, die in den siebziger und achtziger Jahren stattfand, paßte und paßt all denjenigen nicht, die nach wie vor die Unvereinbarkeit von marxistischer Theorie und demokratischem Sozialismus behaupten. Eines ihrer wichtigsten und bleibenden Ergebnisse war die neunbändige Ausgabe (leider noch immer keine Gesamtausgabe) von Arbeiten Otto Bauers<sup>2</sup>, eine große editorische Leistung der österreichischen Sozialdemokratie, die, anders als die deutsche, sich ihrer marxistischen Tradition durchaus nicht schämt.

**Theorie und Politik**

Otto Bauer war einer der produktivsten und wichtigsten marxistischen Theoretiker dieses Jahrhunderts, aber er war alles andere als ein reiner Theoretiker. Er arbeitete seit 1907 als Fraktionssekretär der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag (die stärkste mit 87 Abgeordneten aus fünf Nationen). Von November 1918 bis Juli 1919 war er Außenminister der neugegründeten Republik Deutsch-Österreich; zugleich war er Vorsitzender der staatlichen Soziali-

sierungskommission, Autor des sozialdemokratischen Sozialisierungsplans und konnte wichtige Reformgesetze (wie das österreichische Betriebsrätegesetz von 1919) durchsetzen. Seit Februar 1919 war er Abgeordneter und wurde rasch zum Wortführer der Sozialdemokratie innerhalb wie außerhalb des Parlaments, obwohl er weder Parteinoch Fraktionsvorsitzender war. Otto Bauer liebte die ihm zugefallene Führerrolle nicht, war dennoch ein fleißiger Parlamentarier, der die „Kärnerarbeit“ in den Ausschüssen nicht scheute, ein häufiger (er hat von 1919 bis 1933 mehr als 130 Reden im Plenum gehalten - eine Auswahl seiner Parlamentsreden findet sich in der Werkausgabe Bd. V, 731ff.), ein geliebter und gefürchteter Debattenredner; er war ein überaus produktiver Journalist - er schrieb beinahe täglich einen Artikel für die „Arbeiterzeitung“ - zudem ein Versammlungsredner und Wahlkämpfer von Format (eine kleine Auswahl seiner Artikel für die Arbeiterzeitung, seiner Parteitage- und Wahlreden findet sich in der Werkausgabe Bd. V und VI).

Unter seiner Führung erreichte die Massenpartei SDAP (mehr als 730.000 Mitglieder, d.h. mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung von 6,5 Millionen) regelmäßig um die 40% der Stimmen bei allen Wahlen zum Nationalrat (mit dem Wahlerfolg vom April 1927 - 42,3% - als Höhepunkt), errang und behauptete sie eine absolute Mehrheit von fast 60% in Wien (das zugleich Stadt und Bundesland war) und war in allen Industriegebieten stark vertreten (fast die Hälfte der Österreicher lebte in sozialdemokratisch regierten Gemeinden). Die KP blieb eine ohnmächtige Sekte. Otto Bauer hat eine Vielzahl von politischen Programmen und Plänen für die österreichische Sozialdemokratie verfaßt oder entscheidend geprägt - so das Nationalitätenprogramm von 1918, das Sozialisierungsprogramm von 1919/20, die Finanzpläne von 1921 und 1931, Arbeitsbeschaffungsprogramme von 1931/32, das Agrarprogramm der SDAP von 1925 und schließlich das Linzer Programm der SDAP von 1926 (III, 1001-1015 und III, 1017-1039). Alle diese Programme hat er auf Parteitag der SDAP in öffentlichen Reden verteidigt (berühmt sind seine Programmreden auf dem Linzer Parteitag von 1926) und durchgesetzt.

Otto Bauer (1881-1938)

## Die Mühen des Dritten Wegs<sup>1</sup>

von Michael R. Krätke\*



*Otto Bauer*

Wie sein Vorbild Victor Adler war Otto Bauer ein großer Lehrer der Arbeiterbewegung, ständig unterwegs zu Reden und Vorträgen, an der Wiener Arbeiterschule und Arbeiterhochschule (einige von seinen Vorlesungsreihen dort, so vor allem seine „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, sind als Mitschriften erhalten geblieben, siehe Werkausgabe Bd. IV, 587ff., vgl. auch Bd. VI, 205ff.), auf Kongressen und Versammlungen aller Teilorganisationen der Sozialdemokratie und der Gewerk-

*Otto Bauer „war der theoretisch und politisch bedeutendste Kopf des austromarxistischen Denkens.“ (Wolfgang Abendroth)*

\* Michael R. Krätke, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam.



Crossover (Hrsg.)  
**Zurück zur Politik**

Für einen ökologisch-solidarischen  
 New Deal  
 1997 - ca. 250 S. - ca. DM 29,80  
 ÖS 218 - SFR 27,50  
 ISBN 3-89691-421-9

Mit Beiträgen u.a. von André Brie, Willi  
 Brüggem, Michael Jäger, Uwe Kremer,  
 Roland Roth und Frieder Otto Wolf.



Rainer Schneider-Wilkes (Hrsg.)  
**Demokratie in Gefahr?**

Zum Zustand der deutschen Republik  
 1997 - ca. 400 S. - ca. DM 48,00  
 ÖS 350 - SFR 44,50  
 ISBN 3-89691-422-7

Mit Beiträgen u.a. von Ralf Dahrendorf,  
 Alex Demirovic, Peter Grottian, Sabine  
 Lang, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth,  
 Birgit Sauer und Bodo Zeuner.

**WESTFÄLISCHES  
 DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020  
 e-mail: dampfboot@login1.com  
 http://www.login1.com/dampfboot

schaften (einige seiner Reden an Parteiorganisationen sind wiedergegeben in der Werkausgabe, Bd. VI, 301ff.). Als Frontoffizier der k.u.k. Armee im ersten Weltkrieg wußte er aus eigener Erfahrung, wovon er sprach, wenn er vor Krieg und Bürgerkrieg warnte. Er war ein tapferer Mann, der weder aufgebracht den Volksmengen noch revolver-schwingenden Faschisten, wie sie damals auch ins österreichische Parlament einzugielten, aus dem Wege ging. Im Gegensatz zur herrschenden Legende war er sich als Sozialist und Führer der weitaus stärksten politischen Partei und sozialen Bewegung seiner Verantwortung für das Land sehr bewußt. Er hat das Wort von der „Verantwortung vor den Müttern des Landes“ geprägt, was heute pathetisch klingt, aber sehr ernst gemeint war. Für ihn galten auch im Umgang mit politischen Gegnern moralische Normen, Anstandsregeln, die er zu den notwendigen Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie zählte (vgl. VII, 408f.).

Er stammte aus dem gebildeten, wohlhabenden jüdischen Bürgertum; die Leitung der väterlichen Textilfabrik zu übernehmen, schlug er aus. Er kam als Theoretiker, „vom wissenschaftlichen Sozialismus her“ zur Arbeiterbewegung: „Als Marxist wollte und will ich ihr dienen“, schrieb er 1910 (I, 763). Trotz chronischer Zeitnot war er ein äußerst produktiver und überraschend vielseitiger Autor: Es gibt kaum ein Gebiet der Sozialwissenschaften - von den ungelösten Problemen der Marx'schen Politischen Ökonomie, über die Theorie der Nation und des modernen (National)Staates, die Funktionsweise der modernen, parlamentarischen Demokratie, die Soziologie der modernen Massenpartei, die Agrarfrage, die Untersuchung der Strukturveränderungen des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg, die Analyse der Entwicklung des sozialistischen Experiments in der Sowjetunion, die Kulturgeschichte bis hin zur Erkenntnistheorie und Philosophiegeschichte, mit dem er sich nicht in Buch- oder Aufsatzform gründlich befaßt hat. Soweit es nach Marx eine politische Theorie gibt, die sich auf die neue Realität von Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht nach den Umwälzungen von 1917/18 einläßt, findet sie sich bei Otto Bauer.

**Otto Bauer und der „Austromarxismus“**

In der Wiener sozialistischen Studentenbewegung entstand um die Jahrhundertwende eine Gruppe marxistischer Intellektueller, zu der Otto Bauer als Jüngster stieß. Diese Gruppe um Karl Renner, Rudolf Hilferding, Max Adler, Gustav Eckstein gab seit 1904 die „Marx-Studien“ heraus, in denen sie die „bewußte Verknüpfung der marxistischen Denkergebnisse und -methoden mit dem gesamten Geistesleben, das ist mit dem Inhalt der philosophischen und sozialwissenschaftlichen Arbeit unserer Zeit“ herstellen wollten (wie es im Vorwort zum ersten Band hieß). Seit 1907 war Otto Bauer einer der Herausgeber der neuen Theoriezeitschrift *Der Kampf*.

Die Austromarxisten wollten sich über die Grundlagen der Marx'schen Theorie verständigen und sich der zeitgenössischen Kritik stellen. Sie wollten neue Erfahrungen verarbeiten, Marx' Theorie auf neuen Arbeitsfeldern erproben, sich mit der Sozialwissenschaft ihrer Zeit auseinandersetzen. Hilferding tat das als Ökonom, Renner als Rechts- und Staatstheoretiker, Adler als Philosoph und Wissenschaftstheoretiker und Otto Bauer als Soziologe, der sich das politisch vordringliche Problem der nationalen Konflikte vornahm. Bis 1914 waren sie sich über ihr Arbeitsprogramm einig: „Was sie vereinigte, war nicht etwa eine besondere politische Richtung, sondern die Besonderheit ihrer wissenschaftlichen Arbeit“ (VIII, 11), die aus der Auseinandersetzung mit den wichtigsten philosophischen und sozialwissenschaftlichen Strömungen ihrer Zeit - außerhalb wie innerhalb des „Marxismus“ - entstand. Sie kritisierten einander öffentlich und machten eifrig Gebrauch von den (Vor)Arbeiten der anderen. Ihre letzte gemeinsame Arbeit, geplant als Studie über den *Marxismus in der Praxis*, beendete der Kriegsausbruch 1914.

Es ist gängig, aber grundfalsch, die Austromarxisten einfach dem „Marxismus der II. Internationale“ zuzuschlagen. Sie setzten sich mit eben dieser Gestalt des zur Parteidoktrin mutierten Marxismus auseinander, und sie brechen mit den Scheingewißheiten (Zusammenbruch und Endkrise des Kapitalismus, Notwendigkeit des Sozialismus) der Orthodoxie, ohne dem Empirismus der Revisionisten oder dem



Moralismus der ethischen Sozialisten auf den Leim zu gehen. Bevor sie es politisch tun, gehen sie bereits theoretisch einen dritten Weg - zur Erneuerung der sozialistischen Theorie. Der gemeinsame Versuch, die „marxistische Geschichtsauffassung auf komplizierte, aller oberflächlichen, schematischen Anwendung der Marx'schen Methode spotende Erscheinungen anzuwenden“ (VIII, 11f.), führt sie zu einer methodisch reflektierten, undogmatischen, empirisch und historisch wohlinformierten Version von „sozialwissenschaftlichem“ Marxismus. In der politischen Wissenschaft ist Otto Bauer ihr Hauptvertreter.

### Marxismus als empirische Sozialwissenschaft

Als Otto Bauer zur Sozialdemokratie stieß, war der „Marxismus“ so etwas wie die herrschende Lehre des Sozialismus und Marx-Kritik große Mode in der offiziellen, akademischen Sozialwissenschaft geworden. Bauer sah die zeitgenössische Marx-Kritik als Chance, die von Marx begründete Sozialwissenschaft von den Eierschalen ihrer Entstehungszeit und von der Zwangsjacke des „Vulgärmarxismus“ zu befreien. Der Vulgärmarxismus (gemeint sind Kautsky und Lenin neben vielen anderen) wie sein Gegenstück, der *Revisionismus*, pflegt einzelne, ähnlich klingende Aussagen, in denen Marx die allgemeinsten Resultate seiner Forschungen zusammenfaßte, aus ihrem historischen und systematischen Zusammenhang zu reißen und sie in ihrer allgemeinsten Fassung zu dogmatisieren - mitsamt der Marx'schen Redeweise. Die Methode sowie der theoretische Erklärungs- und Begründungszusammenhang der einzelnen Aussagen gehen dabei verloren - zusammen mit dem Reichtum an modifizierenden Einzeluntersuchungen und relativierenden Aussagen, die es bei Marx und Engels eben auch gibt. Das gilt auch für die „landläufige Marx-Kritik“, die von Marx nur weiß, was auch der Vulgärmarxismus weiß (vgl. VII, 929f; IX, 65f u.ö.).

Die Austromarxisten waren die ersten, die Marx' Hauptwerk *Das Kapital* vollständig in allen drei Bänden studieren konnten (1885 erschien der zweite, 1894 der dritte Band, bis 1909 waren die *Theorien über den Mehrwert* in Kautskys gekürzter Ausgabe erschienen). Sie lasen es daher nicht mehr, wie noch Marx'

Zeitgenossen, als „ein historisches Werk“. Otto Bauer ist einer der allerersten, der im Marx'schen *Kapital* die Konturen und die Methode einer neuen Wissenschaft entdeckte. Er las es als eine systematische, theoretische Untersuchung, in der Marx seine „eigenartige Methode“ zugleich vorführt und begründet (vgl. VII, 927, 931ff.). Soll die Marx'sche Theorie „kein Schema sein, das uns beherrscht, sondern nur eine Methode, die wir beherrschen“ (VII, 938), muß man ihre Eigenarten begriffen haben.

Die zeitgenössische Schulphilosophie des Neukantianismus bestritt prinzipiell die „Möglichkeit einer kausalen Gesetzeswissenschaft von der gesellschaftlichen Entwicklung“ (IX, 755), mithin die Möglichkeit eines wissenschaftlichen Sozialismus. Dagegen behauptete Otto Bauer - im Anschluß an Max Adler -, daß Marx in der Tat eine empirische, exakte, kausale, mathematische Gesetzeswissenschaft vom sozialen Leben begründet habe (vgl. VII, 880, 891, 932); seine Methode sei die der „modernen Wissenschaft“, die empirische Mannigfaltigkeit auf allgemeine Gesetze, qualitative Bestimmungen auf meßbare quantitative Veränderungen zu reduzieren suche. Marx' „begriffliche Bearbeitung“ des historischen Materials habe im *Kapital* das „erste mathematische Bewegungsgesetz der Geschichte“ erbracht (VII, 936f; VIII, 196) und eine diskursive, „ihrem ganzen Verfahren nach mathematische Wirtschaftslehre“ begründet (II, 929). Marx' Darstellungsweise sei zu verbessern, weg von der Bildersprache, hin zu eindeutiger abstrakter Begriffsbildung (VIII, 378). Die vielgerühmte *Dialektik* sei jedoch durchaus kein Unsinn. Marx ahme im *Kapital* zwar Hegels Verfahren nach, aber er löse es aus seiner ontologischen Verkleidung. Das kann er, so Bauer, weil Hegel bei der „Durchführung der Dialektik im einzelnen“, in seiner *Logik*, der Naturwissenschaft seiner Zeit folge und eine „Beschreibung des Verfahrens der mathematischen Naturwissenschaft“ (II, 921) gebe.

Daraus folgt: Marxismus ist keine Philosophie, keine Weltanschauung, sondern steht für empirische Sozialwissenschaft. Der sozialwissenschaftliche Marxismus ist mit allen möglichen Weltanschauungen und Philosophien vereinbar, weshalb die Austromarxisten prinzipiell, nicht

aus taktischen Erwägungen, Religion und Philosophie zur Privatsache erklären. Für die „Wissenschaft von der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft“ (III, 492), die der Sozialismus braucht, ist es gleichgültig, welche Weltanschauung die richtige ist, die der Materialisten (Plechanow, Lenin), die der Positivisten oder die der Kantianer (Max Adler). Was von der Philosophie im traditionellen Sinn bleibt, ist ein Zweig der Sozialwissenschaft, die „historisch-soziale Erkenntnislehre“ (II, 933), die die Weltbilder und Philosophien, mitsamt den jeweils vorherrschenden Auffassungen von Natur- und Sozialwissenschaft „in ihrer geschichtlichen Abhängigkeit, in ihrer zeitlichen Bedingtheit zu begreifen [hat] und uns dadurch von ihrem Bann .. befreien“ kann (II, 931). Max Adler hat nach Bauer die Marxisten vom Bann des naturwissenschaftlichen, mechanischen Materialismus befreit (VI, 708f.) (ein Bann, unter dem ein Großteil der Sozialwissenschaften bis heute steht). Die eigentliche „Lehre von den historischen Voraussetzungen der Erkenntnis bestimmter Geschichtsepochen, Gesellschaftsordnungen, Klassen“ (IX,

*Soweit es nach Marx eine politische Theorie gibt, die sich auf die neue Realität von Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht nach den Umwälzungen von 1917/18 einläßt, findet sie sich bei Otto Bauer.*

## Weil Verantwortung sich auszahlt

investiert Ethik seit 1988 in eine lebenswerte Zukunft. Sie können Ihr Geld **ökologisch und sozial verträglich** anlegen.

Ihre Vorteile:

- gute Rendite
- hohe Sicherheit
- erfahrenes Fondsmanagement
- geringe Kosten
- unabhängiger Anlageausschuß
- Mitsprachemöglichkeit der AnlegerInnen
- eigene Forschungsstelle

Investment Köln

**Ethik**

Ethisches Investment Köln  
Seyengasse 2 • 50678 Köln  
Tel. 0221 / 9 31 25 20  
Fax 0221 / 3 31 83 83

Wie für jedes soziale Phänomen gilt für Bauer auch für die Nationalitätenfrage:

„Das nationale Bewußtsein kann nur aus dem nationalen Sein verstanden werden und nicht umgekehrt.“

„Die größte Schwierigkeit aber ist die unglaubliche Dummheit und Feigheit der Bourgeoisie. Sie zwingt uns einfach dazu, vieles selbst zu machen, was wir viel lieber den Bürgerlichen allein überlassen möchten, Verantwortung zu übernehmen, die uns eigentlich gar nicht zukommt. Darin liegt für die nächste Zeit die größte Gefahr.“  
Otto Bauer, Brief an Friedrich Adler, 24. Oktober 1918)

756) sei aber erst noch zu schaffen (vgl. dazu Bauers Skizze einer marxistischen Erkenntnislehre, *Das Weltbild des Kapitalismus*, II, 887-933).

Otto Bauer ist auch einer der ersten, der die Bedeutung der Analyse der Ware in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie sieht (wohl gemerkt, 60 Jahre vor der *neuen Linken*). Indem Marx die Werte der Waren als Resultat besonderer sozialer Beziehungen der Menschen zueinander faßt, die im Wert einen quantitativen, überindividuellen und dinglichen Ausdruck erhalten, grenze er das „besondere Problem der Sozialwissenschaft“ ab und begründe die politische Ökonomie als Sozialwissenschaft (VIII, 198, 199). Der Begriff der Arbeit sei „der zentrale Begriff des Marxschen Systems“ (VIII, 200), weil damit die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander mit den Beziehungen, in denen die Gattung Mensch zur Natur steht, *mithin* Sozial- und Naturwissenschaft verknüpft werden. Ohne Werttheorie, die auf dem Begriff der gesellschaftlichen Arbeit aufbaut, gibt es für Otto Bauer keine empirisch-analytisch brauchbare Ökonomie, obwohl er die Schwachstellen der Marxschen Darstellung klar sieht (vgl. z.B. VIII, 374).

#### Bauers Pionierarbeit - Die „Nationalitätenfrage“

Mit dem Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ (1907, siehe I, 49-622) wurde Bauer auf einen Schlag bekannt. Für die Sozialdemokratie im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn war das eine Lebensfrage: Als einzige nicht national organisierte Partei mußte sie sich ständig gegen den nationalen Spalt pilz wehren. Seit 1905 war die nationale Spaltung der Partei, dann auch der Gewerkschaften und Genossenschaften im Gang.

Otto Bauer will die nationalen Eigenarten und Unterschiede aus dem historischen Prozeß der Differenzierung und Integration von Kulturen erklären. Den Individualisten gilt die Nationalität als Illusion, den Nationalisten als naturgegeben; Otto Bauer betrachtet sie zum ersten Mal konsequent als soziales und damit historisches Phänomen. Wie für jedes soziale Phänomen gilt auch hier: „Das nationale Bewußtsein kann nur aus dem nationalen Sein verstanden werden und nicht umgekehrt.“ (I, 113) Die Nation ist eine der Formen, in denen die Gesellschaft die Indivi-

duen prägt, die Form, in der eine „Kulturgemeinschaft“ durch eine gemeinsame Geschichte hindurch jeweils zu einer „Charaktergemeinschaft“ wird. Die den Charakter prägende gemeinsame Geschichte, die historische „Schicksalsgemeinschaft“ ist dabei entscheidend: Unser Nationalcharakter, betont Bauer, ist das „Historische in uns“, ein Stück „geronnener Geschichte“ unseres Volkes, an dem wir durch Vererbung körperlicher und geistiger Anlagen so wie durch kulturelle Überlieferung, durch Erziehung und gewohnheitsmäßigen Umgang mit Menschen gleichartigen Charakters Anteil haben (I, 182, 184). Der Nationalcharakter, das „Produkt ererbter Eigenschaften und überlieferter Kulturgüter“ (I, 185), erweist jedes Individuum als Produkt einer bestimmten Gesellschaft.

In allen Klassengesellschaften besteht eine kulturelle Scheidung zwischen oben und unten. Eine gemeinschaftliche Kultur bildet sich zuerst nur in den herrschenden Klassen aus, die auch die Gebildeten umfassen; die arbeitenden Klassen sind in der Regel von den Kulturgemeinschaften der Herrschenden ausgeschlossen, sie bilden die „Hintersassen der Nation“ (I, 180). Erst im modernen Kapitalismus und dank der Volksschule, der allgemeinen Wehrpflicht und der Erweiterung des Wahlrechts entsteht so etwas wie eine nationale Kulturgemeinschaft, die lokale, Berufs- und Klassengrenzen übersteigt (vgl. I, 146ff.). Durch Eroberung und Kolonisierung kommt eine Scheidung zwischen historischen Nationen, die aus herrschenden und beherrschten Klassen bestehen, und geschichtslosen Nationen, die nur aus beherrschten und ausgebeuteten Klassen bestehen, zustande; denn die Herrenvölker unterdrücken und vernichten in der Regel die herrschenden Klassen der unterworfenen Völker, die deren nationale Kultur tragen. Aber unterworfenen Nationen müssen nicht für alle Zeiten „geschichtslos“ bleiben. Das „Erwachen der geschichtslosen Nationen“ ist nach Bauer eine der „wichtigsten Begleiterscheinungen“ der modernen kapitalistischen Entwicklung (I, 52f., vgl. 322ff gegen Engels!). Konkurrenz und Migration erklären das Phänomen des nationalen Hasses im modernen Kapitalismus. Nationaler Haß ist, wie Bauer am Beispiel des Juden- und Deutschenhasses vor-

führt, nichts anderes als „transformierter Klassenhaß“ (I, 315), der mit Umwälzungen der Sozialstruktur zusammenhängt. Im Gegensatz zur Tendenz zur Nivellierung aller Massen- und Volkskultur im entwickelten Kapitalismus werden sich die sozialistischen Gesellschaften weit stärker kulturell und damit national differenzieren, weil hier zum ersten Mal eine klassenübergreifende nationale Kultur möglich und zugleich notwendig wird (vgl. I, 163, 166ff., 180, 194 u.ö.). Mit der Einebnung der Klassenunterschiede geht nach Bauers Vorstellung gerade eine schärfere Differenzierung der Nationen einher.

Das Buch ist ein noch heute sehr lesenswerter Abriß der Kultur- und Sozialgeschichte (nicht nur) Deutschlands und Österreichs. Bauers Untersuchung des Problems der nationalen Minderheiten ist höchst aktuell: wie, unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen Menschen verschiedener Nationalität in einem Staat bzw. in einem Staatensystem zusammenleben können und in welchen Formen ihre Integration ablaufen kann, das hat er 1911 in einer Reihe von „Assimilationsgesetzen“ (sieben sind es) zusammengefaßt (vgl. VIII, 603ff.).

Aber die „Nationalitätenfrage“ ist weit mehr: Man kann sie auch als ersten Versuch einer ausgearbeiteten historischen Soziologie des modernen Staates lesen, der politischen Form, die „mit der Warenproduktion entstanden ist und mit ihr verschwinden wird“ (I, 186). Bauer beginnt mit den italienischen Stadtrepubliken, der ersten Gestalt des modernen, aber noch keineswegs durch und durch bürgerlichen, geschweige denn kapitalistischen Staates. Bezeichnend für Bauer ist es, daß er die Übergangs- und Zwischenformen des Staates, die historisch zum bürgerlichen Staat hinführen, die „interessanten Mischbildungen“ (I, 272) und „Zwischengebilde“ (I, 254) wie den Ständestaat ausführlich analysiert und als historische Formen von „Doppelherrschaft und Doppelverwaltung“ erklärt (vgl. I, 255ff.). Er analysiert die verschiedenen Entwicklungslinien des modernen Staates in Europa und zeigt, wie und warum sie im Laufe des 19. Jahrhunderts in die noch heute bestehende Form des „Nationalstaats“ und nur in wenigen Ausnahmefällen in die des „Nationalitätenstaates“ mündet (vgl. I, 229ff.). Eine Unter-

suchung, in der die staatstragende Bürokratie eine Schlüsselrolle spielt. Daher sieht Bauer klar die zentrale Rolle, die dem Staat, der vor dem Kapitalismus da ist, und dessen höchstgelegenen (ökonomischen und politischen) Sonderinteressen bei der Entstehung und Durchsetzung des modernen (industriellen) Kapitalismus zukommt.

#### Bauers Unvollendete 1 - die soziale Formenlehre

Otto Bauer sah seine Studie zur *Nationalitätenfrage* nur als Teil der notwendigen „systematische(n) Selbstbesinnung über die in den Grundsätzen der materialistischen Geschichtsauffassung enthaltenen Begriffe und ihre Verknüpfung“ (VII, 939). Wie über sechzig Jahre später die intellektuelle Neue Linke war Bauer als Sozialwissenschaftler fasziniert von der bei Marx vorgefundenen, von seinen Anhängern (von Kautsky ebenso wie von Lenin) aber in der Regel vernachlässigten Formanalyse: Gerade in der Marxschen Tradition dürfe man sich nie mit dem Benennen des Inhalts sozialer Phänomene zufrieden geben; das „formale Element in ihnen“ sei ebenso wichtig. Man müsse stets auch die „eigenartigen Formen, in denen dieser Inhalt in Erscheinung

tritt“, analysieren und in ihren richtigen, sozialen Zusammenhang stellen (VII, 939). Systematisch betrieben, führe das zur „exakten Unterscheidung der verschiedenen Formen der sozialen Verbände und der sozialen Institutionen“ oder zur „soziale(n) Formenlehre“ (VII, 939). Der Zweck dieser Übung sei es, eine brauchbare „Lehre von den Mittelgliedern“ (d.h. sozialen Gruppen und Institutionen) zu entwickeln, über die die konkreten individuellen und kollektiven Bewußtseinserscheinungen (wie z.B. nationale Vorurteile, Ausländerhaß) mit den jeweiligen Produktionsverhältnissen verknüpft seien (VII, 940).

An diesem Projekt hat Bauer zeitlebens festgehalten. In späteren, politischen Schriften hat er es gelegentlich auf eine provozierende Formel verkürzt: Die „Qualitäten des subjektiven Faktors [sind] ebenso als Resultate objektiver Faktoren zu begreifen wie die objektiven Faktoren als Resultate subjektiven Handelns“ (IX, 739), oder kurz: „Der subjektive Faktor ist ein Produkt objektiver Faktoren“ (IV, 392). Und die sozialen Formen gehören ebenso zu den objektiven, Subjektivität und Bewußtsein prägenden Faktoren wie die berühmten Produktivkräfte. Den „geplanten Grundriß einer sozialen For-

menlehre“, die Darstellung der in der Marxschen Geschichtsauffassung angelegten „Lehre von den sozialen Gruppen, von den Mittelgliedern zwischen den Produktivkräften und dem lebendigen Individuum“ (VII, 941, 949) hat er nie beenden können. So wie er als junger Mann den „Fetischismus des Nationalcharakters“ zu entzaubern suchte, hat er sich später ständig bemüht, die Illusionen, Vorurteile, Vorstellungen politischer Freunde wie Gegner zu erklären, aus ihrer sozialen Bedingtheit und Formbestimmtheit begreiflich zu machen. In seinen zahlreichen politischen Schriften, von der *Österreichischen Revolution* von 1923 (siehe II, 489ff.) bis hin zu seiner letzten Arbeit (*Die illegale Partei*, posthum 1939 veröffentlicht, vgl. IV, 347ff.), finden sich Elemente einer politischen Soziologie der Demokratie und der Arbeiterbewegung, bis heute brauchbare und in vielem unübertroffene Ansätze einer „politischen Formenlehre“. spw

*„Nicht die Köpfe einschlagen, die Köpfe gewinnen!“*  
(Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, 1923)

- 1 Wir bringen in diesem Heft den ersten Teil dieses Artikels. Die zweite Hälfte mit den Literaturhinweisen werden wir in der nächsten Ausgabe der spw veröffentlichen.
- 2 Im folgenden wird die Otto Bauer Werk Ausgabe, erschienen im Europa Verlag, Wien 1976 - 1980, so zitiert: römisch Bandnummer, arabisch - Seitenzahl.



# Antiquariat

und Pulz & Detering Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus  
(Bundesweiter Versand)

An- und Verkauf aus unseren Spezialgebieten:

- Arbeiterbewegung • Sozialistika • Sozialkritische Literatur
- Sozialpolitik • Zeitgeschichte • Sexualwiss./Homostudien
- Bitte Katalog anfordern

Wilhelmstraße 140 • 10963 Berlin

Telefon 030/252 99 163 oder 030/252 99 164

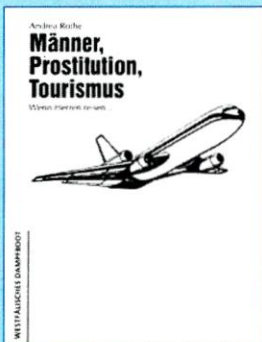
Telefax 030/252 99 872

**WILLY-BRANDT-HAUS**

# Schon wieder Wahl!

Wählen Sie zwei Prämien-Bücher aus, wenn Sie uns jemanden nennen, der ein neues **spw**-Abonnement haben will.

Geben Sie beide Buchstaben für die Buchprämien auf der **spw**-Abo-Karte an.



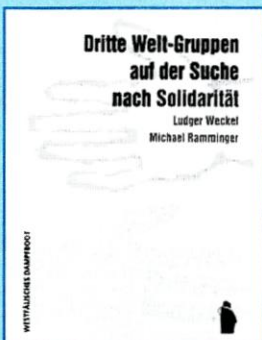
**A**

Andrea Rothe  
**Wenn Herren reisen ...**  
Männer, Prostitution,  
Tourismus, 280 S.,  
Ladenpreis DM 39,80



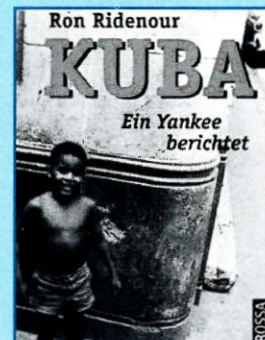
**D**

Frank Deppe  
**Fin de Siècle**  
Am Übergang zum  
21. Jahrhundert, 180 S.,  
Ladenpreis DM 28,-



**B**

Michael Ramminger/  
Ludger Weckel  
**Dritte Welt-Gruppen  
auf der Suche nach  
Solidarität**  
Bestandsaufnahme  
und Perspektiven,  
156 S.,  
Ladenpreis DM 24,80



**E**

Ron Ridenour  
**Kuba**  
Ein Yankee berichtet,  
250 S.,  
Ladenpreis DM 29,80



**C**

Gilla Dölle/Sabine Hering  
**Lila ist Trumpf**  
Bildergeschichte zur  
deutschen Frauen-  
bewegung, 150 S.,  
Ladenpreis DM 29,80



**F**

Arbeitsgruppe Alternative  
Wirtschaftspolitik  
**MEMORANDUM '97**  
Beschäftigungspolitik statt  
Sparritual, 250 S.,  
Ladenpreis DM 29,80